

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

20. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 488/5, zum Antrag des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Feststellung der Verwirkung des Rodungsbescheides der MV-Müllverwertungs-Ges. m. b. H. und die Wiederaufforstung der Rodung beziehungsweise Schlägerung im Kaiserwald.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Josef Korber, dem ich das Wort erteile.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (15.36 Uhr): Diese Vorlage ist inhaltlich sehr ähnlich, und zwar geht es in diesem Fall um fast den gleichen Betreiber, der sich hier MV-Müllverwertungs-Ges. m. b. H. nennt und im Kaiserwald mit Schlägerungen zur Errichtung einer Mülldeponie bereits begonnen hatte. Es wurde damals festgestellt, daß diese MV-Müllverwertungs-Ges. m. b. H. ebenfalls gegen den Punkt 13 des diesbezüglichen Rodungsbescheides verstößt, der eindeutig feststellt, daß mit der Schlägerung erst begonnen werden darf, wenn alle erforderlichen Bewilligungen rechtskräftig erteilt worden sind. In diesem Falle hat die Steiermärkische Landesregierung folgende Stellungnahme erstattet: Es wurde im Bereich des Kaiserwaldes mit Schlägerungen begonnen. Es gibt einen Bescheid vom 22. Mai 1985, wonach festgestellt wird, daß die Rodungsbewilligung erlischt, wenn mit der Rodung nicht spätestens bis zum 30. April 1988 begonnen wird. Tatsache ist, daß im März 1988 auf einer rund drei Hektar großen Teilfläche mit den Schlägerungsarbeiten begonnen wurde, und mit Schreiben vom 15. April 1988 teilt der Bürgermeister der Marktgemeinde Unterpremstätten als Baubehörde erster Instanz mit, daß seiner Rechtsansicht nach das Amt der Landesregierung festgestellt hat, daß die nunmehr in Kraft getretene Novelle zur Steiermärkischen Bauordnung hier diese beabsichtigte Maßnahme verbietet, bevor nicht um die baubewilligungspflichtigen Maßnahmen angesucht wurde. Eine Baubewilligung wurde jedoch von der Marktgemeinde Unterpremstätten bisher nicht erteilt. Grundsätzlich wurde in diesem Zusammenhang festgestellt, daß ebenfalls wieder Gutachten von Wiener Professoren eingeholt wurden, aber eine Schlägerung mit einer Rodung nichts zu tun hat und daher dieser Rodungsbescheid rechtmäßig erloschen ist. Nachdem die nötigen Bewilligungen nicht vorliegen, wurde die Bezirkshauptmannschaft Graz-Umgebung vom Amt der Landesregierung aufgefordert, allfällige weitere Rodungsmaßnahmen einzustellen sowie eine Wiederbewaldung einzuleiten und die Frage, ob die Rodungsbewilligung bereits erloschen ist, in einem Strafverfahren zu klären. Grundsätzlich wurde von der Bezirkshauptmannschaft Graz-Umgebung festgestellt, daß es sich hier lediglich um eine erlaubte Schlägerung im Ausmaß von 0,33 Hektar handelt, die sozusagen nicht einmal anmeldungspflichtig ist. Damit wurde auch festgestellt, daß es im Mischwaldgebiet zu einer natürlichen Wiederaufforstung, sprich Wiederbewaldung, kommt. Grundsätzlich war die wesentlichste Äußerung, daß die Rodung und der forstrechtliche Bewilligungsbescheid verwirkt sind, weil bis zum 30. April 1988 mit der Rodung nicht begonnen wurde. Was das Naturschutzgesetz betrifft, wird hier genau gleich wie bei der Vorlage 19 gehan-

delt und festgestellt, daß eine Deponiefläche keine bebaute Fläche ist. Sie ist zwar eine verbaute, aber keine bebaute, und daß daher das Naturschutzgesetz Paragraph 3 nicht zum Tragen kommt. Ich bin daher verpflichtet als Vortragender den Antrag zu stellen, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Feststellung der Verwirkung des Rodungsbescheides der MV-Müllverwertungs-Ges. m. b. H. und die Wiederaufforstung der Rodung beziehungsweise Schlägerung im Kaiserwald, wird zu Kenntnis genommen. Auch hier möchte ich mich, Frau Präsident, zum Wort melden. Ich ersuche, daß mein Stellvertreter hier Platz nimmt. (15.43 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Reicher. Ich erteile es ihm.

Abg. Reicher (15.43 Uhr): Hohes Haus, Frau Präsidentin!

Diese Vorlage animiert regelrecht, daß man sich damit beschäftigt, welche Möglichkeiten es gibt in der Argumentation (zum Beispiel die der Bezirkshauptmannschaft), wenn irgendein zukünftiger Betreiber versucht, seine Interessen einer Müllentsorgung darzulegen, indem er, wie hier im konkreten Fall, hergeht und den Wald widerrechtlich schlägert, und welche rechtlichen Situationen uns hier nur zur Verfügung stehen, zeigt genau auf, daß dem Betreiben von Mülldeponien, allein von Auflagen, Bescheiden und der Untergrabung von Argumenten, freien Lauf gelassen wird und wir als zuständige Politiker nicht in der Lage sind, Bescheide zu vollziehen, beziehungsweise hier die Bezirkshauptmannschaft. Ich möchte darauf eingehen, wie schwindelerregend die Bezirkshauptmannschaft Graz-Umgebung erhoben hat, daß das zwar eine widerrechtliche Schlägerung ist, aber es ist keine Schlägerung, weil die Gegebenheiten dafür nicht vorhanden sind, aber es ist auch keine Rodung, weil bei einer Rodung müßten die Wurzeln entsorgt werden, und obwohl das keine Schlägerung und keine Rodung ist, ist trotzdem keine rechtliche Wiederaufforstungsgrundlage gegeben, sondern man verläßt sich hier auf den freien Anflug von bestimmten Laubsamen, die von Natur aus das besorgen sollen. Viel gravierender für mich ist dann letztlich bei dem Antrag die eigentliche Formulierung, die wir hier finden, daß der Hohe Landtag die Feststellung der Verwirkung des Rodungsbescheides der Müllverwertungs-Ges. m. b. H. und die Nichtwiederaufforstung der Rodung beziehungsweise der Schlägerung im Kaiserwald zur Kenntnis nimmt. Also, auf der einen Seite haben wir in der Vorlage festgestellt, daß es keine Rodung ist, wir haben festgestellt, daß es keine Schlägerung ist, und letztlich sollen wir hintennach beziehungsweise der Hohe Landtag zur Kenntnis nehmen, daß es eine ist. Also bitte, ich kenne mich da nicht mehr aus, welche rechtlichen Unterlagen hier die Bezirkshauptmannschaft gefunden hat, hier zu argumentieren, daß dieser Entsorg-Gesellschaft nicht auferlegt werden kann, also alles, was sie hier verbrochen hat, zumindest über die Finanzierung einer neuen Aufforstung weitgehend gutzumachen. Wir könnten höchstens beschließen, daß wir das zur Kenntnis nehmen müssen, daß eine nicht bewilligungspflichtige Schlägerung vorgenommen

worden ist. Ich könnte das eher so formulieren, und es ist wieder ein Beispiel, Herr Landesrat, daß, wie schon bei anderen Fällen von Sondermülldeponien, beispielsweise in Wundschuh, obwohl das nicht unmittelbar die Schuld des Landesrates ist, aber daß wir auch dort nicht in der Lage sind oder auch manchmal nicht wollen, daß über die Bezirkshauptmannschaften ordentliche und anständige Bescheide erlassen werden, welche die Sanktionierung von nicht genehmigten Mülldeponien über die Bezirkshauptmannschaften rechtlich verhindern könnten. Ich muß das wirklich anführen, es ist auch das Problem des Herrn Landesrates Dipl.-Ing. Schaller, wie er in Zukunft dieses Müllbewirtschaftungsgesetz, das wir zwar gemeinsam jetzt versuchen zu novellieren, aber am Hauptpunkt dort scheitert, wo die Standortfrage von uns im Land gemeinsam verantwortet und bestimmt werden kann, durchsetzt. Es zeigt auf, daß wir den Gemeinden gegenüber oder der Herr Landesrat selber die Verantwortung nicht übernehmen will, wobei ich persönlich glaube, daß er das will. Ich muß zur Kenntnis nehmen, daß die ÖVP unter Landeshauptmann Dr. Krainer ganz bewußt die Gemeinderatswahl abgewartet hat beziehungsweise vor der Landtagswahl nicht entscheiden will, wie die Standortsituation geregelt wird. Persönlich glaube ich, daß alles unternommen wird, daß Daten und Auflagen, die notwendig sind, zusammengetragen werden, aber daß sie aus diesem politischen Grund der Verantwortung nicht zum Tragen und zur Umsetzung kommen.

Kollege Dr. Cortolezis und ich wurden während einer Landtagssitzung zu einer großen Demonstration gerufen und mußten dort Stellung abgeben über Dinge, die ich selbst nicht entscheiden kann und die der Herr Landesrat entscheiden sollte. Es ist auch dir nicht leicht gefallen oder überhaupt nicht gelungen, diese Emotionen dort abzuwürgen. Ich möchte fragen, Herr Landesrat, was ist in Halbenrain geschehen? Ich mußte mir von ungefähr 400 Leuten so Tür an Tür, Brust an Brust manches gefallen lassen. Ich bin es als Gewerkschafter gewohnt, solche Situationen auch auszuhalten. Nur, glaube ich, müssen wir nach zwei, drei Monaten endlich einmal sagen, was mit Halbenrain ist. Die im Joanneum vergebene Studie beinhaltet sieben Standorte. Ist schon ein Standort gefallen für eine Mülldeponie? Ist das Land wirklich in der Lage, einen Deponiestandort festzulegen – auf Grund der Voraussetzung für eine notwendige Überprüfung im Bereich von Müllverbänden oder im Bereich von Gemeinden, woher die Kritik kommt, daß die Auflagen nicht vorhanden sind oder die notwendige Standortbestimmung über Fachleute irgendwie doch verhindert werden kann? Ist das wieder eine Möglichkeit für den Herrn Landesrat zu sagen, wenn der Standort nicht umweltgerecht ist, dann werden wir keine hinbringen und müssen einen neuen Standort in diesem Bezirk suchen? Was ist jetzt mit Halbenrain beziehungsweise noch viel dringender für mich, was ist mit dem Kaiserwald? Abgesehen von der Schlägerung und der Wiederaufforstung ist die Verunsicherung der Anrainer dort groß. Die ÖVP hat bei den Gemeinderatswahlen dort ihre Mehrheit verloren. Es könnte daher die Entscheidung viel leichter fallen oder warten wir wirklich auf die Landtagswahl. Ich glaube, daß hier die Umsetzungsphase zu lange dauert. Ich muß dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller zugute halten, alle not-

wendigen Vorbereitungen, die er sicher verdienstvoll macht, letztlich nur einer Verzögerung dienen, um die politische Verantwortung weit hintanzustellen und eigentlich das Problem fünf Minuten vor zwölf nicht gelöst wird. Echte Frage an den Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, auch innerhalb dieser Novellierungsgespräche, die es gibt. Ich habe das Gefühl, auch dort wird in den kleinen Punkten versucht, eine Novellierung zu verzögern. Das Hauptargument: den Umsetzungsstandort nicht selbst politisch tragen zu müssen. Wie lange wird das noch dauern? Ist er Kaiserwald einer von den sieben vorbereiteten Hauptstandorten oder nicht? Sind dort in Zukunft weitere Maßnahmen zu erwarten, und ist der Standort auf Grund der Beurteilung der geographischen und wasserrechtlichen Seite und welcher Probleme noch durch Fachleute gegeben, in Zukunft Müllentsorgungsstandort für Graz und Umgebung zu sein? Auch das polemische parteipolitische Problem Frohnleiten – Kalnoky – ÖVP, die Grazer Müllentsorgung zu verhindern, und in weiterer Folge passiert das, daß bis zur Landtagswahl auch noch auf anderen Ebenen keine Lösung der Müllentsorgung gegeben ist. Alle Parteien in diesem Land werden die Verantwortung gemeinsam tragen müssen und die Standortfrage so schnell als möglich gemeinsam hier zu verantworten haben. (Beifall bei der SPÖ und VGÖ/AL. – 15.52 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kammlander (15.52 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Die Frage „Aufforstung im Kaiserwald – ob notwendig oder nicht, ob genug Wald anfliegt oder nicht“ hat der Kollege Reicher schon ausführlich behandelt, da brauche ich nichts mehr dazusagen.

Nachdem der Kaiserwald als Müllstandort ja noch lange nicht gefallen ist und von elf Standorten für den Müllwirtschaftsverband Graz und Umgebung zehn im Kaiserwald vorgesehen sind – oder zehn im Kaiserwald liegen –, ist damit zu rechnen, daß eines Tages ein Standort dort ausgewiesen wird, und ich fürchte, daß eines Tages doch im Kaiserwald Müll landet.

Interessant an diesen beiden Anträgen ist aber auch, wie die Gemeinden jeweils mit der Frage der Baubewilligung umgegangen sind. Die Gemeinde Unterpremstätten hat sehr deutlich gewußt und hat sich auch auf die Bauordnung bezogen, die wir ja im Jahre 1987 novelliert haben oder vielmehr eher klargestellt haben, was vorher eigentlich auch schon gelten hätte müssen. Die Gemeinde Fohnsdorf hat sich eines Gutachters bedient, der sie in ihrem Sinn oder im Sinne jetzt von Schöffel beraten hat. Da letzten Endes aber auch die Bezirksforstbehörde da entscheidend mitgewirkt hat und eigentlich im Falle der Murwalddeponie oder der Gemeinde Fohnsdorf gesetzwidrig gehandelt hat, indem sie akzeptiert hat, daß die Gemeinde behauptet, sie braucht keine Baubewilligung, und für die Forstbehörde alle Bewilligungen als gegeben festgestanden sind, muß ich fragen, wie das Zusammenspiel Bezirksforstbehörde, Gemeinde und Schöffel funktioniert hat.

Jedenfalls wird in dieser Vorlage bestätigt, daß eine Behörde falsch gehandelt hat. Das steht in dem Fall

jetzt fest, weil sich die Gemeinde Unterpremstätten ganz deutlich geäußert hat und gemeint hat, „auch auf Grund der Bauordnung und der individuellen Eigenart dieser Anlage“ – jetzt Mülldeponie – „waren sie schon immer baubewilligungspflichtig“, also war eine Deponiefläche schon immer baubewilligungspflichtig. Die Gemeinde Unterpremstätten wußte das, die Behörde in Judenburg hat es nicht gewußt. Ich nehme jetzt an, daß eine gewisse Sensibilisierung auf Gemeindeebene in Baurechtsfragen im Zusammenhang mit Mülldeponien entstanden ist. Aber anscheinend immer noch zu wenig, um sich genauer mit dem neuen Abfallwirtschaftsgesetz des Bundes und auch in Zukunft mit dem Landes-Abfallwirtschaftsgesetz zu beschäftigen. Denn dann müßten die Gemeinden eigentlich jetzt rotes Licht leuchten sehen, weil ihnen da einiges an Kompetenz abgenommen wird. Wir werden das noch in der Verhandlung dementsprechend einbringen und darauf aufmerksam machen. Ob allein mit dem Gewerberecht das Auslangen gefunden wird, ist noch zu fragen. Es geht um die Beteiligung jetzt jeweils in einem Bewilligungsverfahren, ob die Gemeinden jetzt entmündigt werden oder ob die Bürger entmündigt werden. Und das ist die kritische Frage bei allen diesen Deponieverfahren.

Bei der Frage nach dem Naturschutzgesetz in beiden Vorlagen wundere ich mich sehr, daß sie überhaupt nicht abgewiesen worden ist, weil einerseits beide Gebiete – soviel ich weiß – nicht Naturschutzgebiete sind, und andererseits ist mir aber damit erst klar geworden, daß im Naturschutzgesetz eine Passage aufgenommen werden muß, die auch Mülldeponien als anzeigepflichtig ausweist. Denn wenn man Parkplätze, Moto-Cross- und Auto-Cross-Anlagen als anzeigepflichtig im Naturschutzgebiet bezeichnet, dann müßte man zwangsläufig selbstverständlich auch eine Deponie als anzeigepflichtig hineinnehmen. Das ist eine Lücke im Naturschutzgesetz, aber würde in beiden Fällen – da glaube ich richtig zu liegen – überhaupt nicht zum Tragen kommen. Danke. (16 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: In der heutigen Präsidialkonferenz wurde beschlossen, mit der dringlichen Anfrage spätestens um 16 Uhr zu beginnen.

Ich unterbreche daher den Tagesordnungspunkt 20 und komme nun zur Behandlung der

dringlichen Anfrage der Abgeordneten Schützenhöfer, Kanduth, Prof. DDr. Steiner, Dr. Maitz, Dr. Rupp, Dr. Lopatka, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Pörtl, Dr. Cortolezis und Dr. Kalnoky an Frau Landesrat Waltraud Klasnic, betreffend das Forschungsinstitut Leoben der VOEST-Alpine.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Hermann Schützenhöfer das Wort zur Begründung der dringlichen Anfrage.

Abg. Schützenhöfer (16.01 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Wie Sie aus den schockierenden Meldungen der letzten Tage und Wochen wissen, ist das Forschungsinstitut der VOEST-Alpine in Leoben von der Schließung bedroht. Wir stellen daher an die Frau Landesrat Waltraud Klasnic folgende dringliche Anfrage:

Was haben die bisherigen Verhandlungen mit dem Vorstand der Stahl-AG beziehungsweise ÖIAG über die Vorseibständigkeit des Forschungs-, Entwicklungs- und Technologieinstitutes Leoben der VOEST-Alpine ergeben?

Welche konkreten Forderungen wurden bisher seitens der Republik Österreich als Eigentümer dieser bedeutenden Forschungseinrichtung dem Land Steiermark zugesagt?

Hat es seitens des Landes Steiermark für die gegenständliche Vorseibständigkeit bereits Unterstützungszusagen gegeben?

Die Abgeordneten Schützenhöfer, Kanduth, DDr. Steiner, Dr. Maitz, Dr. Rupp, Dr. Lopatka, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Pörtl, Dr. Cortolezis und Dr. Kalnoky stellen gleichzeitig nach Paragraph 58 Absatz 4 der Geschäftsordnung den Antrag, über dieses Thema eine Wechsellrede durchzuführen. (16.02 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Nun erteile ich das Wort zur Beantwortung der dringlichen Anfrage Frau Landesrat Waltraud Klasnic.

Landesrat Klasnic (16.03 Uhr): Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die dringliche Anfrage beantworte ich wie folgt:

Schon über ein Jahr lang wurden Gespräche zwischen den verschiedensten Vertretern der VOEST-Alpine-ÖIAG-Gruppe und der in Gründung befindlichen Informatik und Innovative Technologien IIT Ges. m. b. H., Leoben, und Vertretern des Landes Steiermark geführt. Dabei hat es sowohl Gespräche von mir mit den Vertretern der VOEST-Alpine-ÖIAG-Gruppe gegeben als auch seitens meiner Mitarbeiter in der Fachabteilung für Wirtschaftsförderung.

Unabhängig von der sehr verschachtelten Geschichte der Gesprächsentwicklung um das Forschungsinstitut der VOEST-Alpine in Leoben hat es am 28. Mai 1990 in Wien ein Gespräch mit Generaldirektor Sekyra und weiteren Vorstandsleitern beziehungsweise Geschäftsführern aus der VOEST-Alpine-ÖIAG-Gruppe gegeben, wobei von diesen Herren eindeutig festgehalten worden ist, daß seitens der VOEST-Alpine-ÖIAG-Gruppe kein Interesse an einer Aufrechterhaltung des einheitlichen Forschungs- und Entwicklungsstandortes in Leoben besteht. Nur bestimmtes Personal soll von diesem Standort in einzelne andere Gesellschaften übernommen werden. Dies bedeutet, einzelne Forschungsteile beziehungsweise Entwicklungsteile unter die Obhut der verschiedenen Gesellschaften an die verschiedenen Standorte zu verlegen. Die größere „kritische Masse“, die für eine eigenständige Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft an einem konzentrierten Standort notwendig ist, was ich in zahlreichen Gesprächen mit Forschungsverantwortlichen erfahren habe, sollte dabei zerschlagen werden. In diesem Zusammenhang erscheint mir auch die technische und maschinelle Ausstattung wesentlich zu sein, die nur in einer konzentrierten Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft wirtschaftlich sinnvoll angeschafft und genutzt werden kann. Auch darf man nicht die Ausstrahlungswirkungen vergessen, die eine starke Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft in der Obersteiermark nicht nur für den Hüttenwerkstandort Leoben-Donawitz, sondern für die metallbe-

und -verarbeitende verstaatlichte Industrie in der ganzen Obersteiermark hat. Ich glaube, auf die Bedeutung von Forschung und Entwicklung im allgemeinen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung eines Betriebes beziehungsweise eines Leitbetriebes für eine ganze Region brauche ich nicht näher eingehen, möchte aber grundsätzlich darauf hinweisen, daß wesentliche Aktivitäten im Forschungs- und Entwicklungsbereich einer Firma primär vom Eigentümer getragen werden müssen. Das erste Interesse und „nicht nur Lippenbekenntnisse“ an einer funktionierenden Forschung und Entwicklung muß daher im VOEST-Alpine-ÖIAG-Bereich liegen und letztendlich beim Eigentümer der VOEST-Alpine-ÖIAG-Gruppe, vereinfacht bei der Republik Österreich.

Daher habe ich schon vor Monaten, und damit komme ich auf Ihre zweite Frage zu sprechen, Herrn Generaldirektor Sekyra gebeten beziehungsweise aufgefordert, daß er mit den Eigentümervertretern die Leistungen, insbesondere auch die Förderungsleistungen, seitens des Bundes abklärt. Hinsichtlich der Förderungsleistungen des Bundes haben wir bis heute keine Antwort erhalten beziehungsweise ist die Antwort im Stilleungsbeschluß der VOEST-Alpine-ÖIAG-Gruppe für die Forschungs- und Entwicklungsabteilung in Leoben enthalten.

Seitens des Landes Steiermark hat es sehr wesentliche Unterstützungszusagen für den Fall der Ausgliederung der Forschungs- und Entwicklungsabteilung im Rahmen der Gründung der IIT Ges. m. b. H. gegeben, wobei die Vorschläge zur Vergabe von Förderungsmitteln nicht nur von der Steiermärkischen Landesregierung, sondern auch hier im Landtag beschlossen worden sind. Ich glaube, daß das Land Steiermark eine sehr großzügige und weitgehende Förderungsline eingeschlagen hat. Dies auch in dem Zusammenhang mit den Wortmeldungen heute am Vormittag, wo Paul Burgstaller als Verhandler dargestellt wurde. Das war das Ergebnis hiefür. Dies besonders aus dem Grund, da zu erkennen ist, daß die Leistungen der Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft mitgeholfen haben und mithelfen werden, daß auch Arbeitsplätze an verstaatlichten Produktionsstandorten in der Obersteiermark durch Innovation mitgesichert werden.

Dabei wurde landesseits als Förderung in Aussicht genommen, daß für eine allfällige Beteiligung der Steirischen Beteiligungsfinanzierungs-Ges. m. b. H. an der IIT Ges. m. b. H. eine Haftung für ein Beteiligungskapital in der Höhe von zirka 10 bis 15 Millionen Schilling übernommen und zusätzlich eine Projektförderung, sei es auf das Investment, sei es auf den Forschungs- und Entwicklungsaufwand, im bedeutenden Ausmaß vorgenommen wird. Dabei kann zum Beispiel an den Einsatz der 200.000-Schilling-Förderungsaktion pro Arbeitnehmer gedacht werden, wodurch das Land zirka mit 100.000 Schilling pro Arbeitnehmer belastet wird, wenn der Bund im gleichen Ausmaß mitwirkt. Für ein solches bedeutendes Förderungspaket müssen jedoch die Leistungen sowohl von Eigentümerseite als auch von den Bundesförderungsstellen stimmen.

Von seiten der Mitarbeiter stimmt die Einstellung, das läßt sich daran erkennen, daß die Mitarbeiter selbst bedeutende Beiträge zur Darstellung einer ordent-

lichen Eigenkapitalausstattung einbringen würden. Dies ist für mich ein Zeichen, daß die Mitarbeiter selbst an die Zukunft einer einheitlichen Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft in Leoben glauben, daß sie selbst bedeutendes Risiko eingehen, was eigentlich von Eigentümer- und Bundesförderungsseite eine entsprechende Hilfestellung erwarten lassen müßte.

Die Einstellungsbeschlüsse für eine eigenständige Forschungs- und Entwicklungsabteilung in Leoben sind zwar seitens des Managements schon gefallen, wie ich höre, jedoch noch nicht im formell richtigen Rahmen, und daher derzeit faktisch noch nicht durchsetzbar. Es scheint daher noch einige wenige Tage oder Wochen für weitere Verhandlungen zu geben, die von allen gemeinsam genützt werden müssen.

Abschließend möchte ich an die Verantwortlichen in der VOEST-Alpine-ÖIAG-Gruppe die Forderung erheben, daß sie die Liegenschaft mit den erforderlichen maschinellen Anlagen und so weiter um einen Nennwert an die IIT Ges. m. b. H. verkaufen beziehungsweise mit fairen Werten als ihren zusätzlichen Beitrag in die Gesellschaft einbringen. Die Bedeutung von Forschung und Entwicklung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der verstaatlichten Industrie in der Obersteiermark halte ich für genauso wichtig wie Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen. Die Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen waren jedoch dem Management der VOEST-Alpine-ÖIAG-Gruppe so viel wert, daß man die Lehrwerkstätte in Leoben-Donawitz um einen Schilling an einen Interessenten verkauft hat, während man den Wert von Forschungs- und Entwicklungskapazitäten für den verstaatlichten Bereich in der Obersteiermark offensichtlich diametral entgegengesetzt ansetzt. Ich selbst halte beide Elemente, sowohl Forschung und Entwicklung als auch Bildung und Ausbildung, für die weitere Entwicklung der Obersteiermark, insbesondere für die verstaatlichte Industrie in unserem Lande, für so wichtig, daß man eine Gleichbehandlung nicht nur verlangen kann, sondern unter den jetzigen Vorzeichen eines Stilleungsbeschlusses verlangen muß, da die wohlwollenden Verhandlungen offensichtlich bis jetzt nicht gefruchtet haben.

Ich fordere Sie, sehr geehrte Damen und Herren im Hohen Landtag, auf, vielmehr ich bitte Sie, auch ein Bekenntnis für die Erhaltung von bedeutenden Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in der Obersteiermark abzulegen und gemeinsam unterstützend bei einem nochmaligen Anlauf zur Erhaltung dieses Forschungs- und Entwicklungsstandortes mitzuwirken. Einiges wurde heute am Vormittag angesprochen, einige Vorschläge stehen im Raum. Wenn wir sie umsetzen wollen, müssen wir gemeinsam daran arbeiten. (Beifall bei der ÖVP. – 16.10 Uhr.)

Präsident Wegart: Ich eröffne nunmehr die Wechselrede und weise auf Paragraph 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schützenhöfer.

Abg. Schützenhöfer (16.10 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist für mich eigentlich erschütternd, daß man anhand dieses Beispiels das ganze Ausmaß eines

neuerlichen roten Vernichtungsfeldzuges erkennen und die sogenannte Entpolitisierung in der Verstaatlichten entlarven kann. Alles wird niedergewalzt, und sei es auf dem Rücken Hunderter Arbeitsplätze. Und wenn man nachschaut, meine Damen und Herren, es gibt in der Geschichte kein zweites derartiges Beispiel. Da wird ein Stück Zukunft – denn es handelt sich um Forschung und Entwicklung – ausgelöscht, und wenn man es auf den Punkt bringt, kann man es nur so formulieren, nur weil die Bediensteten bei Betriebsratswahlen, ganz im Gegensatz zur sonstigen Verstaatlichten, ÖVP wählen und weil Paul Burgstaller, ein Symbol für die Tüchtigkeit der Obersteiermark, in seiner Existenz schlicht und einfach ruiniert werden soll.

Meine Damen und Herren, das ist, lieber Kollege Hammer, alles, nur nicht zum Lachen, das ist erschütternd und beschämend, und ich sage es Ihnen in der SPÖ gleich am Anfang in aller Deutlichkeit: (Abg. Hammer: „In Eisenerz – das war euer Antrag zur Privatisierung!“)

Die SPÖ und ihre Handlanger, meine Damen und Herren, vor allem der Herr Bogdandy, den Sie offensichtlich als Geisel genommen haben (Abg. Hammer: „Wenn du die Leistungen der Leute dort aufzählst, gebe ich dir aber recht!“), diese SPÖ und dieser Herr Bogdandy haben auch in diesem Zusammenhang unseren geschlossenen und erbitterten Widerstand. Sie haben sehr richtig gehört. Wir sind entschlossen, gegen dieses Unrecht zu kämpfen, wie wir immer dann das Wort erheben, wenn es um die Arbeitsplätze geht, und wir sind mit den Bediensteten des Institutes – ich sage es auch so konkret – verbittert, daß eine solch gnadenlose, ja brutale Vernichtung von Arbeitsplätzen und damit Hunderter Existenzen in einer Demokratie überhaupt denkmöglich ist.

Meine Damen und Herren, es geht um Forschung. Anderswo werden die Ausgaben für Forschung und Entwicklung erhöht. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt betragen sie in Österreich 1,47 Prozent, das sind etwa 21 Milliarden Schilling. In Holland, um Beispiele zu nennen, sind es 2,10 Prozent, in der Schweiz 2,83 Prozent und in der Bundesrepublik Deutschland 2,71 Prozent.

Und – und auf das darf man auch mit Selbstbewußtsein ohne falsche Überheblichkeit hinweisen – ein Vergleich der Ausgaben, die die österreichischen Bundesländer für Wissenschaft und Forschung tätigen, führt zu dem überaus erfreulichen Faktum, daß die Steiermark mit einem Anteil von rund 20 Prozent an den österreichischen Gesamtausgaben nach Wien an zweiter Stelle und deutlich vor allen anderen Bundesländern liegt. Das, meine Damen und Herren, ist der richtige Weg, denn das sind Investitionen in die Zukunft, die Sie oft und oft von der linken Seite des Hauses aus bekämpft haben. Denn, meine Damen und Herren (Abg. Kohlhammer: „Du redest schon wieder einen Blödsinn!“), warum hat denn die Verstaatlichte in den letzten 15 Jahren dieses Desaster erlebt? Sicher auch durch die falsche Fusion und durch die über viele Jahre hinweg ungünstige Konjunkturlage – das ist dazuzusagen –, aber ganz besonders auch deshalb, weil der Forschungs-, Entwicklungs- und Technologiepolitik seitens der Unternehmensführung nicht jene Bedeutung beigemessen wurde, die gerade den Bereichen Maschinenentwicklung, Werkstofftechnik, Elek-

tronik, Verfahrenstechnik, Prozeßtechnik und Softwareproduktion zukommen.

Eines der wenigen Zentren, das Forschungs- und Entwicklungsinstitut in Leoben, soll nun nach den Ankündigungen von Ludwig von Bogdandy, dem wahrscheinlich größten Flopmanager, den der SPÖ-Verstaatlichtenminister je aus der Bundesrepublik Deutschland geholt hat, zugesperrt werden. Seit mehr als zehn Jahren steht dieses erfolgreiche Institut unter ständigem Beschuß der Zentralstellen in der Verstaatlichten.

Erinnern Sie sich, meine Damen und Herren: Da haben das ganze Engagement und die freiwilligen Leistungen der Mitarbeiter nichts geholfen. Interne Umstrukturierungen – von den 1986 beschäftigten 250 Mitarbeitern wurden vier Gesellschaften mit vier eigenständigen Betriebsratskörperschaften gegründet – wurden damit beantwortet, daß die verbleibenden 127 der Stahl-AG zugeordneten Mitarbeiter dann der Linz-Ges. m. b. H. unterstellt wurden, und schließlich haben, ausgelöst durch den ständigen Nervenkrieg, 25 hochqualifizierte Mitarbeiter in der Folge diesen so sensiblen und wichtigen Bereich verlassen.

Und, meine Damen und Herren, das möchte ich als Arbeitnehmervertreter eben auch sagen: Es ist erstaunlich, mit welchem Engagement und mit welchem persönlichen Einsatz die Mitarbeiter in diesem Forschungsinstitut und für das Institut kämpfen: 1985, schwer bekämpft von den sozialistischen Gewerkschaftern, haben sie sich mit 80prozentiger Mehrheit für eine freiwillige Mehrarbeit im Bereich Forschung und Entwicklung ausgesprochen – Paul Burgstaller wurde damals mit dem Ausschluß aus dem ÖGB bedroht –, und es gehörte zum Ehrenkodex der Mitarbeiter, sich bei der Ableistung von 17.000 Überstunden freiwillig und unentgeltlich besonders intensiv jenen Projekten zu widmen, die einen Sanierungsfortschritt bedeuten.

Ich möchte daher von hier aus zunächst einmal allen Mitarbeitern dieses Institutes einen herzlichen und aufrichtigen Dank für diese Einstellung ihrem Unternehmen gegenüber sagen, einen Dank für ihre Arbeit, und auch feststellen: Wir stehen in dieser Überlebensfrage an ihrer Seite, und wir werden für sie mit allen Mitteln kämpfen! (Beifall bei der ÖVP.)

Denn die Leistungen können sich sehen lassen. Erst vor kurzem wurde vom Bundeskanzler Vranitzky in Donawitz eine vom Institut in Leoben entwickelte Schienenkopfhärteanlage eröffnet. Es gehört zu den Besonderheiten des Herrn Ludwig von Bogdandy, wenn er bei dieser Eröffnungsfeier, angesprochen auf die Forschung und Entwicklung, meint: „Nice to have“ – es ist schön, wenn man sie hat, aber man braucht sie nicht – und die Wahrheit verdrehend gleich feststellt, daß die erwähnte Anlage eine werkseigene Entwicklung der Hütte Donawitz sei, obwohl er ganz genau weiß – und niemand so genau wie er –, daß das nicht der Fall ist.

Meine Damen und Herren (Abg. Hammer: „Von euch war keiner dort, der dem Herrn Bogdandy das gesagt hätte!“), es muß Schluß sein mit dieser Zerstörungspolitik. (Abg. Kollmann: „Es hat keiner eine Einladung bekommen!“) Meine Damen und Herren von der SPÖ, ich weiß schon, Kollege Hammer, daß

euch das sehr weh tut (Abg. Vollmann: „Es tut uns nur weh, daß ihr zugeschaut habt!“), denn das ist das Ergebnis der Entpolitisierung, lieber Vollmann. Über das kannst du nicht hinwegreden.

Ich sage euch, und da können Sie als Abgeordnete, als Betriebsräte, Hammer, als Arbeiterkammerleiter in der Obersteiermark mitwirken. Helfen Sie mit, daß Schluß ist mit dieser Zerstörungspolitik. Es muß Schluß sein mit den politischen Intrigen. Ich sage das – (Abg. Vollmann: „Das ist eine Ungleichbehandlung von Leuten in diesem Lande!“) Aber, lieber Kollege Vollmann, die Ungleichbehandlung der Leute in diesem Lande geschieht, wenn sie überhaupt geschieht, durch die Sozialisten. Denn so wie euer neuer Parteivorsitzender die Arbeitnehmer schon im eigenen Parteihaus behandelt, so möchte ich niemals von irgendjemand, der mir vorgesetzt ist, jemals behandelt werden, denn das ist zum Teil menschenunwürdig. Sie brauchen sich da überhaupt nicht aufregen. Und Sie wissen ganz genau – (Landesrat Dr. Strenitz: „Woher haben Sie das?“)

Aber Sie glauben es gerne, Herr Landesrat Dr. Strenitz. Sie sind sehr froh, daß ich das gesagt habe. Sie wissen das ganz genau. (Abg. Vollmann: „Es ist interessant: Während der Alleinregierung der SPÖ hat man nie davon gehört, während der Koalition muß das passieren!“) Meine Damen und Herren! Ich sage noch einmal, es muß mit diesen politischen Intrigen Schluß sein. Ich sage es, weil es leider genug Beispiele für primitive, ja skandalöse sozialistische Parteitaktik und Parteipolitik gibt. (Abg. Hammer: „Aber Hermann!“) Kollege Hammer, ich führe sie an Hand einiger Beispiele an: (Abg. Dr. Maitz: „Betriebsterror, ich habe gedacht, das ist schon lange vorbei!“) Paß auf, lieber Kollege Vollmann, von Betriebsterror kannst du überhaupt nichts sagen, denn wenn jemand das Wort Betriebsterror in den Mund nimmt und Vollmann heißt, dann ist er – um es sehr salopp zu formulieren – sehr, sehr ungerecht. Denn du bist verantwortlich für manche Zustände, die sich bei Betriebsratswahlen abspielen, als Arbeiterkammergeschäftsführer oben im Bezirk Mürzzuschlag. (Abg. Vollmann: „Dr. Maitz hat das gesagt! Er hat Betriebsterror gesagt!“) Lassen Sie mich also sagen, meine Damen und Herren. Die Hütte Donawitz wurde per 1. Juli 1988 rechtlich verselbstständigt, das heißt, eine eigene Gesellschaft, eine Ges. m. b. H. Das gesamte Sachanlagevermögen, das allseits bekannte „rostige Haus“ der Forschungszentrale Leoben sowie ein weiteres Technikum wurden dem Sachanlagevermögen der Hütte Donawitz zugeordnet. Im Zuge der Vergesellschaftung des Bereiches Leoben wurde dieses Sachanlagevermögen um 170 Millionen Schilling zum Kauf angeboten. Dieser Kaufpreis entspricht – wie Sie wissen – nicht dem Verkehrswert und ist eine bewußte kalkulatorische Fehleinschätzung und wurde natürlich von den Verhandlern nicht akzeptiert. Ein weiteres Anbot von der Donawitz Ges. m. b. H. – man könnte allerdings besser sagen von Fauland und Genossen – wurde dann unterbreitet. (Abg. Ussar: „Brand!“) Das ist auch ein Genosse, Kollege. Sie sind alle in der ersten Reihe beim sozialistischen Parteitag in der Vorwoche gesessen. Sie haben alle alles mögliche getan, nur nicht zum richtigen Zeitpunkt für die Arbeitnehmer gekämpft. Das ist, ich sage es Ihnen immer wieder, das Ergebnis der Entpolitisierung, daß überhaupt nur mehr Sozialisten

am Ruder sind. Daher können Sie alles tun, nur sich nicht auf andere ausreden. Das möchte ich Ihnen in aller Deutlichkeit sagen. Dieses Anbot von der Donawitz Ges. m. b. H., also von Fauland und Genossen – (Abg. Vollmann: „Privatisierung heißt das Schlagwort!“) Ja, Kollege Vollmann, höre dir das an und folge dem Rat von Dörflinger, verhalte dich ruhig und höre mir zu.

Dieses Anbot von Fauland und Genossen wurde dann unterbreitet. Sie könnten ihr Haus, ihr Technikum, um 110 Millionen Schilling sozusagen wieder zurückkaufen. Dieses Anbot war und ist, meine Damen und Herren, doch sittenwidrig und wurde daher abgelehnt. Jetzt soll nach dem Willen der Herren Bogdandy, Strahammer oder auch Raidl dieses Sachanlagevermögen um rund 25 Millionen Schilling an Private verkauft werden. Im Gegensatz dazu aber, das möchte ich als Beispiel herausarbeiten, hat die Hütte Donawitz – wie wir wissen –, ich habe gar nichts dagegen, Kollege Hammer, hat die Hütte Donawitz die Lehrwerkstätte dem BFI um einen ganzen Schilling verkauft, Verkehrswert 60 Millionen. Ja, das ist die unterschiedliche Verhandlungsweise der SPÖ, das ist sozialistische Vernichtungsstrategie auf Kosten der Arbeitnehmer.

Oder ein weiteres Beispiel: Die ehemalige Bergdirektion – (Abg. Hammer: „Ihr habt schön verhandelt!“) Kollege Hammer, das ist ein Beispiel, das du gut kennst. Die ehemalige Bergdirektion, seinerzeit im Besitz des Forschungsinstitutes Leoben, mitübertragen in das Anlagevermögen der Hütte Donawitz, 1987 um 7,8 Millionen Schilling renoviert, wurde 1989 um 3,6 Millionen Schilling der Stadtgemeinde Leoben großzügig verkauft. „Freundschaft, Genossen“ kann man da nur mehr sagen.

Im Laufe der Jahre von 1986 bis 1988 wurden in Leoben eine Reihe von Strukturteamuntersuchungen durch den Vorstand vorgenommen. Diese Untersuchungen hatten immer nur das eine Ziel, meine Damen und Herren, das kann man in den Aktennotizen und in den Verhandlungsschriften ganz genau nachlesen, sie hatten immer nur das eine Ziel, Leoben aufzulösen beziehungsweise die entscheidenden Abteilungen nach Linz zu transferieren. Der uneingeschränkte Wille aller Mitarbeiter, Forschung und Entwicklung in der Obersteiermark zu betreiben, hat dieses Bemühen des Vorstandes immer wieder zunichte gemacht. (Abg. Kohlhammer: „Die Ergebnisse dieser Untersuchungen wären interessant!“) Meine Damen und Herren! Ich frage mich, was kann denn eigentlich der Grund sein, warum Bogdandy und warum die Sozialistische Partei so unerbittlich agieren? In erster Linie liegt es wohl offensichtlich darin, daß Burgstaller die Fehlleistungen des Herrn von Bogdandy, vor allem im Zusammenhang mit dem KVA-Verfahren, als obersteirischer Nationalratsabgeordneter sehr klar aufgezeigt hat. Er hat von Anfang an darauf hingewiesen, daß das KVA-Verfahren des KS-Verfahren, also Klöckner-Stahlerzeugungs-Verfahren, in Deutschland nachempfunden ist, das dort ein Defizit von 400 Milliarden D-Mark verursacht hat. Er hat den Flop vorausgesagt, und es wurde ein Flop! Bogdandy steht vor dem Scherbenhaufen. 700 Millionen Steuer-schillinge wurden auf Grund seines Scheiterns bei KVA in den Rauchfang investiert. Burgstaller hat das bekämpft. Paul Burgstaller hat das aufgedeckt. Und

nun soll er die Rache zu spüren bekommen. Paul Burgstaller, meine Damen und Herren, ein Kämpfer für Forschung und Entwicklung, ein Kämpfer für die verstaatlichte Industrie und deren Mitarbeiter und ein Kämpfer für die Obersteiermark, soll in einer sehr persönlichen beruflichen Existenz erledigt und gleichzeitig die Forschung und Entwicklung in Leoben geschlossen werden. (Abg. Reicher: „Er soll den Krobath ablösen!“) Und wenn Bogdandy nun großzügig schriftlich auf die vom Land in Aussicht gestellten KVA-Millionen verzichtet, aber hämisch anmerkt, man könnte diese der neuen Forschungsgesellschaft Leoben zur Verfügung stellen, dann darf ich feststellen, daß 200 Millionen für 140 Mitarbeiter nie jemand wirklich begehrt hat. Es wurde immer darauf verwiesen, auch von den Mitarbeitern und vom Paul Burgstaller, daß jene Förderungsmittel in Anspruch genommen werden möchten, die über das normale Ausmaß der bestehenden Richtlinien denkbar und möglich sind.

Meine Damen und Herren, um es noch einmal zu sagen, der Nervenkrieg um das Forschungsinstitut in Leoben und die Drohungen gegen die Belegschaft und insbesondere gegen den Betriebsratsvorsitzenden Paul Burgstaller, der offensichtlich als frei gewählter Mandatar eingeschüchtert werden soll, müssen ein Ende haben.

Und wenn du lachst, Kollege Hammer, darf ich dir sagen, ich habe hier eine Telefonnotiz (unverständlicher Zwischenruf), Kollege Hammer, höre dir das an! Ich habe hier eine Telefonnotiz, ein Telefonat vom 10. Mai, das der Geschäftsführende Betriebsratsvorsitzende Dipl.-Ing. Mayer vom Forschungsinstitut Leoben mit Herrn von Bogdandy geführt hat, wo auch ein paar Zeugen unterschrieben haben. Da sagt Bogdandy, ich zitiere: „Die von Burgstaller in letzter Zeit geübte Kritik wird ihm noch persönlich schaden, aber noch mehr der Belegschaft in Leoben, weil ich Burgstaller wegen seiner Nationalratsimmunität nicht entlassen kann, er aber die IIT-Gründung nicht mehr vertreten will – Bogdandy nämlich – und deshalb mit der Auflösung des Standortes Leoben und Freisetzung der Mitarbeiter in diesem Telefonat droht.“ Und am Ende sagt er dann noch, als es um eine stille Beteiligung des Landes geht, er sehe kleine Realisierungschancen für die IIT, wenn Burgstaller keine öffentlichen Aussagen mehr trifft. Ja, meine Damen und Herren, das ist ja ungeheuerlich, wenn man einem Nationalratsabgeordneten (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das ist wirklich ungeheuerlich!“), der die Menschen einer Region vertritt, verbieten will, sich zu Worte zu melden. Es ist doch in aller Form zurückzuweisen! Und ich bitte Sie (Abg. Dr. Maitz: „Unerhört!“), das auch innerhalb der SPÖ dem Herrn von Bogdandy zu sagen und auch bei Ihrem Parteivorsitzenden in dieser Sache vorstellig zu werden.

Meine Damen und Herren, das ist eine nackte Erpressung, die wir nicht zur Kenntnis nehmen. Wir lassen es nicht zu, daß einer ausradiert werden soll, der wie kein anderer Obersteirer für seine Region Tag und Nacht rackert und um jeden einzelnen Arbeitsplatz kämpft. Wenn Politik, ja sozialistische Parteipolitik, auf dem Rücken Hunderter tüchtiger Angestellter in Leoben erbarmungslos ausgetragen und der Verstaatlichungssprecher der ÖVP Paul Burgstaller durch die Bedrohung seiner beruflichen und damit bürgerlichen Exi-

stenz mundtot gemacht werden soll, dann erklären wir der SPÖ dieses Landes und auch der Republik hiermit unseren heftigsten und ausdrücklichen Widerstand, weil sich das in einer Demokratie nicht vereinen läßt. (Beifall bei der ÖVP.)

Und ich frage, meine Damen und Herren, zum Schluß Vranitzky und Schachner-Blazizek, wann er, euer neuer Parteivorsitzender – er ist wie Bogdandy auch ein Professor –, aus der Ecke der Isolation herauskommen und endlich namens dieser immerhin nicht kleinen Sozialistischen Partei, die in einer Demokratie als Partei existiert, erklären wird, daß das Spiel des Herrn Bogdandy, der von der SPÖ offensichtlich auf Grund dieses Flops im Zusammenhang mit KVA immer mehr als Geisel genommen wird und durchzuführen hat, was sozialistischerseits durchzuführen ist, von Streicher in der Zuschauerloge beklatscht, wegen Regelwidrigkeit abubrechen ist. Wo bleibt Schachner-Blazizek und erklärt dies namens der obersteirischen Arbeitnehmer? Ich frage Sie, Herr SPÖ-Vorsitzender Schachner-Blazizek, wann werden Sie zur Lage der VOEST in Leoben und in Donawitz und zur Lage der Verstaatlichten in der Steiermark Stellung nehmen? Ich höre ihn immer irgend etwas dahererzählen, aber ich habe von ihm noch nie gehört, daß ihm die Arbeitsplätze und daß ihm die Region Obersteiermark ein besonderes Anliegen wären. (Glockenzeichen des Herrn Präsidenten.) Noch nicht einmal einen Spruch hat er hier über die Lippen gebracht, obwohl er sonst ein durchaus großer Sprücheklopfer ist. Ist Ihnen die Obersteiermark ein Anliegen? Wissen Sie, daß es um Hunderte, ja Tausende Arbeitsplätze und um das Wohl einer gesamten Region geht, oder haben Sie, Herr Parteivorsitzender Schachner-Blazizek, dazu nichts zu sagen, weil es Ihnen die Löwelstraße verbietet? Es kommt für Sie die Stunde der Wahrheit auch in dieser Frage. Machen Sie Ihren Einfluß geltend, reden Sie nicht nur, sondern handeln Sie endlich!

Und ich möchte zum Schluß sagen, meine Damen und Herren, die Forschung und Entwicklung in Leoben (Glockenzeichen des Herrn Präsidenten.) – ich bin beim letzten Satz – sind für die Obersteiermark, für die verstaatlichte Industrie, für das ganze Land von enormer Bedeutung. Ich fordere die Sozialisten auf, mit uns für dieses Institut zu kämpfen, die zerstörerischen Aktivitäten einzustellen und dafür Sorge zu tragen, daß die Mitarbeiter dieses Institutes ihre Anlagen, ihre Geräte, derer sie still und gemein enteignet wurden, zu den gleichen Bedingungen bekommen, wie das BFI die Lehrwerkstätte in Donawitz erworben hat.

Gerade nehmen diese Mitarbeiter auf der Zuschauertribüne Platz, und ich möchte Ihnen das, was ich auch schon gesagt habe (Glockenzeichen des Präsidenten), nochmals hier sagen: (Auf der Zuhörertribüne werden Transparente hochgehalten. – Präsident: „Ich möchte Sie ersuchen, mit dieser Demonstration dort aufzuhören! Das ist nicht statthaft! Darf ich Sie bitten, die Transparente einzuholen!“)

Aber im Prinzip haben sie natürlich recht: „Bogdandy für die BRD“, „Burgstaller für die Obersteiermark“. (Landesrat Dr. Strenitz: „Das ist ein abgekartetes Spiel!“) Ich möchte diesen Mitarbeitern sagen – (Glockenzeichen des Präsidenten. Präsident: „Ich ersuche Sie, die Transparente einzuholen!“) Ich möchte daher von dieser Stelle aus den Mitarbeitern noch

einmal sagen: Wir stehen im Kampf um eure Arbeitsplätze, wir stehen im Kampf um die Erhaltung des Institutes in Leoben an eurer Seite! Glück auf! (Beifall bei der ÖVP. – 16.33 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Prof. Dr. Eichtinger.

Abg. Prof. Dr. Eichtinger (16.34 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vor einigen Stunden ist hier in diesem Saal das Wort gefallen: „Für 120 Beschäftigte aus Leoben schießen die Mandatare der ÖVP hier einen Purzelbaum.“ Ich habe vormittag schon heftigst dagegen protestiert und gesagt: Wir sind es gewohnt, daß wir gemeinsam (Abg. Erhart: „Das hat keiner gesagt!“) um jeden einzelnen Arbeitsplatz gerungen haben. Kollege Erhart, diese Worte sind gefallen. (Abg. Erhart: „Er hat etwas anderes gesagt, und zwar wegen dem Burgstaller schießt er Purzelbäume!“) Dann hat man uns noch vorgeworfen – Erhart, nur keine Nervosität! Dann wurde hier erklärt, bei 7800 Arbeitern und 1600 VEW-Arbeitern hätten wir geschwiegen. Ich wiederhole das: Wir haben in dieser Angelegenheit nie geschwiegen! Wir haben uns bei diesen Arbeitsplätzen und bei der Verstaatlichten voll und ganz eingesetzt (Abg. Erhart: „Es hat nie eine dringliche Anfrage gegeben!“), und wir haben unseren Nationalrat Burgstaller voll unterstützt, weil wir wissen, daß er sich für die Bevölkerung dieses Raumes voll und ganz einsetzt. (Beifall bei der ÖVP und auf der Zuhörerbank.) Das lassen wir uns nicht nachsagen. Wir sind – und hier könnt ihr nachschauen – (Abg. Erhart: „So ein Theater! – Glockenzeichen des Herrn Präsidenten. – Präsident: „Herr Abgeordneter Prof. Dr. Eichtinger, halten Sie inne! Ich darf die Damen und Herren auf der Galerie ersuchen, sich jeder Beifallsäußerung zu enthalten. Das ist hier nicht statthaft!“)

Ich darf noch einmal sagen: Wir waren am Vormittag auch erschüttert, als hier an dieser Stelle von einem Redner von euch gesagt wurde: „Mit der Schließung von Leoben bricht keine Welt zusammen.“ Das ist doch das Unerhörteste, was wir uns hier anhören müssen. Bei uns bricht im Grunde genommen – und bei euch, wenn ihr ehrlich seid, bei jedem – auch eine Welt zusammen, wenn er weiß, daß es sich um das Schicksal eines Freundes, wenn er weiß, daß es sich um das Schicksal eines Arbeitnehmers oder auch eines Bauern oder eines Sonstigen handelt. Das ist doch eine Tatsache! Drum, solche Worte dürfen hier nicht mehr fallen!

Und, Erhart, zu dir auch: Du hast hier gemeint: „So ein Theater!“ als Zwischenruf. Das ist kein Theater! (Abg. Erhart: „Das Theater besteht darin, daß der Herr Schützenhöfer die Herren herbestellt, und die halten Transparente hoch!“) Diese Menschen sind hierhergekommen (Glockenzeichen des Herrn Präsidenten. – Präsident: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Prof. Dr. Eichtinger!“), weil sie wissen, es geht um ihre persönliche Existenz. Es geht aber auch gleichzeitig – Ussar, da spreche ich dich an – um viele Hunderte, Tausende Existenzen in deinem Bereich in Leoben. Und ich erinnere dich, ich danke dir dafür: (Abg. Ussar: „Wo du dich nie gemeldet hast! Ich habe schon letztes Mal gesagt, wir müssen die Arbeitsplätze und

die Forschung erhalten!“) Ich will das herausstreichen, Ussar, daß du erklärt hast: Wir müssen die Forschung erhalten, es muß die Republik Österreich für Donawitz und Leoben eintreten! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Auch das sage ich hier. Und wir danken dir auch, denn du gehörst nicht zu jenen Rednern, die heute vormittag bewiesen haben, daß ihnen im Grunde genommen Leoben-Donawitz – es tut mir leid, daß ich es hier sagen muß – fast egal ist. Ja, ich zitiere Rainer, der erklärt hat: (Abg. Erhart: „Das meine ich mit Theater! Du weißt ganz genau, daß uns das nicht egal ist!“) „Geschäftsführer und Betriebsrat, wenn das eine Einheit ist, das ist nicht günstig für die Dienstnehmer. Der Staat muß einsparen und so weiter.“ Solche Worte, lieber Gewerkschaftssekretär Rainer, die dürften aus deinem Munde überhaupt nicht kommen. Die sind deprimierend nicht nur für die Betroffenen, sondern letzten Endes für uns alle.

Nun will ich zum Herrn Bogdandy kommen, zum großen Herrn Prof. von Bogdandy. Ich möchte hier eines feststellen und vielleicht wiederholen, was ich am Vormittag gesagt habe: Der Mann hat hier eine Idee verfolgt, die in Deutschland schon einmal gescheitert ist. Herr von Bogdandy hat nicht erkannt, daß die Schrottsituation in Österreich eine wesentlich andere ist als in Deutschland. Er hat sich hier nicht aufklären lassen, und er mußte hier scheitern. Und wenn heute vormittag gesprochen wurde, das ist das Dioxin, auf dem die ÖVP dahinreitet, so ist das eine Nachwirkung. Denn dieses KVA-Verfahren ist – ich sage es auch, leider Gottes, wir wären ja froh gewesen, wenn etwas rausgekommen wäre, aber das ist zum Scheitern verurteilt. Ich wiederhole auch noch einmal, es hat so viele Männer, Fachleute gegeben, die gewarnt haben, aber er ist hier hineingerannt und hat viele, viele Belegschaftsmitglieder von Donawitz auf dem Gewissen. Das ist die Tragik. Eurer Landesparteivorsitzender hat im „Profil“ wortwörtlich „zusperren“ geschrieben – Ussar, du hast verlangt, daß die Republik eingreift. (Abg. Kohlhammer: „Das hast du falsch verstanden!“) Ich gebe es euch! Ich lasse das ablichten. Jeder von euch bekommt dieses „Profil“-Interview. Ich lasse es ablichten.

So wie er die Richtung angegeben hat, so ist heute vormittag die Debatte hier gelaufen. Herzlos, kein Verständnis für die Menschen dieser Region. Aber ich kann euch nur eines sagen. Die „Neue Zeit“ hat es geschrieben. Mit dem Fall Rechberger wurde mehr erschüttert als ihr glaubt. Mit dem Fall Donawitz, mit dem Forschungszentrum wurde mehr erschüttert als ihr glaubt. Denn die Menschen erkennen hier, es gibt tatsächlich auf der einen Seite die Abhängigen, diejenigen, die keine Verträge haben, die büßen müssen, die arbeiten müssen, und auf der anderen Seite die Betriebsbosse, die sozialistischen Manager und alles, was noch hinauf sozialistisch ist, ist sowieso fast alles sozialistisch, die sind abgesichert. Denen passiert nichts. Der Herr Bogdandy gehört ausgesperrt, bevor zugesperrt wird. Und diejenigen, die ihn von Deutschland zu uns gebracht haben, gehören eingesperrt, dann hätten wir das richtige Sperren! (Beifall bei der ÖVP.) Ich bitte euch bei aller Dramatik, die hier losbricht, ich bitte euch, überlegt euch noch einmal: Dort gibt man etwas um einen Schilling her, weil es in eine sozialistische Institution fließt, und dort verlangt

man Beträge, von denen man weiß, daß sie nie bezahlt werden können, weil man grundsätzlich davon ausgeht, hier will man etwas umbringen. Und die Rache des Herrn Bogdandy – ich kann sagen, diese Rache des Bogdandy ist etwas Grausliches. Darum trennt euch von diesem Mann, trennt euch von denen, die hier bremsen. Trennt euch von den politischen Bossen, die nicht haben wollen, daß es dort weitergeht. Glück auf! (Landesrat Dr. Strenitz: „Das ist scheinbar ein Bezirksparteitag der ÖVP, der hier abgehalten wird.“ – Beifall bei der ÖVP. – 16.40 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Rainer.

Abg. Rainer (16.40 Uhr): Verehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Abg. Dr. Maitz: „Wo ist denn der Parteiführer in dieser wichtigen Frage?“) Der wird schon kommen, nur keine Sorge! (Abg. Dr. Dorfer: „Er wird den Bogdandy verteidigen!“) Es ist genau das eingetreten, was wir befürchtet haben. Wir haben unter Punkt acht der heutigen Debatte darauf verwiesen, daß wir die Sorge haben und uns davor fürchten, daß aus dieser Dringlichen heute bei der Hinterfragung der Rechts-situation ein Politspektakel werden könnte. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das ist die Wahrheit gewesen, und kein Spektakel!“) Lasse mich ausreden, du wirst es dann verstehen! Leider muß man sagen, Hohes Haus, meine Damen und Herren, wenn man die beiden Redner jetzt gehört hat, kann man sich dieses Ein-drucks nicht mehr erwehren. (Beifall bei der SPÖ.) Es ist wenig hilfreich – (Abg. Dr. Dorfer: „Das schmerzt euch!“) Überhaupt nicht, Leopold! Es ist wenig hilf-reich, wenn es um die Existenz der Beschäftigten dort geht, um die Arbeitsplätze in der Forschung und Dienstleistung, wenn man in etwa wie folgt argumen-tiert: Die Roten zerstören ein Stück Zukunft. Ich muß Ihnen sagen, Hohes Haus, meine Damen und Herren, niemand von uns hat ein Interesse daran, daß dieser Bereich geschlossen wird. Wir stehen nicht für die Erhaltung des Unternehmens, wir stehen nicht für die Aktivität des Herrn Bogdandy, Sekyra oder wessen immer im Bereich der verstaatlichten Industrie, son-der wir hatten uns ja gemeinsam darauf verstanden, daß die in diesen Bereichen für ihre eigenen Aktivitä-ten einzustehen haben und daß wirtschaftliche und politische Verantwortung nunmehr auf Grund des Pakts der Regierungsparteien zwei Seiten sein sollten, und dazu bekennen wir uns auch. Ich verweise nur darauf, Hohes Haus, meine Damen und Herren, daß es das Programm der Regierungsparteien ist, daß nur letztmals Förderungen in einem bestimmten Aus-maß geleistet werden sollen, nämlich jene 34,5 Milliar-den Schilling. Ich muß leider bedauerlicherweise dar-auf auch hinweisen, daß es die ÖVP war, die plötzlich dieses junge Team aufgestellt hat bei der letzten Tranche, nämlich zwischen noch mehr Privatisierung und zwischen dem Mitteleinsatz und der Mittelzuwen-dung an diese Bereiche der verstaatlichten Industrie. Und hier durchaus auch an den Bereich der Obersteier-mark. Es war vielleicht hier die Haltung des Verstaat-lichtensprechers Paul Burgstaller wirklich nicht eine sehr hilfreiche, und es mag tatsächlich so sein, Hohes Haus, meine Damen und Herren, daß hier der Zorn des „Stahlprofessors“ auch negativ wirkt. Sollte das so sein

und sollte dieser Zorn unsere Beschäftigten treffen, dann sind wir mit Ihnen einig, Hohes Haus, meine Damen und Herren. Das kann es und darf es nicht geben, und das wäre zu verurteilen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Einverstanden!“)

Zum Zweiten: Lieber Kollege Dr. Eichinger! Du bist ein sehr rüstiger, sehr aktiver Abgeordneter. Du hast zwar jetzt seit längerem eine Standardrede und Stan-dardfloskeln, wenn es um die verstaatlichte Industrie geht, aber du hast leider auch bereits ein gestörtes Merkverhältnis (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Nein, das habe ich nicht!“), weil das, was hier von dir am Rednerpult wiedergegeben wurde zur Diskussion am Vormittag, ist schlichtweg unrichtig. Ich möchte mir keinen Ordnungsruf zuziehen, weil sonst würde ich ganz etwas anderes sagen, und es wäre auch berech-tigt. Es ist unerfreulich, Kollege Dr. Eichinger, wenn man in dieser Form eine billige, böartige Polemik betreibt. Ich möchte das zurückweisen. Vielleicht darf ich jetzt, weil ich selber angesprochen wurde, auch darauf noch einmal zurückkommen, was ich tatsäch-lich gesagt habe, und du kannst ja dann noch einmal korrigieren, wenn du willst. Ich habe die Frage in den Raum gebracht, ob es im Sinne der Arbeitsverfassung tatsächlich sehr sinnvoll ist, wenn jemand diese Dop-pelfunktion des Geschäftsführers und gleichzeitig des Betriebsratsvorsitzenden hat, ob hier nicht tatsächlich Schwierigkeiten entstehen könnten oder umgekehrt es sich herausstellt, ob eine derartige Situation hilfreich für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen ist. Ich wage zu behaupten, zumindest sehr hilfreich wird eine derartige Situation nicht sein. (Abg. Kollmann: „Das muß du dem Bogdandy sagen!“) So war das auch in den übrigen Bereichen. Das, was dargestellt wurde, ist schlichtweg falsch, lieber Kollege Dr. Eichinger, und wird von uns zurückgewiesen. (Abg. Prof. Dr. Eichin-ger: „Ich habe das anders gesagt!“)

Und jetzt zu den Ausführungen zur Dringlichen durch die Frau Landesrat Klasnic. Wir gehen völlig konform dort, wo der Bund aufgefordert wird, das Seine zu leisten. Wir gehen völlig konform mit den Forderungen, wo die ÖIAG aus der Industrie aufgefor-dert wird, ihren Teil einzubringen. Wir verlangen genauso wie Sie von der ÖVP und wie alle übrigen Abgeordneten es tun, das stelle ich einmal vor dieses Hohe Haus, daß sie ihrer Eigentümerverantwortung gerecht werden, und ich wiederhole das hier bereits zum dritten Mal. Und ich möchte noch einmal darauf verweisen:

Hohes Haus, meine Damen und Herren, wir haben unter Punkt 8 genau das gleiche gesagt, daß wir das wollen und daß wir darauf bestehen, daß hier alles vom Eigentümer und vom Bund geleistet wird. Und wir haben ausdrücklich auch mehrmals in diesem Hohen Haus, bei der Debatte letztesmal und bei der Debatte heute zu Punkt 8, auf eine Umwidmung der KVA-Mittel gedrängt, und zwar in Richtung Absicherung der Beschäftigten und auch der Beschäftigten und der Arbeitsplätze in der Forschung und Dienstleistung. Und ich wiederhole noch einmal das, was ich auch als Antrag der Frau Kammlander hier in diesem Hohen Haus unterstützt habe, daß wir uns sehr wohl dazu bekennen, daß auch im außeruniversitären Bereich in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Montan-union in Leoben Einrichtungen geschaffen werden

sollen, daß dieses wertvolle geistige Kapital, das wir dort haben, auch weiterhin für die Region und für die Steiermark erhalten bleibt und daß die Mittel des Landes dafür eingesetzt werden. Und darüber hinaus, Hohes Haus, meine Damen und Herren, haben wir schon überhaupt nichts dagegen, wenn zusätzliche Mittel auch des Landes, wenn wir sie haben, eingesetzt werden können zur Absicherung von Arbeitsplätzen, wo immer das sein mag, aber auch ganz besonders in diesem Bereich. Nur, sich um einen Arbeitsplatz (Abg. Dr. Maitz: „127!“) allein Sorgen zu machen, das ist etwas zu wenig.

Aber ich sage Ihnen, Hohes Haus, meine Damen und Herren, selbst der Arbeitsplatz des Paul Burgstaller unterscheidet sich in keinem Mascherl von einem anderen. Auch hier sind wir der Meinung: Leichtfertig darf auch der durch die dort Verantwortlichen – und das sind die Eigentümer – nicht verwirtschaftet werden. Und ich gehe davon aus, daß er leichter einen finden wird als all seine übrigen Kollegen, die dort beschäftigt sind.

Wir Sozialdemokraten in diesem Hohen Haus stehen dazu, daß die Beschäftigung dort abgesichert wird, daß alles unternommen wird, daß Forschung und Dienstleistung in diesem Raum, in dieser Region weiterhin möglich sind und das Land das Seine dazu tut. Ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ. – 16.50 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (16.50 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte am Beginn meiner Wortmeldung einmal auf die Unsitte hinweisen, dringliche Anfragen von den Abgeordneten an das eigene Regierungsmitglied zu stellen. Ich halte das eigentlich – (Abg. Dr. Maitz: „Dieses Urteil steht Ihnen nicht zu!“) Ja, nachdem eine dringliche Anfrage heute in diesem Haus von zehn Abgeordneten an ein oppositionelles – wenn man so meinen kann – Regierungsmitglied gestellt werden hätte sollen und abgeschmettert worden ist, das heißt, gar nicht behandelt worden ist, dann halte ich das für einen Skandal. Denn wenn ein Regierungsmitglied von der eigenen Fraktion befragt werden muß und dann gut vorbereitet hier argumentieren kann, dann hat es einen Vorteil, während wenn die Opposition zusammen mit einer anderen Fraktion eine Anfrage stellt (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Ist das Opposition?“), dann gibt es anscheinend diesen Informationsvorsprung nicht. Es geht mir als Abgeordnete ganz allein darum, daß ich mich verschaukelt fühle. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Ist das eine Opposition?“) Nein, aber ich habe gesagt: „die andere Fraktion“. Ich und die Freiheitlichen sind Opposition, und das ist die andere Fraktion. Und die fragt dann ein schwarzes Regierungsmitglied, und das wird nicht angenommen, das kann nicht stattfinden, während die anderen Anfragen so vorbereitet werden, daß sie in jedem Fall angenommen werden. Und immer wieder haben wir jetzt das Spiel – seit drei Sitzungen geht das so –, daß dringliche Anfragen ans eigene Regierungsmitglied gestellt werden, während die andere abgeschmettert worden ist. Das ist meine Empörung aus der heutigen Situation. (Abg. Dr. Dorfer: „Gesetz muß Gesetz blei-

ben!“) Wir wären erstens einmal dann hintennach gekommen, weil üblicherweise immer Ihre die erste ist, und wir wären die zweiten gewesen, also (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Bitte ein Beispiel!“) diskutieren wir dringliche Anfragen irgendwann in der Nacht.

Ich wollte das nur hier erwähnen, daß dieser Informationsvorsprung einfach gegeben ist, daß das Regierungsmitglied wohl vorbereitet eine dringliche Anfrage beantworten kann. Und Sie können das dann mit einem ausgeklügelten Gutachten – in der Zeitung war die Anfrage wegen der Spitalsmanager ja schon angekündigt – von Prof. Wielinger auch wieder zu Fall bringen. Und wie die Position des Herrn Prof. Wielinger zu den Abgeordneten ist, das haben wir ja letztendlich im Ausschuß erlebt, indem er uns sogar so weit beschneiden möchte, daß wir nur Anträge stellen können, die dann die Präsidiale vorher zensurieren kann, ob man sie stellen darf oder nicht. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Der Unterschied ist nur, daß er sich auskennt!“) Das wollte ich hier nur kurz erwähnen. (Glockenzeichen des Herrn Präsidenten. – Präsident: „Frau Abgeordnete Kammlander, darf ich Ihnen eines sagen: Ich bedarf keiner Studie des Herrn Prof. Wielinger. Mir sagt der gesunde Hausverstand, welche Entscheidung ich in dieser Frage zu treffen hatte.“)

Ich nehme es zur Kenntnis, Herr Präsident!

Darf ich jetzt auf die Sache selber eingehen:

Der Herr Kollege Schützenhöfer hat gemeint: „Das, was hier in der Obersteiermark passiert, ist ein erschütterndes Beispiel, ein roter Vernichtungsfeldzug, und es gibt kein zweites derartiges Beispiel.“ Ich möchte nur kurz darauf hinweisen, daß es auch in anderen Forschungsinstitutionen, und zwar des Landes Steiermark, innerhalb der Forschungsgesellschaft Joanneum, sehr wohl auch gegen Bedienstete, die nicht in die politische Zugehörigkeit passen, Sanktionen gegeben hat oder jedenfalls so, daß unliebsame Forschungsbereiche aufgelöst worden sind oder versucht worden ist, einzelnen Personen Schwierigkeiten zu machen. Ich mache hier auf den Herrn Ziegelbäcker aufmerksam, der ja ein Fluorid-Gegner ist und der ganz besondere Schwierigkeiten gehabt hat, weil er nicht im Sinne der Regierungspartei geforscht hat. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das ist überhaupt nicht wahr! Das stimmt nicht!“) Daß es das nicht geben darf, muß in jedem Fall stimmen. Auch im eigenen Bereich darf es das nicht geben, daß man Forschungseinrichtungen eliminiert, nur weil die Mitarbeiter vielleicht alternativen Gedankengut vertreten. (Abg. Dr. Maitz: „So wichtig ist das nicht!“)

Das ist der eine Bereich. Der andere Bereich ist jetzt die VOEST, die Rolle des wortgewaltigen Herrn Burgstaller, der sich ja, wie ich zugeben muß, in vielen Bereichen echt vergriffen hat – auch was Bürgerinitiativen anbelangt. Da habe ich sehr schmerzvoll erlebt, daß seine Äußerungen äußerst ... na ja – (Abg. Grillitsch: „Aber für die Menschen in seiner Region kämpft er!“) Ja, für die Menschen in seiner Region, aber Äußerungen über „arbeitsloses Gesindel“ und so weiter stehen ihm auch nicht zu, das muß ich auch sagen. Denn jetzt ist er genauso von der Arbeitslosigkeit bedroht, und alle diese Mitarbeiter sind auch bedroht. Nennt er die dann auch „arbeitsloses Gesin-

del"? Das ist die Frage. Arbeitslosigkeit ist bitte nicht etwas, das man unbedingt selbst verschuldet, wie man hier sieht. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Da können ja die Leute nichts dafür!“) Deswegen muß er schon ein bißchen aufpassen, was er sagt. Nein, es geht darum, ob ein wortgewaltiger Mann wie der Herr Burgstaller immer weiß, was er sagt, und immer darauf Bedacht nimmt, ob das klug ist oder nicht (Abg. Dr. Maitz: „Und Sie sind sich sicher, daß Sie immer das Richtige sagen?“), ob's in seiner Sache sinnvoll oder in der Sache der Mitarbeiter gut und richtig ist, das wäre zu überlegen. Daß er sich da manchmal vielleicht auch vergriffen hat, das werden wahrscheinlich auch Sie zugeben. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Aber Sie rechtfertigen jetzt, daß alle hinausgeschmissen werden!“) Das habe ich überhaupt nicht gesagt! Ich habe seine Rolle als Person – hier geht's ja um die Person des Herrn Burgstaller heute; wir haben die dringliche Anfrage ja nur um den Burgstaller herumgebaut. Ja, so kommt mir das vor. (Beifall bei der SPÖ.) Ja, die sind betroffen, mit dem Herrn Burgstaller, aber in erster Linie: Wenn der Herr Burgstaller nicht der Herr Burgstaller wäre, dann wären die alle auch nicht hier, und Sie würden sich in dem Fall auch nicht einsetzen. (Beifall bei der SPÖ.) Ich meine, so viel politisches Gespür habe ich inzwischen. (Abg. Dr. Maitz: „Treten Sie in die Fraktion dort drüben!“ – Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Bazizek: „Gebt Ruhe!“) Nein, Sie wissen ganz genau, daß ich keine Absprachen mit irgendwelchen Fraktionen brauche. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Herr Landeshauptmannstellvertreter, meldest du dich zu Wort, weil du immer aufzeigst?“) Ich habe 20 Minuten Redezeit; also ich muß mich tummeln, daß ich herumkomme. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Ich melde mich nicht zu Wort, würde aber empfehlen, daß man die Frau Abgeordnete weiterreden läßt!“) Danke für die Unterstützung! Darf ich bitte fortfahren, denn sonst komme ich nicht mehr zum konstruktiven Teil meiner Wortmeldung. Ich habe das am Vormittag im Zusammenhang mit KVA schon erwähnt: Wenn wir in der Steiermark davon überzeugt sind, daß es besonders wichtig ist, eine Forschungseinrichtung zu haben, und wenn das da oben mit dem Forschungszentrum Leoben wirklich passieren sollte, daß wir unmittelbar, wenn es sicher ist, daß hier etwas aufgelöst werden wird, und sofort an das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung herantreten, daß die Montanuniversität in Leoben sofort ein Paragraph-9-Forschungsinstitut angeschlossen bekommt, daß die außeruniversitäre Forschung, das heißt, die Forschung ohne Lehre, mit Drittmitteln auch des Landes und vor allem auch aus diesem Topf, den wir uns ja erspart haben – das heißt, die 40 Millionen Schilling sind uns ja nicht übriggeblieben, die sind halt nicht ausgegeben, und deswegen haben wir halt weniger Defizit im Landesbudget –, bereit sind, seitens des Landes bedeutende Mittel auch in eine solche Forschungseinrichtung zu investieren. Was dann mit dem Standort Donawitz und der Produktion dort passiert, das ist eine zweite Frage. Wie viele Mittel wir dann seitens des Landes für die Erhaltung des Standortes und für den Umbau dieser Industrie-region investieren müssen, dafür müssen wir uns dann beim nächsten Budget etwas überlegen. Aber die Forschungseinrichtung innerhalb der Montanuniversität

auch mit den bestehenden Mitarbeitern des Forschungszentrums, das müßte möglich sein, wenn ein wirklicher Wille vorhanden ist. Der Minister ist ja einer Ihrer Fraktion, also nehme ich an, daß der Herr Busek ein offenes Ohr haben würde für diese Institution, für eine solche Forschungseinrichtung. (Abg. Kollmann: „Das sind zwei Paar Schuhe!“) Nein! Wenn eine Forschungsinstitution unabhängig sein soll, und das kann sie nur im Rahmen der Universität, ich nehme an, daß sie ziemlich frei ist vom Parteien-Hickhack, dann bitte setzen wir das um. Dann ist es nicht mehr die VOEST. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Sie wollen also, daß die hinausgeworfen werden?“) Also so einfach können Sie sich das nicht machen, Herr Präsident! (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Wie stellen Sie sich dazu, daß sie rausgeschmissen werden?“) Ich stelle mich nicht dazu, ob sie rausgeschmissen werden oder nicht, ich möchte nicht haben, daß eine Forschungseinrichtung immer wieder zum Spielball der Politik degradiert wird. Daß sie immer wieder dafür benützt wird, daß die einen sagen, die passen uns und die passen uns nicht. Und der Herr Bogdandy, soviel ich weiß, war ja einmal als Unabhängiger recht willkommen, ist jetzt plötzlich ein fürchterliches Monster geworden. Ich weiß nicht warum, aber ich glaube, er ist sogar von schwarzer Seite anerkannt gewesen, zeitweise. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „So eine schwarze Seite kenne ich nicht!“) Bitte, weiß ich nicht. Aber vielleicht hat das auch etwas mit dem Klima zu tun, das sich irgendwann zwischen dem Herrn Burgstaller und dem Herrn Bogdandy entwickelt hat. Ich weiß das nicht. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist eine Freudsche Fehlmeinung!“) Wenn ich etwas auflösen will, das uns Probleme schafft, dann kann ich nicht das eine wieder in das andere Lager bringen, sondern muß versuchen, möglichst einen neuen Weg zu finden. Und den sehe ich nur innerhalb der Montanuniversität. Ich erwarte mir da auch etwas viel Besseres. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.00 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Grillitsch.

Abg. Grillitsch (17.00 Uhr): Sehr geschätzter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Was man in einer so bitteren Angelegenheit hier hören kann, das verwundert einen als Betroffenen. Und, Frau Kollegin Kammlander, Sie werden in der Zwischenzeit festgestellt haben, daß der Herr Abgeordnete Burgstaller nicht oben sitzt, sondern daß vorwiegend Leute oben sitzen, die direkt betroffen sind. Ich muß auch eines klarstellen, weil der Name Burgstaller schon so oft genannt wurde. Ich glaube, eines kann man sagen, und wenngleich man auch als Kollege nicht immer einer Meinung ist, aber man kann offen reden, und er ist ein Kämpfer für die Arbeitnehmer in der obersteirischen Industrie. Das hat er in jeder Hinsicht bewiesen, ob es um die Probleme in Judenburg gegangen ist, in Zeltweg, im Mürztal oder überhaupt im verstaatlichten Bereich. (Beifall bei der ÖVP.) Und er ist auch der einzige Kämpfer, meine Damen und Herren, von der politischen Ebene im Nationalrat seitens der verstaatlichten Industrie, der für seine Freunde und die Arbeitnehmer in der Obersteiermark kämpft. Ich glaube, man kann die Dinge nicht so

einfach sehen, meine Damen und Herren. Ich freue mich, daß seine Freunde gekommen sind, weil dadurch hat auch der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner-Blazizek jetzt Zeit, sich diese Diskussion anzuhören, den man in der Anfangsphase vermißt hat und der bis heute noch nicht bereit war, in dieser Frage eine offene Meinung auch zu sagen. Herr Landeshauptmannstellvertreter, wenn ich Sie ansprechen darf. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. Dr. Schachner-Blazizek: „Ja gern!“)

Meine Damen und Herren, ich nehme das deshalb so ernst, und der Herr Kollege Sponer, der auch leider nicht da ist, wird das bestätigen, weil auch wir Betroffene dieser Situation sind. Kollege Schützenhöfer hat darauf hingewiesen, was es an Forschung bedeutet. Er hat hingewiesen darauf, welche Forschungen andere Länder haben. Ich weiß genau, daß gerade für das Werk Zeltweg auch die Forschungsabteilung der VOEST-Alpine in Zeltweg ein Projekt entwickelt hat, das jetzt den Weichenbau Zeltweg zum großen Erfolg geführt hat. Und wenn wir das nicht mehr haben, dann wird es weitere Schwierigkeiten geben. Ich weiß auch genau, lieber Kollege Rainer, du mußt das gesamt sehen, daß Zusammenhänge mit Donawitz, der Forschungsgesellschaft und auch dem Werk Judenburg gegeben sind. Meine Damen und Herren, wir haben im obersteirischen Bereich diese Krise überwunden mit viel Einsatz, Eigeninitiative der Manager, Mitarbeiter, Arbeitnehmer, die auf vieles verzichtet haben. Wir haben auch die nötige Unterstützung seitens des Landes immer wieder gefunden. Und wenn heute hier ausgesprochen wird: wo ist denn das Land, wenn es Krisen gibt? Denkt an die Situation bei der VEW. Nur fragt man sich heute, wo ist das Geld hingekommen? Ich glaube, unsere Verantwortung muß es sein, unsere Region wirklich gemeinsam zu sehen, und wirtschaftliche Probleme kann man nur gemeinsam sehen. Ich sehe das persönlich auch als einen politischen Akt, den man hier in Donawitz setzt. Meine Damen und Herren, wenn einer kämpft für seine Mitarbeiter, findet er nicht immer das richtige Ohr bei den Managern. Ich persönlich, ich sage jetzt etwas, was mir vielleicht gar nicht zusteht, ich wäre gar nicht so weit gekommen, daß ich die abgetakelten Manager aus Deutschland geholt hätte. Wir haben in Österreich so viele fähige Leute. Ich habe es im Werk Zeltweg mitgemacht, was man dort politisch getrieben hat. Einen fähigen Manager, weil einigen die Nase nicht mehr gepaßt hat, hat man einfach weggetan: Dir. Schmidtbauer, ich nenne den Namen. Ich nenne den Namen, einen gewissen Herrn Oberer, der politisch kurze Zeit gepaßt hat, hat man hingesetzt, Mittlerweile ist man daraufgekommen, daß er auch nicht mehr geht. So kann es nicht gehen. Je öfter, und wir haben Wirtschaftsleute da, man eben in der Industrie fähige Leute abschiebt und aus politischen Überlegungen Unfähige hinschiebt, umso schlechter muß es werden. Und wenn man heute so weit geht, daß man die Grundquelle, die Forschung, hier vernichtet, ist das ein gefährlicher Schritt für die Zukunft. Ich würde Sie einladen, meine Damen und Herren, vor allem von dieser Reichshälfte da drüben, daß Sie sich endlich einmal zum steirischen Weg bekennen, zu dieser Gemeinsamkeit, die der Herr Landeshauptmann immer vorprägt und die er auch immer verlangt, und er ist immer bereit, für die steirischen Menschen da zu sein. Und sind Sie nicht immer

Befehlsempfänger von politischer Ebene Ihrerseits aus Wien, die unserer steirischen Wirtschaft sicher nicht guttut. (Beifall bei der ÖVP. – 17.06 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Weilharter.

Abg. Weilharter (17.07 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Es war ja doch hinlänglich Gelegenheit, zu Inhalten des KVA-Verfahrens am 8. Mai hier in diesem Haus genauso wie heute am Vormittag zum Tagesordnungspunkt 8 Stellung zu nehmen. Ich finde daher diese Dringliche, jetzt als eine Pflichtübung des Kollegen Schützenhöfer, die zweite Seite, es ist sein legitimes Recht, daß er eine Pflichtübung macht am Nachmittag, nachdem er ja am Vormittag, als der Tagesordnungspunkt KVA-Verfahren auf der Tagesordnung war, nicht anwesend war, selbstverständlich ist legitim, daß du, lieber Kollege Schützenhöfer, jetzt deine Pflichtübung abspulst, aber es wäre wirklich sinnvoll gewesen, die sachlichen Beiträge am Vormittag einzubringen. Oder, lieber Kollege Schützenhöfer, ist es notwendig, für deinen Fraktionskollegen Burgstaller eine Brandrede zu halten? Ich weiß zwar nicht, wie die Umfragen im Bereich Leoben und Donawitz für Burgstaller sind (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Sehr gut!“), aber eines weiß ich: Am 7. Oktober haben wir Nationalratswahlen, und vielleicht ist sein sogenanntes „Leiberl“ dort ein bißchen umstritten. Denn eines kann ich nicht gelten lassen, lieber Herr Kollege Schützenhöfer: Du hast eine Brandrede für deinen Kollegen Burgstaller hier gehalten und auch gemeint, daß der Kollege Burgstaller sehr wohl erkannt hat, daß dieses KVA-Verfahren vorweg als Flop programmiert war. Ich frage mich: Hat bitte der Herr Burgstaller nicht auch die Pflicht, die zuständigen Stellen innerhalb des Landes, also spricht die Steiermärkische Landesregierung, die Wirtschaftsabteilung, zu informieren, oder war es nicht seine Pflicht als obersteirischer Mandatar, vorweg zu warnen, daß dieses KVA-Verfahren nur ein Flop werden kann? (Abg. Dr. Maitz: „Jetzt geht es nicht ums KVA, sondern ums Forschungszentrum!“) Oder ist das Verhältnis zwischen der Wirtschaftsabteilung der Frau Landesrat Klasnic und Burgstaller wirklich so schlecht, daß man in dieser Frage keine gemeinsame Sprache gefunden hat? (Abg. Dr. Maitz: „Wo waren Sie, als das hier gesagt wurde?“ – Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Viermal haben wir das gesagt!“) Denn es kann nicht angehen, bitte, wenn der Herr Burgstaller es vorweg gewußt hat (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Du bist uninformat!“), daß er Flop programmiert ist. Warum, bitte, lieber Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher und Frau Landesrat, haben Sie trotzdem über Ihre Wirtschaftsabteilung dann noch Budgetmittel für dieses Verfahren budgetiert (Abg. Schützenhöfer: „Am Vormittag ist es ums KVA gegangen, jetzt geht es ums Forschungszentrum Leoben!“ – Landesrat Klasnic: „Das sind zwei verschiedene Dinge!“), die sie jetzt wieder zurückweisen und nicht diesem Zweck zuführen?

Ich gehe davon aus, daß in dieser Frage sehr wohl mehr Sachlichkeit angebracht wäre, und daher sage ich noch einmal: Wir von der freiheitlichen Fraktion haben am 8. Mai die Gelegenheit genützt, genauso wie

heute am Vormittag, und ich bedaure es, daß dieses Instrumentarium der Dringlichen zu parteipolitischen Spekulationen degradiert wird. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Du hast am Vormittag erklärt: kein Geld für die Verstaatlichte – sag das jetzt!“) Der Herr Kollege Grillitsch hat gemeint, fähige (Abg. Schützenhöfer: „Es wäre schön, am Vormittag eine Rede zu halten, die auch am Nachmittag noch hält!“) Leute haben sich in diesen Fragen engagiert. Lieber Herr Kollege Grillitsch, das unterstreiche ich. Man sollte durchaus seine Fähigkeiten hervorheben und vor allem sachlich bleiben, und nicht eine Doppelmoral in dieser Frage anlegen, denn damit dienen wir nicht der Forschung in Donawitz, damit dienen wir nicht der Verstaatlichten und schon überhaupt gar nicht unserer steirischen Wirtschaft. (17.12 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser.

Abg. Schrittwieser (17.12 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

So viel Zynismus und so viel, was heute hier mit – und ich möchte das Wort nicht gerne verwenden – gespaltenen Zunge von seiten der ÖVP gesprochen worden ist (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Von eurer Seite!“), habe ich in diesem Hause, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch nicht erlebt. (Abg. Dr. Dorfer: „Sie sind noch nicht so lange da!“) Für uns alle, meine Damen und Herren, zumindest von der linken Reichshälfte, ist jeder einzelne Arbeitsplatz, der in der Obersteiermark, aber auch in der ganzen Steiermark verlorengeht, ein Schicksal eines Menschen, und daher ist es uns ein Anliegen, das zu verhindern. Und wenn es eine Unternehmensentscheidung gibt – und ich sage „Unternehmensentscheidung“ –, daß das Forschungszentrum in Leoben geschlossen werden soll, dann ist das für die Betroffenen sehr bedauerlich, aber bisher ist von den Diskussionsrednern kein einziges Wort darüber gesagt worden, wie könnten wir dieses Forschungszentrum in Leoben retten, wie könnten wir es irgendwo anders angliedern, damit es weiter in dieser Obersteiermark erhalten bleibt. (Abg. Kröll: „Wir brauchen das ja nicht zur Kenntnis nehmen!“) Es wurde, meine Damen und Herren, gegen unsere Abgeordneten polemisiert. (Landesrat Klasnic: „Dann haben Sie mir aber nicht zugehört!“) Ich habe nämlich, Herr Kollege Kröll, auch noch kein einziges Wort noch vom Herrn Vizekanzler Riegler gehört, der ebenfalls in dieser Bundesregierung sitzt, daß er ein Wort darüber verloren hätte, wie wir den Kolleginnen und Kollegen in Leoben helfen können. Und ich behaupte daher, im Forschungszentrum hat der Herr Abgeordnete Burgstaller, obwohl er nicht freigestellt war, seine politische Spielwiese gehabt. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Er fängt schon wieder an!“) In Wirklichkeit, meine Damen und Herren – und das nenne ich Zynismus –, geht es der ÖVP nicht um die Betroffenen, die in Leoben gekündigt werden sollen (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Das ist doch unerhört! Das lassen wir uns nicht bieten!“), sondern es geht Ihnen darum, daß der Parteiobmannstellvertreter der ÖVP (Abg. Kröll: „Von dir hätte ich das nicht gedacht!“) seinen Arbeitsplatz im Forschungszentrum nicht verliert, denn Burgstaller wird ihn in der ÖIAG beibehalten. Und ich begründe diese

Behauptung auch, meine Damen und Herren. Es sind in Kapfenberg, in Mürzzuschlag, in Leoben – und viele andere Standorte könnte ich aufzählen – Tausende Arbeitsplätze in den letzten Jahren verlorengegangen. (Abg. Harms: „Leider Gottes!“) Und wenn Sie heute darüber reden, daß die SPÖ-Politik schuld wäre, daß sie verlorengegangen sind, dann sage ich Ihnen: Wenn nicht unser Bundeskanzler und die Abgeordneten unserer Reichshälfte in Wien dafür eingetreten wären, daß es weitere Mittel für die Verstaatlichte gibt, wo die ÖVP verlangt hat, daß sie nicht mehr gegeben werden (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Ihr habt alles ruiniert!“), dann gäbe es noch mehr Kolleginnen und Kollegen, die ihren Arbeitsplatz verloren hätten. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Ihr habt doch diese Industrie mit eurer Politik ruiniert!“) Ich schlage vor, meine Damen und Herren, daß man versuchen sollte, dieses Forschungszentrum der Montanuniversität in Leoben anzugliedern. Ich glaube, hier wäre ein Platz, wo die Forschungsarbeiten weiterhin durchgeführt werden könnten. Wir wissen, daß wir diese Forschungstätigkeit brauchen. Aber ich wehre mich dagegen, wenn man nur polemisiert, aber keinen einzigen Vorschlag dazu macht, wie wir das Problem lösen können, meine Damen und Herren. Und Sie haben in der Obersteiermark einige – (Landesrat Klasnic: „Sie kennen Ihre eigenen Beschlüsse nicht. Wir haben am 8. Mai beschlossen, etwas zu tun. Sie haben mitbeschlossen. Haben Sie das vergessen? Wir haben die 15 Millionen Schilling für die steirische Beteiligungsfinanzierungsgesellschaft beschlossen, wir haben beschlossen, einen Haftungsrahmen zu übernehmen, und dann heißt es, das Land tut nichts. Sie haben uns dabei geholfen. Sie widersprechen sich selbst!“)

Meine Damen und Herren, Sie wollen mit dieser dringlichen Anfrage heute in der Öffentlichkeit beweisen oder sichtbar machen, daß Ihnen die Obersteiermark ein so großes Anliegen ist. (Abg. Harms: „Sehr richtig!“) Die Versuche – (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Burgstaller!“) das ist richtig, der Kollege Burgstaller in erster Linie –, die Sie gestartet haben, um hier Probleme zu lösen, sind fehlgeschlagen. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Was Sie nicht sagen!“) Es ist heute schon angeklingen: Der erste Versuch war – und das war der einzige oder einer der wenigen –, daß man den Landesbeauftragten für die Obersteiermark, Krobath, eingestellt hat. Hätte man heute diese Millionen, könnten sie für diesen Zweck eingesetzt werden. Die Frau Landesrat hat ihn von ihrem Vorgänger übernommen. Sie weiß heute, daß er umsonst eingesetzt wurde und dieses Geld beim Kamin hinausgeschleudert wurde. Sie haben in der Personalpolitik keinen sehr guten Griff. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Was haben euer Personalpolitiker gekostet?“) Sie haben in der Krankenanstalten-Ges. m. b. H. den Herrn Dr. Bosch gehabt. Der wird uns jetzt sehr viel Geld kosten, weil er nicht bereit war (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Ein billiges Ablenkungsmanöver!“), auf ein normales Maß zurückzugehen. Sie sind jetzt im Begriff, eine neue Personalentscheidung mit dem Herrn Dr. Möse zu treffen (Abg. Kollmann: „Was hat das mit dem Forschungszentrum Leoben zu tun?“), die nicht diesen Zweck – (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Darf ich Sie an den gemeinsamen Beschluß erinnern?“) Herr Abgeordneter Dr. Schilcher, das mag schon stimmen, aber wir sind freie Abgeord-

nete, und jeder kann zu seinem Problem Stellung nehmen. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist Ihre Doppelstrategie!“) Und daher habe ich ja heute diese Anfrage des Herrn Kollegen Mag. Rader unterstützt, weil ich glaube, daß man hier im Begriff ist, eine weitere personelle Fehlentscheidung zu treffen, die in der Folge wiederum dem Land Steiermark viel Geld kosten könnte. (Abg. Dr. Maitz: „Warum lenken Sie von der eigentlichen Sache ab?“) Eine so wichtige Position, die jetzt zu besetzen ist in der Krankenanstalten-Ges. m. b. H., glaube ich! Wenn man soviel Geld ausgibt, um auszuschreiben, um Hearings zu machen, und dann trifft man eine solche Entscheidung!

Aber abschließend möchte ich Ihnen noch etwas sagen. Ich weiß, daß Ihnen das nicht paßt. Aber die Frau Landesrat Klasnic hat heute schon einmal in ihrer Fragebeantwortung einige Themen angeschnitten, die sehr wohl von großer Bedeutung sind und bei denen wir Sie, Frau Landesrat, sehr wohl unterstützen werden. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das ist schön!“) Aber kein Wort der Herren Abgeordneten, denn sie haben ja nur polemisiert, kein Wort von den ÖVP-Abgeordneten darüber, was sie zu tun gedenken, wenn wirklich 1991, wie die Frau Landesrat Klasnic befürchtet, der Hochofen nicht mehr angeheizt wird, wenn wirklich 1995 die Gefahr besteht, daß auch der zweite Hochofen stillgelegt werden müßte, und was dann passiert. Was soll mit diesen Arbeitskolleginnen und -kollegen passieren? Mir hat dazu eine klare Aussage von Ihren Abgeordneten gefehlt. Sie haben aber kein Wort dagegen gesagt, als der Kollege Mag. Rader heute am Vormittag gesagt hat, Schluß mit der Verschleuderung der Steuermillionen, die in die verstaatlichte Industrie fließen. Nicht ein einziger hat sich dagegen gewehrt und ist vehement dagegen aufgetreten. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Du hast nicht aufgepaßt, ich habe mich dagegen zur Wehr gesetzt!“) Kollege Dr. Eichinger, vielleicht ist es mir nicht aufgefallen, weil deine Rede höre ich jetzt in zweieinhalb Jahren das fünfte Mal. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Es ist traurig genug, daß dir das nicht aufgefallen ist, und beweist, daß man hier etwas zehnmal sagen muß!“) Das ist mir vielleicht nicht aufgefallen. Aber es ist kein einziger dagegen aufgetreten, als der Kollege Mag. Rader heute hier erklärt hat, mit der Verschleuderungspolitik bei den Steuermillionen an die Verstaatlichte muß Schluß gemacht werden. Ich wehre mich dagegen, weil ich glaube, wenn wir diese Politik nicht gemacht hätten, hätten wir heute nicht diese Austrian-Industries, die heute wieder börsenreif sind und wo wir in dieser verstaatlichten Industrie wiederum in die Zukunft schauen können. (Landesrat Klasnic: „Sie sollen ihre Gewinne in die Steiermark geben, dann ist alles in Ordnung.“) Hiezu, meine Damen und Herren, haben mir Ihre Aussagen gefehlt. Sie haben aber gegen unsere Mandatäre polemisiert, Sie haben polemisiert gegen unseren neuen Landeshauptmannstellvertreter. Ich kann mir schon vorstellen, daß Sie nicht viel Freude mit ihm haben: Aber er wird sich um die Dinge, meine Damen und Herren, erfolgreich kümmern. Sie haben bisher nur polemisiert, haben 1986 bei der Wahl in der Obersteiermark eine Arbeitsplatzgarantie verlangt. Wo sind jetzt Ihre Initiativen gewesen, daß wir diese Arbeitsplätze auch halten können? Es ist Ihnen in der Obersteiermark leider alles schiefgelaufen. Und mit

dieser dringlichen Anfrage wollten Sie heute die ganze Problematik überdecken. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.21 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kollmann.

Abg. Kollmann (17.22 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Es ist für mich geradezu grotesk, hier als einer von Ihnen oft als Vertreter der Privatwirtschaft bezeichneter Abgeordneter zu stehen und für die Arbeitnehmerschaft reden zu müssen, die eigentlich viele Vertreter in diesem Kreise hätte. Auf der linken Seite, lieber Kollege Hammer, das sind deine Kollegen von der VOEST-Alpine, die da oben im Publikum sitzen, deine Kollegen, Herr Betriebsratsvorsitzender. (Abg. Hammer: „Du hast recht, Herr Kollege, aber du hast mir nicht zugehört! Es gibt ein Protokoll! Mir geht es wirklich um jeden Arbeitsplatz; ich habe das auch am Vormittag gesagt, ich kann mich aber gern noch einmal zu Wort melden!“) Vielleicht wäre es sogar sinnvoll zur Klarstellung, Kollege Hammer. Aber es ist wirklich grotesk, wenn ich da stehen muß, der seinerzeit schlechte Entwicklungen in der verstaatlichten Industrie kritisiert hat und jetzt für die Aufrechterhaltung wichtiger Betriebe der verstaatlichten Industrie als Privatwirtschafter eintreten muß. Was ist aus dieser sozialistischen Arbeitnehmerpartei geworden? (Abg. Hammer: „Tu nicht polemisieren!“) Was ist bitte aus dieser Partei geworden? Aus einer Partei, wo deshalb, weil ein paar Herrschaften aus Leoben angereist sind und aus Sorge um ihren Arbeitsplatz geklatscht haben, plötzlich der Kollege Erhart sagt: „So ein Theater.“ (Abg. Erhart: „Es geht um die Transparente!“) Und der Herr Kollege Rainer spricht von einem „Politspektakel“. Bitte, die Damen und Herren haben nicht gewußt, daß sie nicht applaudieren dürfen, und sie haben auch nicht gewußt, daß sie Transparente nicht entrollen dürfen. Wir haben auch nicht gewußt, daß sie kommen werden, sonst hätten wir es ihnen gesagt.

Meine Damen und Herren, meine Sorge ist wirklich nicht unbegründet. Darf ich Ihnen, vor allem Ihnen von der linken Reichshälfte, die neueste Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den steirischen Bezirken sagen? Mai 1990: Österreichdurchschnitt 4,6 Prozent, Steiermarkdurchschnitt 5,1 Prozent, Leoben 7,7 Prozent, erster Platz unter allen steirischen Bezirken. Der zweit-schlechteste Bezirk, diesbezüglich 6,8 Prozent Bruck/Mur, gefolgt von Voitsberg mit 6,3 und Liezen mit 6,1 Prozent. Es ist also bitte eine ernstzunehmende Entwicklung, die es bei uns im Bezirk gibt. Da hilft es gar nicht, wenn der gewerkschaftsorientierte und gewerkschaftsgeschulte Freund Schrittwieser aus Kapfenberg rund um alles – (Landesrat Dr. Strenitz: „Traurig! Wer hat die Mehrheit in der Steiermark?“ – Abg. Schrittwieser: „Darf ich einen Satz dazu sagen: Ich schäme mich nicht, daß ich bei der Gewerkschaft bin! Mit Polemik werden Sie die Probleme aber nicht lösen!“) Das sind bitte die neuesten Zahlen, die wirst du vielleicht bekommen in den nächsten Tagen. (Abg. Dr. Maitz: „Daher setzen wir in der Obersteiermark Aktionen!“) Kollege Schrittwieser, ich verstehe deine Einwendungen. Dir wäre es am liebsten, wir würden zu diesem Unding, das in Leoben mit der Schließung der Forschung geschieht, schweigen. Wir schweigen

aber nicht. (Beifall bei der ÖVP.) Und wenn hier und heute von etlichen auch schon in der Mittagsstunde gesagt wurde, es ginge uns um den Arbeitsplatz des Kollegen Burgstaller, so darf ich Ihnen ganz trocken sagen, ich bin mit dem Pauli Burgstaller befreundet, aber ich bin sicher, daß er auf Grund seiner Tüchtigkeit eine große Auswahl an Arbeitsplätzen hätte, ginge es bitte nur um seinen Arbeitsplatz. Jetzt sage ich Ihnen etwas, was Sie wahrscheinlich nicht wissen, aber ich hoffe, wenigstens respektieren werden. Am 28. Mai hat bekanntlich in Wien dieses Gipfelgespräch mit ÖIAG und Bogdandy, unter Anwesenheit unserer Frau Landesrat Klasnic, auch unter Anwesenheit des Paul Burgstaller, stattgefunden. Und bei diesem Gipfelgespräch hat Burgstaller eingangs der Gespräche seine Person samt seinem Arbeitsplatz gewissermaßen als Opfer dafür angeboten, wenn diese Forschungsstelle erhalten bleiben kann. (Beifall bei der ÖVP.) Nicht einmal das hat man angenommen. Man hat einfach erklärt, es wird alles geschlossen. Es gibt keine Aufträge mehr. Hätten Sie so etwas von einem Ihrer Betriebsratsvorsitzenden zu erwarten? Vielleicht vom Kollegen Rechberger? Würde der etwas anbieten, nur um Kollegen zu helfen? Burgstaller hat es getan. Und nun bitte, meine Damen und Herren, am Vormittag hat der Kollege Vollmann etwas für mich sehr Bedeutungsvolles gesagt, seines Zeichens Arbeiterkammersekretär und für die Arbeitnehmer in diesem Lande zuständig. Er hat wörtlich gesagt: „Mit der Schließung der Forschung Leoben bricht keine Welt zusammen.“ Das mag aus der Sicht eines Mürztaler Arbeiterkammerfunktionärs, Arbeiterkammersekretärs (Abg. Vollmann: „Er polemisiert!“) vielleicht so ausschauen, aus meiner Sicht bricht für mich eine Welt zusammen, denn die Forschung und Entwicklung in Leoben gehörte und gehört seit jeher zu den produktivsten und effizientesten Teilen der verstaatlichten Industrie. Das LD-Verfahren ist dort entwickelt worden, wichtige metallurgische Verfahren sind dort erfunden worden, neue Methoden und Techniken (Abg. Vollmann: „Das LD-Verfahren ist nicht da oben entwickelt worden!“) zur Produktionssteuerung, wesentliche Teile des zukunftssträchtigen COREX-Verfahrens. Bitte, ich habe als einziger von uns beiden im LD-Stahlwerk gearbeitet. Ich habe selber im LD-Stahlwerk gearbeitet. (Abg. Vollmann: „Ich auch!“) Ich war der erste Ferialpraktikant dort, damit's dir nicht weh tut.

Das zukunftssträchtige COREX-Verfahren – wesentliche Teile davon kommen aus dieser Forschung in Leoben. Wissenschaftliche Arbeiten in der Werkstofftechnik, Geotechnik, Analytik, in der Umwelttechnik und so weiter. Und schließlich ist auch das neue Schienenwalzwerk in Donawitz in der Forschung Leoben geboren worden. Jenes Schienenwalzwerk, von dem der Herr Kollege Hammer früher gemeint hat: „Warum haben die ÖVP-Politiker bei der Eröffnung dieses Betriebes nicht mit Herrn Bogdandy über das Thema Leoben gesprochen? Weil sie dort nicht aufgetreten sind!“ Wir konnten dort nicht auftreten, denn wir erhielten keine Einladungen: weder vom ersten Geschäftsführer der Hütte Donawitz, der der Sozialistischen Partei angehört, noch vom zweiten Geschäftsführer, der der Sozialistischen Partei angehört, noch vom dritten Geschäftsführer, der ebenfalls der Sozialistischen Partei angehört. (Abg. Kohlhammer: „Das ist wie bei der Feuerwehr!“)

Und heute, als ich in der Früh in den Landtag kam, hat mich der Herr Präsident Wegart gerügt: „Warum läßt du dich nicht anschauen, wenn in der Hütte Donawitz das Landwehrstammregiment 55 eine Angelobung der Jungmänner vornimmt?“ Ich habe ihm sagen müssen: „Von Donawitz bekomme ich keine Einladung, dort bin ich offenbar wie ein Aussätziger! Da wird man nicht eingeladen. (Abg. Hammer: „Ich werde auch nicht immer von euch eingeladen, aber ich gehe einfach hin!“ – Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ihr seid immer eingeladen gewesen, selbstverständlich! Das ist der Unterschied, wir haben immer alle eingeladen!“) Sie wissen nur hin und wieder, wenn sie etwas brauchen, wo sie uns finden.“ Ansonsten bitte ist das die berühmte Sozialdemokratie. So wird sie gehandhabt.

Natürlich, meine Damen und Herren, hat diese – (unverständliche Zwischenrufe) ich bringe meine 20 Minuten nicht unter, wenn Sie mich nicht reden lassen – unbegreifliche Schließungsankündigung auch ihr Presseecho gefunden. Und treffend hat es beispielsweise die „Kronen Zeitung“ am 5. Juni geschildert. Ich darf Ihnen nur ein paar Zeilen vorlesen: „Die Austrian Industries, hinter denen sich neuerdings die verstaatlichten Unternehmungen verbergen, werben in Inseraten für ihr Bemühen, durch verstärkte Forschung den technologischen Anschluß nicht zu verpassen. Denn auch in den Chefetagen der Verstaatlichten ist bekannt, daß nur eine dramatische Erhöhung des Forschungskoeffizienten unsere Industrie in der EG erfolgreich machen wird. In der Praxis freilich“ – bitte, ich zitiere die „Kronen Zeitung“ – „sieht es anders aus: Da wird die international anerkannte Forschungsstätte in Leoben einfach zugesperrt. Stahlprofessor Ludwig Bogdandy, der mit dem KVA-Verfahren Hunderte Millionen verpulvert hat, ließ es nicht einmal zu, daß die Forschung als eigenes Unternehmen von den Mitarbeitern übernommen wird.“ Das ist eine außerordentlich zutreffende Pressemeldung gewesen. Jeder einzelne Satz, jedes Wort zu unterschreiben! Und die „Kronen Zeitung“ beklagt sich in diesem Artikel auch darüber, daß sich die Politiker zu wenig melden, daß sie zu wenig täten. Das stimmt natürlich nur bedingt, denn während sich die Herrschaften, die SPÖ-Belegschaftsvertreter, Gewerkschafts- und AK-Funktionäre verschämt in Schweigen hüllen – (Abg. Rainer: „Oh, nein! Von mir gab es eine Presseerklärung, lieber Freund!“) Ich habe keine Wort vom Betriebsratsvorsitzenden von Donawitz, dem Burgstaller-Kollegen Fauland, gehört, daß er einmal in Arbeitnehmersolidarität hinter den Arbeitnehmern der Hauptverwaltung beziehungsweise Forschungsstelle Leoben gestanden wäre. Keine einziges Mal – nein, kein Wort – (Abg. Hammer: „Du hörst schlecht!“) Nein (Abg. Hammer: „Du hörst schlecht, für die Forschungsstätte Donawitz wurde eine Presseerklärung abgegeben!“), aber nichts hat er für die Forschungsstätte Leoben getan! (Abg. Hammer: „Leoben, okay!“) Leoben! Nicht Donawitz.

Jedenfalls wir von der ÖVP kämpfen, allen voran in den großen Verhandlungen unsere Frau Landesrat Klasnic, seit über einem Jahr um diese wichtige Forschungseinrichtung, und manchmal hatte es sogar den Anschein, wir kämpfen mit Erfolg. So hat Bogdandy noch am 20. November 1989 dem Herrn Burgstaller geschrieben und ihm mehr oder minder eine wichtige

Weisung gegeben. Ich zitiere: „... dürfen wir Sie schon jetzt ersuchen, die provisorische Leitung für den kaufmännischen Bereich und der Belange EDV der neu zu gründenden Gesellschaft zu übernehmen. Wir sind uns dessen bewußt, sind gleichzeitig aber überzeugt, daß es mit Ihrem vollen Einsatz gelingen wird, den Weg für die Gesellschaftsgründung so zu ebnen, daß diese mit 1. Jänner 1990 ihre Arbeiten erfolgreich beginnen kann.“ Burgstaller hat die Weisung von Bogdandy bekommen, provisorischer Geschäftsführer zu werden. Das, bitte, ist in diesem Raum auch immer anders dargestellt worden.

Oder: Generaldirektor Sekyra hat in einem Schreiben vom 16. Februar 1990 an Frau Landesrat Klasnic noch folgendes wörtlich festgehalten: „Die am Standort Leoben befindlichen Forschungs- und EDV-Aktivitäten der VOEST-Alpine-Stahl-AG sollen im Rahmen der Informatik- und innovative Technologien-Ges. m. b. H. fortgeführt werden. Die Gesellschaft soll in der Planungsperiode einen Umsatz von ... und so weiter haben und 100 bis 120 Mitarbeiter beschäftigen. Ein großer Teil der geplanten Umsätze“ – bitte, das ist jetzt ein sehr wichtiger Satz – „kann durch die Vereinbarungen mit den Gesellschaften des ÖIAG-Konzerns sichergestellt werden.“ Das heißt also, Sekyra hat Aufträge des ÖIAG-Konzerns für diese neu zu gründende Gesellschaft sichergestellt. Es ist aber dann gleich das Problem gekommen: Immer unverschämtere Forderungen des für das Forschungszentrum verantwortlichen Konzernmanagements sind einhergegangen mit geradezu erpresserischen Handlungen – wirklich erpresserischen Handlungen. Einen Höhepunkt hat diese Entwicklung wohl damit erreicht, daß der Eigentümer, vertreten durch die Herren Bogdandy, Raidl und Strahammer, dem Betriebsrat am 19. April schriftlich mitgeteilt hat, daß die Schließungsmaßnahmen eingeleitet würden, sollte es der Belegschaftsvertretung bis zu einem allerletzten Gespräch Ende Mai – 28. Mai – nicht gelingen – wörtlich bitte –, „doch noch zusätzliche Mittel zur Verbesserung der Kapitalausstattung zu erlangen.“

Und jetzt, bitte: Wo sind wir denn? Ich habe schon letztesmal in der Landtagssitzung gesagt: Ist nicht der Unternehmer, der Eigentümer, für die Kapitalausstattung zuständig? Ist es denn Aufgabe der Belegschaftsvertretung, die Kapitalausstattung sicherzustellen? Die Belegschaft hat mitgewirkt, sie ist bereit einzusteigen, selbst Geld zu opfern. Aber das ist erpressersich in meinen Augen, denn für die Kapitalausstattung – und das würde ich mir als Unternehmer nicht nehmen lassen – ist immer noch der Eigentümer zuständig.

Meine Damen und Herren, Sie haben vom Kollegen Schützenhöfer schon von dieser Telefonnotiz gehört, die er von einem Gespräch des stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden mit dem Professor Bogdandy gehabt hat. Das ist wirklich ungeheuerlich, und Bogdandy hat noch etwas bei diesem Gespräch gesagt, nämlich daß das Gesprächsklima zwischen ihm und Burgstaller wegen öffentlicher Äußerungen des Nationalrates so stark unterkühlt sei. Und ich wundere mich auch darüber, daß einem Nationalratsabgeordneten, einem Volksvertreter unseres Landes vorgehalten wird, wenn er sich öffentlich äußert. Und er hat noch etwas gesagt, und das ist vielleicht noch bedeutungsvoller: Dieses Gipfelgespräch, das am 28. Mai stattge-

funden hat, sei ihm bei Generaldirektor Sekyra aufgezungen worden. Das heißt, er hat damals schon nicht mehr gedacht – am 10. Mai –, diese IIT-Gründung und damit die Fortführung der Forschung Leoben zu ermöglichen.

Diese Vorgangsweisen, meine Damen und Herren, müssen von uns allen, nicht nur von uns auf der rechten Seite, sondern auch von der linken Seite, glaube ich, doch schärfstens verurteilt werden. Es geht bei der Forschung in Leoben nicht um Riesensummen oder Riesendefizite. 1989 wurden über 120 – ich glaube sogar nahe 140 – Millionen Umsatz gemacht, und man hat – für Forschungseinrichtungen sensationell – nur 10 Millionen Schilling Defizit dabei hinnehmen müssen. Das ist für Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen ein wirklich sensationeller Wert. Und das Defizit ist nur deshalb entstanden, weil Bogdandy im Rohstoff- und Verfahrenstechnikbereich Aufträge gegeben hat, die er dann nicht bezahlt oder zu bezahlen vergessen hat.

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie sehr herzlich bitten, dem Beschlußantrag, den Sie dann vom Abgeordneten Dr. Hirschmann hören werden, zuzustimmen. Dieser Beschlußantrag wurde von uns Abgeordneten der Obersteiermark gemeinsam mit dem Kollegen Dr. Hirschmann so formuliert, daß Sie ihm auch beitreten können. Ich kann nur hoffen, daß das, was Sie zwischendurch immer wieder in Äußerungen von sich geben, daß Ihnen die Arbeitsplätze, und nicht nur die Arbeitsplätze, sondern auch die Aktivitäten der Forschung und Entwicklung in Leoben so am Herzen liegen, daß Sie das auch wahrnehmen. Wahrnehmen, indem Sie dann diesem Beschlußantrag zustimmen und die Angelegenheit nicht so lächerlich auffassen, wie das am Anfang dieser Debatte geschehen ist. (Beifall bei der ÖVP. – 17.38 Uhr.)

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Erhart zu Wort gemeldet.

Abg. Erhart (17.39 Uhr): Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren!

Mein Vorredner, der Herr Kollege Kollmann, hat behauptet, daß ich in meinem Zwischenruf „das ist ein Theater“ gemeint habe den Beifall, den die Leute, die hier vom Forschungszentrum sind, gemacht haben. Ich muß hier tatsächlich berichtigen, daß ich diesen Zwischenruf nicht deshalb gemacht habe, weil es einen Beifall gegeben hat, sondern vielmehr deshalb, weil der Herr Kollege Schützenhöfer, der hier am Rednerpult gestanden ist und gerade seine Aussagen gemacht hat, unterbrochen wurde mit dem Vorzeigen der Transparente, mit den Forderungen, obwohl die Herrschaften genau wissen dürften, daß das hier nicht zulässig ist, der Herr Schützenhöfer als ÖAAB-Sekretär der Steiermark offensichtlich damit im Zusammenhang zu sehen ist und der langjährige, sehr geschätzte Herr Präsident, ich muß das sagen, Chef des ÖAAB Steiermark zwar erklärt hat, daß es nicht zulässig ist, aber es ist auf jeden Fall gelungen, und das meinte ich mit dem Theater, das über die Bühne zu bringen und hier diese Transparente vorzuzeigen, und nicht wegen dem Beifall, wie ich hier falsch von Herrn Kollmann zitiert wurde. Mir geht es wie allen Obersteirern nur um das eine, hier muß ich der Frau Landesrat Klasnic beipflich-

ten, es ist kein guter Dienst an das Forschungszentrum, kein guter Dienst an die obersteirische Arbeit, hier für eine Forschung, wenn wir nicht alle zusammen die bestmögliche Lösung anstreben für die Erhaltung dieser Forschungskapazität. Hier brauchen wir keine Zuordnungen und keine falschen Aussagen dahin gehend, wenn wir feststellen, daß wir so ein Theater nicht notwendig haben. (Beifall bei der SPÖ. – 17.40 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ussar.

Abg. Ussar (17.40 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landesrat! Sehr geehrte Herren der Landesregierung! Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus!

Die Frau Landesrat Klasnic hat heute vormittag zu meiner großen Freude sehr ausführlich zum Hüttenwerk Donawitz Stellung genommen, unter anderem auch zu anderen Problemen, aber zum Hüttenwerk Donawitz. Sie hat aufgegliedert, wie die Entwicklung sein könnte. Sie hat angefangen mit 1991, wo ein Hochofen stillgelegt werden könnte, bis zum Jahre 1995, wo es zu ernsteren Problemen kommen könnte. Ich habe schon öfters die Gelegenheit wahrgenommen, zu den wirtschaftlichen Problemen in unserem Bezirk, in der Stadt Leoben, hier Stellung zu nehmen, und es freut mich heute vor allem, daß wir uns einmal Zeit nehmen, ganz ausführlich über diese Region und über diese Stadt zu sprechen, weil es wichtig ist, die Probleme, die die Menschen dort haben, auch hier im Landtag ausführlichst zu behandeln. Wir haben schon heute vormittag ausführlich über die Umwidmung der für das KVA-Verfahren vorgesehenen Mittel diskutiert. Es geht hier immerhin um fünfmal 40 Millionen Schilling. Ich habe schon in der letzten Landtagssitzung die Forderung aufgestellt, daß diese Millionen für den Raum Leoben auch weiterhin zur Verfügung gestellt werden, und nicht so, wie es im Antrag geheißen hat, der allgemeinen Wirtschaftsmilliarde zugeführt werden. Weswegen dem Raum Leoben? Weil – wie heute schon diskutiert wurde – hier die größten Schwierigkeiten sind. Auch die Frau Landesrat Klasnic hat heute ausführlich zur wirtschaftlichen Situation und vor allem auch zu Leoben-Donawitz – wie ich bereits gesagt habe – Stellung genommen. Wir haben hier schon vor längerer Zeit auch ein Memorandum des Bezirkes Leoben überreicht, wo wir uns über die Arbeitsplatzsituation Sorgen gemacht haben und wo wir auch Zukunftsperspektiven aufgestellt haben. Es ist nicht so, daß wir erst heute daraufkommen, welche wirtschaftlichen Probleme es dort gibt, sondern wir haben uns dauernd mit der Region beschäftigt. Wenn einer in Leoben wohnt und im Bezirk Leoben tätig ist und noch – wie ich – geborener Leobner ist, dann ist er ganz einfach mit dieser Gegend verhaftet und kennt die Probleme seit seiner Geburt. Ich habe in der letzten Sitzung vor allem ausführlich über die Arbeitsplatzsituation in Leoben gesprochen. Und wenn der Abgeordnete Kollmann die Maiziffern der Arbeitslosen in Leoben genannt hat, so möchte ich doch noch einmal auch die Aprilziffern hier nennen, weil sie ein anschauliches Bild über die wirkliche Situation geben. Wir

haben in Leoben 2399 Mitbürgerinnen und Mitbürger, die im April ohne Arbeit waren. Davon 1373 Männer und 1026 Frauen. Ich brauche hier nicht mehr zu sagen, der Prozentsatz ist weit über dem Landesdurchschnitt. Und was noch viel wichtiger ist, wir haben in Leoben 500 Arbeitnehmer, die über 50 Jahre sind und keine Arbeit haben. Sie wissen, was es heute heißt, 50 Jahre alt zu sein und keinen Arbeitsplatz zu haben. 500 dieser Frauen und Männer gibt es im Bezirk Leoben. Der Bezirk Leoben weist aber darüber hinaus auch – und darüber muß man auch einmal reden – die höchste Abwanderungsrate der steirischen Bezirke auf, und die Arbeitslosenrate liegt nicht nur im April und im Mai so hoch, sondern permanent weit über dem Landes- und Bundesdurchschnitt. Und vor allem muß man auch hier sagen, daß Frauen in Leoben sehr geringe Arbeitschancen haben und hier unbedingt auch etwas getan werden muß. Bedenkt man nun, daß auch in Zukunft, wie heute bereits auch in der Prognose der Frau Landesrat angekündigt, in Donawitz und Hinterberg unter Umständen noch Freisetzungen geplant sind, so kann man sich vorstellen, daß diese Situation noch unerträglich verschärft werden könnte. Wenn ich anführen darf, daß in Leoben der Bergbau Seegraben geschlossen wurde, die Papierfabrik Hinterberg geschlossen wurde, die Tabakregie abgezogen wurde und vor kurzem auch noch der Milchhof geschlossen hat, so sieht man, welche Abwanderung gerade auch in dieser Stadt und im Bezirk stattgefunden hat. Und wenn man sich dieses Bild nun genau ansieht, so merkt man, daß gerade im Bezirk Leoben jeder einzelne Arbeitsplatz nicht nur erhalten, sondern darüber hinaus neue Arbeitsplätze unbedingt geschaffen werden müssen. In bezug auf das Hüttenwerk Donawitz ist unser Ziel, und ich habe schon in der letzten Sitzung gesagt, wirklich einen Betrieb, der konkurrenzfähig ist, ein Werk auf dieser Basis aufzubauen, modern und möglichst umweltschonende Technologie und vor allem auch mit relativ hochwertigen Produkten auszustatten. Die Forschung ist ja eng auch mit dem Hüttenwerk Donawitz verbunden, das wurde heute schon öfters gesagt, und wenn wir wissen, daß das Hüttenwerk Donawitz als Vorlieferant für vier steirische Standorte – und reden wir auch von der steirischen Industrie, wir nehmen immer nur einen Ort heraus, man spricht auch in Linz immer von der Gesamtindustrie Linz und nicht von einem einzelnen Betrieb, und wenn wir sehen, daß Donawitz als Vorlieferant für vier steirische Standorte da ist, daß hochwertige Produkte angeboten werden im Investitionsbereich, daß die Drahterzeugung für Österreich und Europa eine besondere Bedeutung hat, und dann reden wir nicht von Donawitz und von Leoben negativ, wenn wir heute sagen, weltweit anerkannt ist Donawitz als Schienenproduzent. Wir waren vor kurzem – der Kollege Hammer war auch bei der Eröffnung der entsprechenden Anlage in Donawitz dabei, und mich hat es sehr gefreut, Herr Präsident, wir waren vor kurzem zusammen bei einer Angelobung im Hüttenwerk Donawitz. Der Präsident des Steiermärkischen Landtages hat dort wörtlich gesagt: „Ich bin dafür, daß dieses Bundesheer erhalten bleibt, aber auch, daß Donawitz erhalten bleibt.“ Ich danke Ihnen für diese Aussage im Angesicht des Hüttenwerkes, im Angesicht der Kräne und der arbeitenden Menschen, die dort dabei waren. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Sehr geehrte Damen und sehr geehrte Herren, ich habe auch bereits in der letzten Landtagssitzung, und nicht erst heute, weil die Mitarbeiter der Forschung da sitzen, gesagt, daß es unbedingt notwendig ist, die Forschung in Leoben zu erhalten. Es geht nicht um einen, es geht um über 120 Arbeitsplätze, und ich habe das auch schon damals gesagt, als man noch nicht richtig eingesehen hat, als in Donawitz von 7000 auf 3000 reduziert worden ist. 7000 auf 3000 – was heißt denn das in Wirklichkeit? Daß der Vater nach Hause kommt und sagt: „Liebe Kinder, ich habe keinen Arbeitsplatz mehr.“ Man muß das ja so sehen, und nicht mit Statistiken untermauern. Man muß das als Betroffener sehen, ich selber bin der, der gekündigt worden ist, ich bin der, der heimkommt und sagt: „Jetzt habe ich keinen Arbeitsplatz mehr.“ Von 7000 auf 3000 – wir haben zu wenig reagiert! Und wir haben auch jetzt zu reagieren, nicht wegen einem, sondern wegen 127! (Allgemeiner Beifall.)

Sehr geehrte Damen und sehr geehrte Herren, ich kann mich aber auf keinen Fall – leider ist der Kollege Weilharter nicht da – der Meinung des Kollegen Weilharter anschließen. Er hat hier heute am Vormittag gesagt: „Keinen Schilling mehr für die verstaatlichte Industrie!“ Ich würde mich auch wehren, wenn es hieße: „Keinen Schilling für die Privatindustrie.“ Wir als Abgeordnete des Steiermärkischen Landtages haben dort zu helfen, wo Hilfe notwendig ist, wo uns Männer und Frauen brauchen, ganz unabhängig davon, und nicht sagen: „Keinen Schilling für die verstaatlichte Industrie!“ (Allgemeiner Beifall.)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir feiern heute 35 Jahre Staatsvertrag, und 45 Jahre feiern wir, seitdem dieser letzte schwere Krieg vorbei ist. Damals, im Jahre 1945 und 1947 – Kollmann hat gesagt, er hat in Donawitz gearbeitet; auch ich habe mir mein Studium dort verdient und habe zwei Jahre dort gearbeitet, und mein Vater hat dort gearbeitet, und mein Großvater war im Bergbau Seegraben; ich weiß, wovon ich spreche –, haben diese Menschen dieses Land aufgebaut. Denken wir auch heute bei den schönen Festreden, die überall gehalten werden, daran. Damals hat man diese Menschen gebraucht und hat nicht gefragt, ob er kommen will oder ob er kommen soll, aber willkommen waren diese Produkte aus dem Hüttenwerk Donawitz. Und ich glaube, gerade in unserer Zeit jetzt müssen wir daran denken, wenn diese Menschen jetzt unsere Solidarität brauchen, so haben wir sie ihnen zu geben, weil es eine Verpflichtung des Steiermärkischen Landtages und von uns allen Abgeordneten ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren, es wurden heute einige Lösungen angerissen, auch der Kollege Rainer hat eine Lösung angerissen. Ich möchte damit schließen, was die Frau Landesrat gesagt hat: Es bleiben uns noch einige Tage und Wochen, nützen wir die Tage und Wochen! Keine Polemik! Es geht darum, daß wir den Mitarbeitern in der Forschung helfen, daß diese Arbeitsplätze erhalten bleiben, und damit die Väter und Mütter nach Hause kommen und zu ihren Kindern sagen können: „Ich habe weiterhin einen Arbeitsplatz, und ich kann weiterhin für die Familie sorgen.“ Ein herzliches Glückauf! (Allgemeiner Beifall. – 17.50 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Hirschmann.

Abg. Dr. Hirschmann (17.50 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Es kommt nicht von ungefähr, daß der Kollege Ussar eine solche Wortmeldung abgibt. Er ist ein von uns allen außerordentlich geschätzter Kollege in diesem Raum, und ich habe mir bis zu seiner Rede gedacht: „Schade – ist das das neue steirische Klima?“ Ich möchte Ihnen eines sagen, meine verehrten Kollegen, vor allem da drüben – die zwei da interessieren mich nicht, sie sind auch nicht da. So schauen sie aus: Groß mit der Klappe, und was sie alles bei den Wahlen erreichen werden. Paßt schon! Aber ich möchte Sie um eines bitten und Sie daran erinnern: Ich erinnere mich, wenn's stimmt, es war vor vier oder fünf Jahren, als wir am Höhepunkt der Krise der Verstaatlichten Mitte der achtziger Jahre eine außerordentlich beeindruckende Budgetdebatte hatten, die damals in einem außerordentlich traurigen Rahmen gestanden ist. Und damals haben der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer und sein Stellvertreter Hans Gross zum selbigen Thema, von dem der Kollege Ussar jetzt gesprochen hat – sehr beeindruckend gesprochen hat –, gesprochen. Wenn ich mich recht erinnere, haben wir nach diesen beiden Wortmeldungen damals unsere Debatte beendet, weil wir gesagt haben: Es gibt in diesem Land keine roten, keine schwarzen, keine blauen und keine wie immer gefärbten Arbeitsplätze. Liebe Freunde, dabei bleibt's für unsere Fraktion in jedem Fall! Und ich danke, daß Ussar das jedenfalls auch wieder aufgegriffen hat. (Allgemeiner Beifall.)

Es geht nur um eines: Ich kenne von den Damen und Herren, die da hinten sitzen, niemanden. Die kennen die Geschäftsordnung auch nicht, und der Herr Präsident hat zu Recht darauf hingewiesen, daß man hier hinten nicht klatschen soll, weil das leider so in der Geschäftsordnung steht, und daß man keine Transparente entfalten soll. Nur, die Leute haben das aus einem Grund gemacht – und es geht nicht um den Burgstaller, darauf komme ich auch noch zurück. Das ist eine infame Unterstellung. Wenn jemand glaubt, es geht hier um den Pauli Burgstaller, der wäre gekauft worden, geködert worden – wenn er sich kaufen ließe! Das wißt ihr ganz genau! Versuche hat's genug gegeben; nicht von euch, aber von euren Helfershelfern da oben. Er hat gesagt: „Ich gehe als letzter von Bord dieses Schiffes, wenn's sein soll, daß es versenkt werden muß.“ Es geht um diese Damen und Herren, die da hinten sitzen, und um ihre Familien, wie Ussar gesagt hat, und um die Leute, die nicht da sind. Und das ist ja nicht eure einhellige Meinung. Wenn ich Vollmann richtig verstanden habe, hat er gesagt: „Na, so ein Malheur ist das nicht, wenn dieser Betrieb da oben zugesperrt wird.“ Und da, meine verehrten Damen und Herren, bitte ich: Es geht um steirische Arbeitsplätze, und wir waren dann gut und stark, wenn wir zusammengehalten haben! Und ich sag's noch einmal: Wir fragen nicht danach, und weil Schrittwieser hier – ich bedaure das, du bist ja sonst ein anständiger Mensch – außerordentlich polemisch heute gefragt hat: „Gibt's einen Weg hier? Gibt's eine Lösung?“ (Abg. Trampusch: „Herr Kollege, er ist anständig!) Du hast nicht zugehört, wie die Frau

Landesrat – (Abg. Schrittwieser: „Ich bin immer anständig!“) Du, paß auf! Er hat nicht zugehört. Die Frau Landesrat hat einige Wege aufgezeigt. Hört auf mit eurem Polemisieren! (Abg. Zellnig: „Wer polemisiert hier? Du bist es!“) Und es gibt genug Wege, wenn man will! Nur, hier soll ein politisches Zeichen gegen einen Menschen und gegen seine Leute gesetzt werden (Abg. Trampusch: „Nimm dir am Kollegen Ussar ein Beispiel!“), die sich für diese Obersteiermark eingesetzt haben, die sich für die verstaatlichte Industrie eingesetzt haben.

Und, liebe Freunde, eines muß man euch sagen (Abg. Reicher: „Du wärst in keinem Betrieb drinnen, daß du so reden kannst. Das ist eine Frechheit!“): So geht das nicht! Und da soll Herr von Bogdandy – ich weiß, Professoren können eitel sein, jawohl. Ich meine nicht den Herrn Landeshauptmannstellvertreter, sondern ich meine den Herrn da oben. Nur, dieses Forschungszentrum ist nicht die Spielwiese des Herrn von Bogdandy; das soll er bitte wissen. (Beifall bei der ÖVP.)

Und wenn wir heute sagen, Forschung ist wichtig, Lehre ist wichtig, Entwicklung ist wichtig – warum geht man dann her und sagt, ausgerechnet dieser Betrieb muß weg? Nur weil es dort einmal sechs zu null für eine andere Fraktion gestanden ist? Nur weil diese Menschen hier hinten 17.000 Stunden geleistet haben – unentgeltlich –, weil sie gesagt haben: „Wir wollen arbeiten, auch unentgeltlich arbeiten!“ Und wir wehren und gegen das, was manche – ich sage nicht alle – ÖGB-Bonzen vorschreiben. Freunde, so geht das nicht! Und dieser Politik der verbrannten Erde werden wir nicht zustimmen!

Ich bitte Sie in Ihrem Interesse, in Ihrem politischen Interesse, im eigenen auch: Bleibt dabei. Und, Luis Erhart, ich habe deine Entschuldigung auch so in diesem Sinne verstanden, wenn ich das richtig sehe. Und ich sage euch noch eines (Abg. Zellnig: „Du polemisierst nur!“): Der Pauli Burgstaller ist abgesichert, so wie wir alle hier abgesichert sind im Vergleich zu diesen Damen und Herren, die da hinten sitzen, und wie gesagt, die nicht mit dabei sind. Merken Sie sich das! (Beifall bei der ÖVP.)

Und ich sage Ihnen noch eines: Ich habe große Achtung vor den historischen Verdiensten der Sozialdemokratie und große Achtung, Karl Rainer, auch vor jener Organisation, für die du stehst, auch vor dir. Nur, was du heute hier gesagt hast – ich habe es mir aufgeschrieben: „Politspektakel“, das weisen wir entschieden zurück. Und wenn einer von euch dran ist mit seiner Belegschaft, werden wir genauso hier stehen, wie wir heute hier stehen für diese Leute! (Beifall bei der ÖVP.)

Und lassen Sie mich noch eines fragen: Schrittwieser, ich bin kein Experte auf diesem Gebiet und du auch nicht, wie ich gesehen habe, aber eines sage ich dir: In einem Land, wo man Geld hat, 25, 50, 70 Millionen Schilling, um ein versenktes Schiff aufzutreiben, um zu schauen, ob ein Schiff, das ein Loch hat, sinken kann oder nicht sinken kann, in diesem Land wird man hoffentlich die Schillinge auch haben, um diesen Betrieb in seiner Existenz zu retten! Das möchte ich Ihnen sagen. (Beifall bei der ÖVP.) Es handelt sich (Abg. Trampusch: „Greifst du in die Gerichtsbezirke

ein?“), lieber Kollege Schrittwieser, um euren Spitzbuben, um den es hier geht. Das wollen wir nur als Fußnoten in diesem Zusammenhang auch noch sagen. Ich sage Ihnen eines, und, lieber Kollege Ussar, ich möchte auf dich zurückkommen. (Abg. Trampusch: „Wir maßen uns nicht an, Gerichtsbezirke anzugreifen!“) Jawohl, lieber Franz Trampusch, du kannst dich dann zu Wort melden, wenn du etwas zu sagen hast. Ich möchte aber zu Ussar noch einmal zurückkommen. Wenn ihr wirklich über Lippenbekenntnisse, die hier auch gefallen sind, nicht von Ussar, aber von einigen vorher beim Kurvenkratzen, dann sagt es dem Herrn Vranitzky, dann sagt es dem Herrn Streicher, dann sagt es dem Herrn Sekyra und wie sie alle heißen mögen, die Helfershelfer! (Abg. Trampusch: „Sagt das dem Herrn Schüssel!“) Jawohl, wir sagen es dem Herrn Schüssel, wir waren nie feige, wir haben uns nie versteckt. Wir sind auch damals gestanden, wie es um diese Milliarden und Abermilliarden Beträge gegangen ist, die zum Teil verludert wurden, das muß man auch sagen. Aber nicht in dieser Forschungsgesellschaft. Ich möchte Ihnen noch etwas sagen, weil ihr glaubt, das ist vielleicht eine Erfindung von irgend jemand. Ich sage Ihnen ein kleines Beispiel. Es gibt einen Herrn namens Misseton, der dort gearbeitet hat. Ihr werdet dies wissen. Der hat einmal einen Leserbrief geschrieben, nicht in der Tschechoslowakei des Jahres 1975 oder 1982 oder 1987, sondern vor kurzem, einen kritischen Leserbrief hat er sich erlaubt zu schreiben. Wißt ihr, was passiert ist? Ihr wißt es ganz genau, die meisten jedenfalls. Am nächsten Tag war er vom Dienst suspendiert. Bitte, das ist der Sozialismus 1990 in dieser Republik. Und über das sollen wir auch reden, meine lieben Freunde. (Abg. Günther Ofner: „Wir kennen das, wie es in der Privatwirtschaft ist!“) Ja, ja, ja, du brauchst gar nichts zu sagen! So etwas gibt es sonst nirgends, lieber Kollege Ofner. Aber du hast die Rechnung so schon genug auch zu bezahlen bekommen. Lassen Sie mich eines in diesem Zusammenhang auch noch sagen. (Abg. Günther Ofner: „Über solche Zwiespälte kann man nicht reden!“) Du, tu dich ein bißchen zurückhalten. Es gibt vielleicht Dinge, die ernster sind, als du glaubst. (Abg. Günther Ofner: „Ich kenne das, ich war lange genug in der Privatwirtschaft!“) Und der Pauli Burgstaller hat vielleicht einen Fehler gemacht mit seinen Damen und Herren da hinten. Er hat den ausgeschickten Sendboten geglaubt. Ihr wißt genau, wie und wen wer ausgeschickt hat. Das mögen er und seine Leute geglaubt haben über Jahre hindurch, daß es ernst ist, diesen Betrieb zu sanieren, daß es ernst ist, diesen Betrieb zu erhalten. Und eines möchte ich abschließend noch in diesem Zusammenhang sagen, die Frau Landesrat hat es schon angesprochen. Wir werden es nicht zulassen, und uns ist die Farbenzugehörigkeit der Bundesregierung in diesem Zusammenhang außerordentlich egal, daß etwas eintritt, was ich mit Schrecken in einem Interview des neuen Vorsitzenden Ihrer Partei im „Profil“ vom 9. April 1990 gelesen habe, nämlich dort geht es um die Hütte Donawitz, um die verstaatlichte Industrie. Und da ist einmal die Frage, ich mache es kurz, daß man im Falle der Fälle auch zusperrt – gemeint ist die Hütte Donawitz unter anderem, Antwort: „Ja, selbstverständlich, was hat der Beschäftigte davon, daß man ihm irgend etwas erzählt, und in zwei Jahren ist es dennoch soweit, und es ist für nichts

vorgesorgt.“ Damit Sie mich nicht falsch verstehen. Oh ja, sanieren ja, aber ruinieren, nein! Und zwar entschieden nein! Und daß die Steiermark alleine die Kosten der Sanierung der verstaatlichten Industrie trägt, ich gehe hier gar nicht auf die Schuldfrage zurück, das wird unseren entschiedenen Widerstand vor und nach dem 7. Oktober, vor und nach jedem Wahltermin herausfordern, und diese Leute hier und alle, die da oben arbeiten und wo immer in diesem Land, haben immer unsere Unterstützung, wenn es um ihren Arbeitsplatz geht, und zwar unsere bedingungslose, ohne Frage, welcher Parteifarbe sie sein mögen. (Beifall bei der ÖVP. – 18.02 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hammer.

Abg. Hammer (18.02 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich muß es noch einmal wiederholen. Ich habe es vormittag bereits gesagt. Ich habe bei der letzten Landtagssitzung bereits Stellung genommen zu dem Vorhaben, die Forschungsstelle in Leoben aufzulösen, weil ich als Betroffener in Eisenerz wirklich weiß, daß damit mehr verbunden ist. Der Kollege Ussar hat das in sehr eindrucksvoller Weise geschildert, und ich möchte dem eigentlich nichts hinzufügen. Denn es ist tatsächlich so, daß Familien betroffen sind und daß man plötzlich vor der Tatsache steht, man ist arbeitslos und wird nicht mehr gebraucht. Und deshalb müssen wir für jeden Arbeitsplatz kämpfen. Meine Damen und Herren, wenn wir aber immer schon eine solche Geschlossenheit auch von seiten der ÖVP gehabt hätten, dann wäre es wahrscheinlich nicht zur Schließung der Aldesta gekommen (Landesrat Dr. Strenitz: Jawohl!), denn auch dort hat der Vorstand der VOEST-Alpine genau dasselbe unrühmliche Spiel gespielt wie diesmal mit der Forschung. Daß man immer wieder gezeigt hat, vielleicht kann man weiterführen, aber letztendlich nicht einmal den Beschäftigten die Chance gegeben hat, diesen Betrieb zu übernehmen und in Eigenregie weiterzuführen. Und da fällt mir noch ein, im Zusammenhang mit der Aldesta hat der Herr Burgstaller gesagt, es wäre vernünftiger die Leute daheimzulassen (Abg. Kollmann: „Die hat ja nur mehr Verluste gehabt!“) und ihnen ihr Gehalt zu bezahlen, als das Defizit dieser Firma abzudecken. Doch plötzlich kehren sich all diese Formeln ins Gegenteil um. Ich bin froh, wenn es viele Kämpfer gibt für die Arbeitsplätze in der Obersteiermark. Meine Damen und Herren! Und es wird nicht allzu lange dauern, werde ich wieder hier stehen und werde Sie ersuchen, mir zu helfen, weil wir Sie brauchen werden, weil es wieder Überlegungen über den steirischen Erzberg gibt. Und wenn Sie dann auch mit der gleichen Geschlossenheit auftreten, dann werden wir den Erzberg retten. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das werden wir auch, Herr Kollege Hammer!“) Es ist uns aber nicht gelungen, die Hauptwerkstätte zu retten. Bei der Hauptwerkstätte in Eisenerz war es selbstverständlich, daß sie ausgegliedert und verkauft wird an einen privaten Unternehmer. Das war doch eine Forderung Ihrer Partei in den Koalitionsverhandlungen, unabdingbar, daß die Verstaatlichte Eigentum verkaufen muß (Abg. Harms: „Wo es notwendig ist!“) zur Eigenmittelbildung bitte, meine Damen und Herren.

(Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Lieber ausgliedern statt zusperren!“) Aber mißt man denn plötzlich mit zweierlei Maß? Hauptwerkstätte war notwendig, andere Dinge waren nicht notwendig, meine Damen und Herren! Und ich frage Sie noch einmal, und ich habe noch keine Äußerung von Ihnen gehört. Ich glaube, es ist besser, den Betroffenen auch die Wahrheit zu sagen und nicht so zu tun, als ob man dort noch etwas retten könnte. Überlegen Sie bitte noch einmal, treten Sie in Verhandlungen mit der Montanuniversität ein, ob das Wissen dieser Mitarbeiter da hinten nicht im Zusammenhang mit der Montanuniversität wesentlich besser und produktiver für die Obersteiermark – ich habe das auch am Vormittag betont – eingesetzt werden könnte. Denn diese Leute verstehen zu arbeiten, die bringen etwas zuwege, da gibt es Erfolge zu berichten. Ich glaube, daß die Kombination Universität und Forschungszentrum für die gesamte Obersteiermark wesentlich mehr für sich hätte. Daß mit den Verhandlungen und Kosten und der Ablöse hier vom Vorstand ein unrühmliches Spiel gespielt wird, da gebe ich Ihnen sofort recht, daß man viel zu hohe Forderungen gestellt hat, um dieses Forschungszentrum zur Gänze zu übernehmen. Meine Damen und Herren, das ist sicherlich nicht in Ordnung und findet auch nicht meine Zustimmung, weil ich weiß, so kann man sich hinausschleichen. Bedauerlich ist nur, daß der gesamte Schriftverkehr – und hier wende ich mich gegen eine einseitige Schuldzuweisung ganz klar – von Ihrem Herrn Finanzmanager Dr. Raidl mitunterfertigt wurde in dieser Causa.

Meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.) Es geht hier nicht darum. Und wenn Sie heute den Kollegen Burgstaller als den Betriebsrat, als den Kämpfer hinstellen und auf der anderen Seite ein Gesetz einbringen wollen, daß freigestellte Betriebsräte von den gesetzgebenden Körperschaften ausgeschlossen sind, wenn das nicht doppelzünftig ist, meine Damen und Herren, dann weiß ich wirklich nicht mehr, was da schuld ist daran. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, wir können wirklich nur geschlossen als Steirer für die obersteirische Region auftreten, damit wir dort neue innovative Arbeitsplätze bekommen. Wir brauchen eine gemeinsame offensive obersteirische Arbeitsmarktpolitik, und zu der rufe ich Sie auf! (Beifall bei der SPÖ. – 18.08 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Vollmann.

Abg. Vollmann (18.09 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren des Hohen Hauses!

Mit Bedauern muß ich hier feststellen, daß leider aus meiner Rede des Vormittages von zwei Rednern, nämlich vom Kollegen Kollmann und auch von dir, Kollege Hirschmann – wir haben ja eines gemeinsam: den letzten Teil unseres Namens – (Abg. Schützenhöfer: „Das ist aber auch schon alles!“), herausgenommen worden ist, weil ich im Zusammenhang mit den 120 Arbeitsplätzen in Leoben bei der Forschung gesagt habe: „Auf einmal bricht für Sie eine Welt zusammen.“ (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „So war es nicht!“) In dem Zusammenhang bitte, daß ich zitiert habe, daß seinerzeit bei Abschluß des Vertrages als Begründung für die

Einsetzung des Herrn Krobath gesagt worden ist: Es sind bereits in den 70er Jahren 1800 Arbeitsplätze in der Obersteiermark weniger geworden, wo überall anders Zigtausende mehr geworden sind, und in den 80er Jahren 7600 Arbeitsplätze oder fast 37 Prozent, und da hat es keinen Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Fraktion in diesem Land gegeben, und da ist niemand auf die Barrikaden gestiegen, sondern das haben wir im Endeffekt zur Kenntnis genommen. Und, meine Damen und Herren (Abg. Ing. Stoisser: „Jetzt hast du es ganz anders formuliert als am Vormittag!“), ich habe auch zitiert, als 1600 Arbeitsplätze in Mürzzuschlag vor wenigen Jahren stillgelegt worden sind – und bei einer Budgetdebatte habe ich das schon einmal getan –, da hat der Herr Landeshauptmann dort erklärt: „Ich stehe für jeden steirischen Arbeitsplatz! Ich kämpfe um jeden steirischen Arbeitsplatz!“ (Landesrat Klasnic: „Was glauben Sie, was wir tun?“) Nur, der Kampf hat nicht stattgefunden, denn die Arbeitsplätze gibt es heute nicht mehr. Und ich könnte Ihnen noch das große Plakat, das Sie im (Landesrat Klasnic: „Was glauben Sie, wie die Finanzierung zustande kommt?“) zweimal A3-Format ausgesendet haben, zeigen, wo diese Worte groß und deutlich – ich hab's hier in der Lade – draufstehen.

Meine Damen und Herren, vor wenigen Wochen wurden bei der Firma Arland in Graz 150 Arbeitsplätze einfach stillgelegt, und wir haben gemeint: Ja, gibt es da nirgends eine Aufregung? Wo ist denn die steirische Solidarität? Wo ist denn der Kampf der gesamten Steiermark um jeden Arbeitsplatz? Das war das einzige, und auch ich darf den Kolleginnen und Kollegen versichern: Ihr Arbeitsplatz ist uns genauso viel wert wie jeder andere.

Wir wollen nur nicht, daß eine Ungleichbehandlung in vielen Bereichen entsteht. Und wenn der Kollege Dr. Hirschmann in seiner berühmt blauäugig komisch-theatralischen Art hier auftritt und erklärt, er wäre hier solidarisch mit der Belegschaftsvertretung, so habe ich geglaubt, ich verhöre mich heute bei einigen Reden, denn da hat man ja tatsächlich geglaubt, hier auf der linken Seite (Abg. Purr: „Wenn Theater, machen Sie das größte!“) sitzen die Unternehmer, und hier, bitte, sitzen die Verteidiger der Arbeitsplätze. Ja, meine Damen und Herren (Abg. Purr: „Billige Polemik!“), wo sind Sie denn in den letzten 15 Jahren gewesen, als Zigtausende Arbeitsplätze in diesem Lande verlorengegangen sind? (Beifall bei der SPÖ. – Landeshauptmann Dr. Krainer: „Durch die sozialistische Alleinregierung – damit wir ganz klar reden!“) Und an jedem dieser – Herr Landeshauptmann, darauf komme ich gleich zurück – Arbeitsplätze, meine Damen und Herren, ist ein persönliches Schicksal der einzelnen Menschen gegangen, und Sie haben es nicht verhindert.

Herr Landeshauptmann, Sie haben gerade gemeint: „In einer sozialistischen Alleinregierung.“ Seit nunmehr vier Jahren haben wir – dreieinhalb Jahren, verzeihen Sie – eine Koalition in diesem Lande (Abg. Dr. Maitz: „Da ist vieles besser geworden!“ – Abg. Harmtodt: „Zum Glück!“), und diese Koalition mit Ihrer Federführung in Bereichen der Wirtschaft hat ebenfalls nichts verhindert.

Ich will aber zurückkommen zu dem, über das man bitte im Grunde genommen heute reden sollte. Den

Belegschaftsmitgliedern der Forschung brauche ich's nicht vorlesen, denn die kennen den Brief, den ich hier habe; er ist an der Schwarzen Tafel bei ihnen aufgeschlagen. Die Belegschaftsvertretung hat hier von Herrn von Bogdandy – ich sage das so wertfrei, weil ich nicht der Verteidiger, bitte, des Herrn Bogdandy (Abg. Harmtodt: „So schaut es aber aus!“) oder des Vorstandes der VOEST-Alpine bin, sondern, meine Damen und Herren, mir geht es darum, daß der Wahrheit entsprechend einige Dinge gesagt werden.

„Nachdem wir uns nunmehr“ – sagt er – „seit mehr als einem Jahr intensiv bemühen, die für die Belange der VOEST-Alpine-Stahlgruppe zu groß dimensionierten Forschungs- und EDV-Aktivitäten am Standort Leoben als eigene Gesellschaft in einer nachhaltig abgesicherten Form weiter bestehen zu lassen, erscheint nun der Zeitpunkt gekommen, wo es auch der Verantwortung unseren Mitarbeitern gegenüber notwendig ist, eine endgültige Entscheidung zu treffen. Daß zur Absicherung der längerfristigen Ertragskraft eine massive Unterstützung des Landes Steiermark erforderlich ist, war von Beginn an allen Beteiligten klar und wurde in der Grundsatzvereinbarung vom 20. November 1989 zwischen ÖVP und SPÖ“ – ich habe sie heute schon vorgelesen – „dementsprechend festgehalten. Alle unseren bisherigen Vorschläge, ja selbst unsere Minimalforderung zur längerfristigen Absicherung der Ertragskraft der IIT, eine Anmietung der Grundstücke und Gebäude durch das Land Steiermark für die IIT, wurde seitens des Landes Steiermark nicht goutiert beziehungsweise glatt abgelehnt. Eine bedingte Förderung von 50 Prozent des Buchwertes der Maschinen und des Umlaufvermögens ist für eine längerfristige Absicherung der Ertragskraft nicht geeignet. Damit würde sich bei Wirksamwerden der neuen Gesellschaft die permanente Gefahr ergeben, daß die Gesellschafter Nachschüsse leisten müssen, was auf die Dauer nur ein Hinausschieben des heutigen Problems bedeuten würde. Aus dieser Sicht verbleibt uns nur mehr die Möglichkeit, nach Information der Betroffenen, der Einleitung der entsprechenden GKG-Maßnahmen.

Bevor wir diesen Schritt gehen, der sicherlich für einen Großteil unserer heutigen Leobner Mitarbeiter einen tiefen Einschnitt in deren bisherige Berufslaufbahn mit sich bringen wird, haben wir nach intensiver Diskussion beschlossen, trotz aller in letzter Zeit gefällten Negativäußerungen in der Öffentlichkeit, Ihnen ein allerletztes Gespräch zum Thema IIT anzubieten. Wir hoffen, ...“ und so weiter geht es dann (Landesrat Klasnic: „Das allerletzte Gespräch haben wir gespürt.“), und dann bitte ist unterzeichnet: „Bogdandy“, „Raidl“ und „Strahammer“.

Bitte, ich darf auch der Ordnung halber noch feststellen – (Landesrat Klasnic: „Das allerletzte Gespräch hat man gespürt!“) gleich, Frau Landesrat, das Schreiben war auch nicht an Sie gerichtet, das war an die Mitarbeiter gerichtet (Landesrat Klasnic: „Das war wie bei einem Begräbnis!“), und die hätten sich – da gebe ich Ihnen völlig recht – dagegen verwehren sollen. Ist völlig klar.

Nur, eines muß ich auch mit Bedauern feststellen: Bis zu diesem Zeitpunkt, wo die „Kronen-Zeitungs“-Meldung erfolgt ist, wurde weder die Gewerkschaft noch die Arbeiterkammer jemals mit dem Problem konfron-

tiert, sondern da ist man allein diesen Weg gegangen und hat versucht, es zu machen. Und ich habe auch am vormittag klargelegt, warum. Denn in dem Brief vom 15. Mai 1990 an den Herrn Minister Streicher, der auf dieses Schreiben reagiert hat, schreibt man ihm: „Immerhin ist es im November“ – 20. November 1989 – „vorigen Jahres gelungen, in Verhandlungen mit dem designierten Geschäftsführer, Herrn Abgeordneten Nationalrat Paul Burgstaller, ein diesbezügliches Konzept zu erarbeiten. Herr Burgstaller hatte es übernommen, die entsprechenden finanziellen Leistungen des Landes sicherzustellen.“ Und ich könnte hier noch Passagen aus diesem Schreiben zitieren, weil sie sicherlich interessant und aufschlußreich sind.

In einem zweiten Schreiben wird festgestellt, daß es auch bei Weiterführung der IIT – und vielleicht wissen das die Mitarbeiter auch noch nicht – bekannt ist, daß 32 Arbeitsplätze im Bereich der IIT, auch bei Aufrechterhaltung, stillgelegt werden müßten. Und hier wird in einem heute zugegangenen Schreiben festgehalten, daß von diesen Arbeitsplätzen, die hier verlorengehen sollten – ich hoffe, wir können sie erhalten – (Abg. Pörtl: „Geh, mach einen Punkt!“), ein Teil der Arbeitnehmer – (unverständlicher Zwischenruf) Nicht ich, hier steht es, ich hab's ebenfalls bekommen –, auf andere Standorte aufgeteilt werden soll beziehungsweise aus der Forschung in Donawitz 10 in Linz verwendet werden sollen und 30 Mitarbeiter bei einer anderen Firma beginnen. Nun, meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß noch einen einzigen Gedanken weiterspinnen. Es wurde heute einmal das „Profil“ vom 9. April zitiert, wo unser Landespartei-vorsitzender, Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek gemeint hat, bevor man jahrelang leidet, sollte man in Bereichen, die keine Zukunft haben, einen Schnitt machen, dann darf auch ich das „Profil“ zitieren, und zwar vom 7. Mai 1990, ich habe es schon einmal getan: „Während die Donawitzer Manager solcherart zu einem neuen Anlauf zur dauerhaften Verteidigung ihrer Hütte starten und sie der sozialistische Betriebsrat dabei kräftig unterstützt, hat der steirische ÖVP-Betriebsrat und Vestaatlichtensprecher im Parlament Paul Burgstaller mit Donawitz ganz anderes im Sinn: „Ich trete dafür ein, Donawitz zu privatisieren“. Daraufhin fragt der Journalist: „Ernsthaft?“ Antwortet er ernsthaft: „In Form eines Managementmitarbeiter-Buy-out!“ Und zum Schluß sagt er, immerhin sagt er, „habe er mit potentiellen ausländischen Pafnern und mit ein paar reichen Herren in Österreich schon darüber gesprochen. Sie seinen wirklich interessiert“. Meine Damen und Herren, die Sie heute bei der Forschungsgesellschaft beschäftigt sind, glauben Sie, wenn Donawitz privatisiert und verkauft würde, daß die Forschung im verstaatlichten Bereich verbleiben würde? Das ist doch nur Blendwerk und Vorgaukelei. Die wahren Dinge werden hier aufgezeigt, und sie sind im Kräftespiel der politischen Parteien. Und das, meinen wir, und das haben wir auch heute vormittag gesagt, sollte nicht sein. Wir treten wie alle anderen für die Erhaltung jedes Arbeitsplatzes ein, auch für die Erhaltung der Forschung in Leoben. Meine Damen und Herren, auch für die Erhaltung der Forschung in Leoben! Wir möchten aber auch immer wieder hören, daß Sie unsere Bemühungen in jedem Bereich der Arbeitsplatzerhaltung unterstützen, denn bisher haben wir das leider immer vermißt. Und, meine

Damen und Herren, wenn ich heute schon einmal zitiert habe, daß seinerzeit der Herr Krobath eingesetzt worden ist, um diese Obersteiermark zu retten, um Arbeitsplätze in die Obersteiermark zu bringen, und wenn Sie, liebe Frau Landesrat Klasnic, seinerzeit – ich habe hier das Protokoll vom 20. Juni 1989 –, auf die Frage des Herrn Abgeordneten Schrittwieser geantwortet haben, weil er gemeint hat, bis wann wird man von Herrn Krobath endlich verlangen, daß er etwas vorlegt, und wann wird man Konsequenzen ziehen, wenn er nichts weiterbringt? Der Schlußsatz bitte: Sollten keine entsprechend bewertbaren Erfolge nachgewiesen werden können, werde ich zum gegebenen Zeitpunkt die notwendigen Veranlassungen treffen und mit dem für die Vertragsauflösung zuständigen Ressortkollegen Kontakt aufnehmen. (Landesrat Klasnic: „Bitte mich bei der nächsten Fragestunde zu fragen, welche Nachweise ich erbringen kann!“)

Meine Damen und Herren! Ich würde mir wünschen, daß der Herr Krobath Erfolge aufzuweisen hat, weil wir sie dringendst brauchen, nur vermissen wir bis jetzt diese Erfolge. Ich fordere Sie auf, vielleicht diese Millionen dort einzusparen und auch in einigen anderen Bereichen, damit das Land Steiermark die Forschungsgesellschaft unterstützen und stützen kann. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 18.21 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Prof. Dr. Eichtinger.

Abg. Prof. Dr. Eichtinger (18.22 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Heute vormittag hat der Abgeordnete, der vor mir jetzt gesprochen hat, erklärt, das, was heute durchgeführt wird für 120 Beschäftigte, ist nur ein Purzelbaumschießen der ÖVP.

Zweite Erklärung des Abgeordneten: Mit der Schließung von Leoben, eurer Forschungsstätte, bricht keine Welt zusammen. Nun wissen Sie, warum die Arbeiter, nachdem ein Arbeiterkammersekretär so spricht, sich sagen, wozu zahlen wir überhaupt noch Arbeiterkammerbeiträge? Schluß damit! (18.23 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Cortolezis.

Abg. Dr. Cortolezis (18.23 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Prof. Dr. Eichtinger hat es, glaube ich, auf den Punkt gebracht, so daß ich mich darauf beschränken kann, den Beschlußantrag der Abgeordneten Kollmann, Dr. Hirschmann, Prof. Dr. Eichtinger, Prof. DDr. Steiner, Pußwald, Kanduth, Grillitsch und meiner Person, betreffend die Aufrechterhaltung der Forschung und Entwicklung Leoben der Stahl Linz Ges. m. b. H., vorzutragen.

Die Stahl Linz Ges. m. b. H. der VOEST-Alpine beabsichtigt, die in ihrem Besitz befindliche Forschung und Entwicklung Leoben zu schließen und das Gebäude zu verkaufen. Von dieser Maßnahme wären nicht nur 130 teils hochqualifizierte Fachkräfte betroffen, vielmehr ist diese Vorgangsweise, die vom Vorstand unter Führung von Generaldirektor Prof. Dr. von Bogdandy und mit Billigung der ÖIAG betrieben wird, auch aus der Sicht des bekannt großen Forschungs-

und Entwicklungsdefizits der verstaatlichten Industrie völlig unverständlich.

Die vielfältigen und beachtlichen Forschungsaktivitäten dieses Leobener Unternehmensbereiches werden seitens des Eigentümers entweder falsch eingeschätzt oder es liegen andere Gründe vor, die das Management zur Schließung veranlassen. So wird allgemein vermutet, daß durch diese Maßnahme der Einflußbereich des dem Management kritisch gegenüberstehenden Betriebsrates und dessen Vorsitzenden Paul Burgstaller bewußt zerstört werden soll. Der Betrieb, der im Jahre 1989 bei einem Umsatz von rund 122,5 Millionen Schilling einen für Forschungseinrichtungen geringen Abgang von etwa 10 Millionen Schilling hinnehmen mußte, sollte auch unter Bedachtnahme auf einen künftigen EG-Beitritt und den hierfür erforderlichen Forschungskoeffizienten aufrechterhalten werden. Schließlich haben noch vor wenigen Monaten ÖIAG-Generaldirektor Dr. Sekyra und VOEST-Alpine-Generaldirektor Dr. von Bogdandy unmißverständlich zu erkennen geben, daß eine Fortführung der Forschungsaktivitäten im Rahmen einer „Informatik und innovative Technologien Ges. m. b. H. (IIT)“ nicht nur wünschenswert wäre, sondern auch ein großer Teil der geplanten Umsätze durch Aufträge von Gesellschaften aus dem ÖIAG-Konzern kommen könnte.

Darüber hinaus haben sich die Mitarbeiter zu einer Beteiligung entschlossen, und das Land Steiermark hat in Erkenntnis der allgemeinen und regionalen Bedeutung dieser Forschungseinrichtung durch Landesrat Waltraud Klasnic umfangreiche Hilfe in Aussicht gestellt.

Die genannten Abgeordneten stellen daher den Beschlußantrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: „Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, beim Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, bei der ÖIAG und bei der VOEST-Alpine vorstellig zu werden, um die Forschung und Entwicklung am Standort Leoben in geeigneter Betriebsform zu erhalten.“ (18.26 Uhr.)

Präsident: Ich unterbreche zwecks Fühlungnahme der Fraktionen wegen des Beschlußantrages die Sitzung auf zehn Minuten. (18.27 Uhr.)

Hohes Haus! ich nehme die unterbrochene Sitzung (19.20 Uhr) wieder auf und darf gemäß der Geschäftsordnung zunächst folgendes zur Kenntnis bringen. Eingbracht wurde ein Beschlußantrag der Abgeordneten Kollmann, Dr. Hirschmann, Prof. Dr. Eichinger, Prof. DDr. Steiner, Pußwald, Kanduth, Grillitsch und Dr. Cortolezis, betreffend die Aufrechterhaltung der Forschung und Entwicklung Leoben der Stahl Linz Ges. m. b. H.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist geschehen. Ich komme jetzt zur Abstimmung. Wenn Sie dem Beschlußantrag, der wie folgt lautet: Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung

wird aufgefordert, beim Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr und beim Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten sowie bei der ÖIAG und bei der VOEST-Alpine vorstellig zu werden, um die Forschung und Entwicklung am Standort Leoben in geeigneter Betriebsform zu erhalten –, wenn Sie diesem Beschlußantrag Ihre Zustimmung erteilen, ersuche ich Sie um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Herr Abgeordneter Mag. Rader, melden Sie sich zu Wort?

Abg. Mag. Rader: Herr Präsident, ich habe mich zuvor zu Wort gemeldet. Sie haben mich freundlicherweise nicht aufgerufen, ich verzichte jetzt darauf.

Präsident: Sie haben mir gesagt, daß Sie nach dem Beschlußantrag das Wort wollen.

Abg. Mag. Rader: Nach der Unterbrechung, Herr Präsident. Ich wollte meine Gegenstimme begründen, aber es ist wohl nicht mehr erforderlich.

Präsident: Wir setzen nun den unterbrochenen Tagesordnungspunkt 20 fort.

Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (19.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Vielleicht kurz ein paar Worte zu diesen beiden Anträgen, die ja im Umwelt-Ausschuß schon gründlich behandelt wurden.

Durch die Novelle der Bauordnung ist die Sache der Deponien einer klaren Lösung zugeführt worden. Wir brauchen also in Zukunft nicht mehr herumstreiten, ob das baurechtlich bewilligungspflichtig ist oder nicht. Grundsätzlich kommt aber jetzt durch die sogenannten Müllwirtschaftsverbände eine neue Position, und zwar, daß die Sondernutzung im Freiland praktisch über Beschluß der Müllwirtschaftsverbände erzwungen werden kann. Wir nennen das eine sogenannte – ich würde fast sagen – „kalte“ Enteignung, weil über den Kopf einer Gemeinde hinweg die restlichen Gemeinden entscheiden können.

Zur Frage der Restdeponie: Ich glaube, es ist einmal ganz wichtig festzustellen, daß die sogenannte Volldeponie oder die Deponie im Wald, ganz gleich, ob Kaiserwald, Murwald, Halbenrainer Wald und andere Wälder, der Vergangenheit angehören. Wir tendieren in eine technische Lösung der Restdeponie, und zwar ist für uns die Frage der Sicherheit ein ganz wesentlicher Faktor. Derzeit wird Lehm als sicher angenommen, und wenn man da noch eine Folie darüberlegt, dann hat man eine doppelte Sicherheit. So wird argumentiert. Ich möchte aber hier im Landtag sagen, daß Lehm hygroskopisch ist, Lehm zieht sogar das Sickerwasser an, und im Lehm wird sogar Wasser gegen die Schwerkraft transportiert. Daher ist das mit einer Sicherheit nicht in Verbindung zu setzen.

Das Zweite ist, Folien und andere ähnliche Materialien haben eine beschränkte Lebenszeit, und daher konzentriert sich für uns die Frage, bei Restdeponien eine mindestens technisch zweifache Sicherheit zu

verlangen. Die wichtigste Hauptsicherheit ist die Aufgabenstellung, diese Restedeponie mit Sicherheit auch in Jahrhunderten jederzeit sanieren zu können. Es ergibt sich daher die Frage beziehungsweise gleich wie im Staudambau oder in anderen Bauwerken, wo ebenfalls mit Dichtigkeiten und Sicherheiten zu rechnen ist – beim Staudambau verwendet man Kontrollschächte, um jederzeit den Injektionsschirm dichten und kontrollieren zu können –, stellen wir fest, daß bei einer Restedeponie, die wirklich mit Sicherheit saniert werden kann, im Bodenbereich eine Lamelle sein muß, wo man jederzeit unter die Deponie hineinkommt und von dort aus nachinjizieren kann.

Diese Frage stößt leider immer wieder auf unverständliche Negierung, weil man immer nur kurzfristig denkt und immer nur an die Wirtschaftlichkeit denkt. Die Wirtschaftlichkeit kann nur darin liegen, daß man den Abfall derart trennt, daß die Restefraktion so gering ist, daß man ohne weiters wirtschaftlich mit dieser technischen Lösung arbeiten kann und unserer Meinung nach arbeiten muß, will man mit Sicherheit nicht Grundwässer und Trinkwasserversorgungen langfristig gefährden.

Was diese beiden Anträge betrifft, hat es mich immer wieder gewundert, wie Behördenverfahren durch irgendwelche Gutachten von honorigen Professoren unterlaufen werden: Hier zum Beispiel bei der Murwaldgeschichte waren es zwei Grazer Professoren, die den Rechtsweg einfach abgebrochen haben, wo der Bürgermeister einfach mit Schreiben festgestellt hat – nicht einmal mit Bescheid bitte –, daß das, was die zwei Professoren, die zwei gescheit, auf Hochschulboden sagen, richtig ist. Daß das dann die Rechtsgrundlage ist, das war für uns vom rechtsstaatlichen Prinzip natürlich immer abzulehnen, und auch alleinige Schreiben von Gemeinden ersetzen niemals den Rechtsweg. Daher war für uns die Murwaldgeschichte von vornherein ein Rechtsbruch, eine Rechtswidrigkeit, und wir sind eigentlich froh, daß dann doch durch die Blockade, durch die Aktivitäten der Bürger, auch durch Feldmessen, wo die Gläubigen dort – etwa 1000 Leute – in der Natur eine Andacht gehalten haben und eine Feldmesse stattgefunden hat, daß dann auf Grund dieses Umdenkens doch einmal das Bewußtsein zustandegekommen ist, daß diese Murwaldgeschichte, die immerhin nach dem Müllwirtschaftsplan des Landes selbst meiner Meinung nach widerrechtlich bewilligt, dort zu Fall gebracht werden muß, denn diese Deponie war über einem Grundwasserfeld für 50.000 Menschen, und damit war das überhaupt kein Diskussionspunkt aus der Sicht des Trinkwasserschutzes und aus der Sicht des technischen Umweltschutzes.

Was die Kaiserwalddeponie betrifft, war es dann für uns wieder seltsam zu hören, daß irgendein Wiener Gutachter wieder festgestellt hat, daß alles, was die Behörden bisher gemacht haben, ein Blödsinn ist. Ich möchte hier an dieser Stelle auch wirklich deponieren, daß es heute sicher Gutachter und Schlechtachter gibt, es gibt Sachverständige und Schwachverständige, und ich warne vor allem vor jenen Leuten, die hier auf irgendwelchen grünen Tischen Entscheidungen treffen und mit diesen Entscheidungen, die honorig bezahlt werden – mit Professorenhonoraren –, dann der Rechtsweg, das rechtsstaatliche Prinzip, das Prinzip, bis zum Verwaltungsgerichtshof, Verfassungs-

gerichtshof zu gehen, um das Recht zu suchen, ausgeschaltet wird. Und in beiden Fällen war das nicht nur an der Grenze, sondern im Fall Murwald war es ganz eklatant eine Amtswidrigkeit – ich möchte nicht sagen ein Amtsmissbrauch, aber jener, der diese Gutachten so erstellt hat, damit die Interessen der Bevölkerung gebeugt werden, würde ich fast sagen, daß das wirklich ein Mißbrauch von jeglicher gutachterlicher Tätigkeit war.

Grundsätzlich kennen wir die Probleme um Halbenrain. Wir wissen, daß diese Deponie schon von der Rodung her überzogen ist, und wir müssen jetzt wirklich trachten, im Sinne des Müllwirtschaftsgesetzes diese Region zu entlasten und die Müllprobleme in den Regionen zu lösen.

Was das Naturschutzgesetz und die Anzeigepflicht betrifft, bin ich über diese Auslegung, daß für Deponieflächen keine naturschutzrechtliche Bewilligung notwendig ist oder nicht einmal eine Anzeigepflicht besteht, eigentlich sehr enttäuscht, denn eine Deponie ist eine Anlage, ist eine Bauanlage mit allen Nebenanlagen, und eine Deponie ist ein langzeitiges Problem – das ist nicht etwas Kurzzeitiges, wie ein Parkplatz, sondern das ist ein Jahrhundertproblem, was dann dort deponiert ist –, und diese Restedeponien dürfen nicht das sein, was uns dann noch mit Sicherheit den Rest verpaßt, daß wir dann einmal vor unseren Nachkommen dastehen und sagen müssen: „Wir haben unsere Probleme eigentlich nicht gelöst, sondern wir haben unsere Lösung in Müllpyramiden gesucht, in Wohlstandspyramiden der Konsum- und Wegwerfgesellschaft.“ Daher bin ich grundsätzlich eigentlich überzeugt, daß, wie für jede andere bebaute und verbaute Fläche im Freiland, vor allem in Naturschutzgebieten, eine Anzeigepflicht genauso wie für jeden anderen besteht. In dem Sinne darf man jetzt nur hoffen, daß dieses Müllwirtschaftsgesetz in allen steirischen Gemeinden zum Tragen kommt. Es ist einfach zu wenig, wenn man hört, in zehn oder in fünf bis zehn Gemeinden funktioniert das bereits tadellos. Es ist in einem Zeitraum von den nächsten zwei bis drei Monaten von den 544 steirischen Gemeinden in jeder Gemeinde die rechtliche Grundlage einzuhalten. Bürgermeister, die sich nicht daran halten, sind eben nach dem Müllwirtschaftsgesetz entweder zur Anzeige zu bringen oder es ist im Bedarfsfall die Bedarfszuweisung vom Land einmal in Frage zu stellen. Und wir haben auch vor kurzem mit Gemeinden, wo das schon tadellos funktioniert, auch wieder Kontakt und gesprochen und Referate gehabt beziehungsweise die Bürgermeister gebeten, uns zu berichten. Es funktioniert in der Praxis tadellos, wenn das Thema ernsthaft behandelt wird, und es ist heute einfach unverantwortlich, einen Mischmüll, der mit Abfall ja nichts zu tun hat, sondern praktisch schon eine Fraktion ist, die man kaum mehr trennen kann, über die Gemeindegrenze hinwegzutransportieren. Wir müssen der Zeit des Müllkolonialismus, das heißt, daß man irgendwo den Dreck hinführt, und die Leute sollen dort den gesamten Dreck übernehmen, ein Ende bereiten, sowohl dem innersteirischen Gemeindemülltourismus als auch dem europäischen, auch Sondermülltourismus. Sie haben ja alle miterlebt, wie der hessische Minister Joska Fischer, seines Zeichens ein Grüner, aber bitte nicht einmal hinter den Ohren, versucht hat, mit Optionsverträgen

und honorigen Verträgen, die ja schon faktisch in müllmafiaähnliche Bereiche gehen, uns dioxinhaltige Filterstäube in die Grüne Mark zu transportieren. Auf solche Grüne verzichten wir. Das sind irgendwelche Leute, die das Grün als Farbe verwenden. Grün ist leider auch nur eine Farbe. Das ist ein Mißbrauch sämtlichen ökologischen und solidarischen Denkens. Wir sind froh und glücklich, daß es gemeinsam mit der Bevölkerung der Obersteiermark, über alle Parteigrenzen hinweg, gelungen ist, diesen gemischten dioxinhaltigen Filterstaub im Murwald in der Steiermark zu verhindern. In dem Sinne wünsche ich allen Gemeinden, die hier ernsthaft interessiert sind, bis zu einer Gemeindekompostierung, daß dieses Müllwirtschaftsgesetz – ich habe immer gesagt, Müllwirtschaftsgesetz ist für mich ein falscher Ausdruck, es hätte eigentlich Abfallwirtschaftsgesetz heißen müssen. Ich glaube auch, daß man bei einer Novelle das Wort „Müll“ einmal gegen „Abfall“ austauschen sollte. Ich bin überzeugt, daß der Weg richtig ist und daß wir zu Restedeponien kommen bis zu einer Granulierung, bis zu einer Entgasung der Reststoffe, sprich über Hochtemperaturvergasungen, sicher mit hochqualifiziertem Stand der Technik, Gaswäsche und so weiter. Und daß wir dieses granulierten, nicht mehr wasserlösliche Material vielleicht einmal verwenden können, um mit allen Sicherheitsmöglichkeiten und mit Sicherheit so etwas immer wieder zu sanieren, vielleicht alte Wunden in der Landschaft, wie Steinbrüche, wieder sukzessive auffüllen mit einem gesteinsähnlichen Material und das wieder rekultivieren. Das ist eine Illusion, aber Illusionen sind da, um einmal realisiert zu werden. Danke! (19.33 Uhr.)

Präsident Meyer: Ich erteile dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller das Wort.

Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (19.33 Uhr): Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Nachdem ich vom Herrn Abgeordneten Reicher direkt angesprochen worden bin, abschließend noch einige Bemerkungen. Ich möchte nicht auf die rechtliche Problematik eingehen, weil ich glaube, daß sie in den beiden Vorlagen sehr genau dargestellt ist. Ich kann nur sagen: Es ist verständlich, daß die Behörden hier streng nach dem Gesetz vorgehen, nicht nur weil sie vorgehen müssen, sondern weil sie auch jeweils mehreren Anwälten gegenüberstehen, die jede Entscheidung, auch wenn nur eine geringe Chance besteht, Recht zu bekommen, bis zu den Höchstgerichten tragen.

Zur Müllfrage möchte ich sagen: Wir haben heute die Regierungsvorlage in den Landtag zu einer großen Novelle zum Abfallwirtschaftsgesetz eingebracht. Ich werde Ihnen die Antwort das nächste Mal geben, weil ich glaube, daß über die Fragen selbstverständlich geredet werden muß. Ich möchte trotzdem zu einer Frage, die angeschnitten worden ist, noch kurz Stellung nehmen. Was ist mit dem Kaiserwald? Ist es einer dieser Hauptstandorte? Bekanntlich hat ja die Müllwirtschaftsregion Graz und Graz-Umgebung nunmehr auch den Entwurf des Müllwirtschaftsplanes zur Diskussion gestellt, und ich lese diese darauf zutreffende Passage kurz vor. Sie gibt die entsprechende Antwort. Unter dem Titel „11 7 Restedeponie“ ist hier zu lesen:

„Aus Gründen der Entsorgungssicherheit, der Kosten und der sozialen Akzeptanz wird vorgeschlagen, daß zusätzlich zu den Deponiestandorten Frohnleiten und Hitzendorf der Müllwirtschaftsverband Graz und Graz-Umgebung eine Restedeponie errichtet und betreibt. Im Auftrag des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung wurde eine Vorauswahl der Deponiestandortbereiche im Bezirk Graz-Umgebung durchgeführt. Das Ergebnis dieser Untersuchung weist auf dem Untergrund der Kaiserwaldterrasse mehrere Standorte aus. Zur Festlegung eines Verbandsrestedeponiestandortes sind weitere Untersuchungen in diesem Bereich erforderlich. Es gilt aber auch zu berücksichtigen, daß für den Betrieb einer Deponie die soziale Akzeptanz, bei der neben ökologischen Gesichtspunkten auch die Kostenfrage eine wesentliche Rolle spielt, gegeben sein muß. Es wird daher vorgeschlagen, daß bereits im Entscheidungs- und Planungsstadium Bürgerbeteiligungsverfahren mit entsprechenden Rechten der Bürger durchgeführt werden.“ Soviel zu dieser Frage. Das heißt, dieser Müllwirtschaftsplan steht zur Diskussion, und ich glaube, daß es auch gut und richtig ist, daß dieses Bürgerbeteiligungsverfahren, wie wir es auch vorgeschlagen haben, hier in Anwendung gelangt. Soviel zu dieser Frage. Im übrigen glaube ich, daß wir ohnedies in der nächsten Landtagssitzung reichlich Gelegenheit haben werden, über die Frage Abfall und Abfallwirtschaft zu sprechen. Ich hoffe, daß es gelingt, das Gesetz in der nächsten Landtagssitzung zu verabschieden. Bei dieser Gelegenheit werden wir ausführlich und gründlich darüber diskutieren. (Beifall bei der ÖVP. – 19.37 Uhr.)

Präsident Meyer: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich gehe daher zur Abstimmung über. Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 486/5, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Nunmehr ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 488/5, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ebenfalls mit Mehrheit angenommen.

21. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 847/6, zum Antrag der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend die Ausarbeitung eines Ozonalarmpplanes.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Candidus Cortolezis.

Abg. Dr. Cortolezis (19.38 Uhr): Frau Präsident, Meine Damen und Herren!

Es geht um den Antrag, betreffend die Ausarbeitung eines Ozonalarmpplanes. In der Sitzung vom 17. Oktober 1989 wurde der Antrag zugewiesen. Es wurden vier Punkte im wesentlichen seitens der Antragsteller gefordert, nämlich Ausarbeitung Ozonalarmpplan, Ozonmessungen, an den Bundesgesetzgeber heranzutreten, damit in den dem Bundesgesetzgeber vorbehaltenen Smogalarmpplan Ozon als Luftschadstoff aufgenommen wird, sowie den Landtag über diese Initiativen zu informieren.

Dazu wird berichtet, daß das Ozon als Sekundärschadstoff aus verschiedenen Vorläufersubstanzen entsteht, sich ausbreitet, oft weitab der ursprünglichen Emissionsorte und -gebiete. Es ist bekannt, daß es oft über Hunderte von Kilometern verfrachtet wird und daß dann gerade in den Gebieten, die oft nicht die Schadstoffverbreitung verursachen, auch ernstzunehmende Belastungen vorgefunden werden. Aus diesem Grund ist es praktisch auch nicht möglich, mit Hilfe von Alarmmaßnahmen wirkungsvoll Eingriffe zu setzen, sondern gilt es vielmehr, generell die Luftschadstoffkonzentration zu vermindern, um auch eine Reduktion der Ozonwerte zu erreichen. Es wird dann noch ausführlich über die verschiedenen Stufen berichtet, die seitens der Österreichischen Akademie der Wissenschaft ausgearbeitet worden sind, woraus sich auch verschiedene regionale Einteilungen für das Land Steiermark selbst ergeben.

In unserem Bundesland gibt es 11 der 14 stationären Ozonmeßanlagen, die bereits automatisch mit der Luftgüteüberwachung verbunden sind. Drei haben eben noch keine Datenfernübertragung, und auf Grund dieser Meßdaten gibt es auch eine Aufnahme derselben in den Luftgütebericht. Es hat auch ergeben, daß die Luftreinhaltung auf Grund der Bundesverfassungsgesetznovelle 1988 in Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache ist, aber alle Experten auf Bundes- und Länderebene dafür eintreten, Ozon in das Bundesmogalarmgesetz aufzunehmen.

Aus diesem Grund wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend die Ausarbeitung eines Ozonalarmplanes, wird zur Kenntnis genommen. (19.41 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (19.41 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich hoffe, ich bin kurz genug für diese vorgerückte Stunde, aber nachdem ich am Schluß einen Beschlußantrag habe, möchte ich nicht auf die Einleitung verzichten. Das Thema Ozon wird uns im Laufe des Sommers noch wiederholt beschäftigen. Es geht im wahrsten Sinn des Wortes darum, unsere Haut zu retten, und das hat auch der Club of Ozon, den es neuerdings gibt, festgestellt und spricht jetzt auch schon von der Schicksalsfrage dieses Jahrzehnts. Und wir haben in der Steiermark in den letzten Monaten bereits überhöhte Werte gemessen, außerdem darf sich auch das Land Steiermark in den Koordinationsgesprächen die Sache nicht so einfach machen. Wir wissen alle, daß die Hauptbelastungsgebiete von Ozon im Regelfall nicht deckungsgleich mit denjenigen der klassischen Luftschadstoffe sind, und wir dürfen aber deshalb nicht untätig sein, wenn es in bestimmten Regionen zu starken Ozonbelastungen kommt. Hohe Ozonkonzentrationen sind in der Umwelt toxisch – das ist nachgewiesen – und stellen wirklich eine potentielle Gesundheitsgefährdung für den Menschen dar. Wegen dieser Giftigkeit wurde bereits in der Schweiz ein Grenzwert für Mensch, Tier und Pflanzen geschaffen, welcher besagt, daß der Einstundenmittelwert

höchstens einmal im Jahr 120 Mikrogramm pro Kubikmeter überschreiten darf und 98 Prozent der Halbstundenmittelwerte eines Monats unter 100 Mikrogramm pro Kubikmeter liegen müssen.

Und für den Arbeitsplatz wurde bereits eine maximale Konzentration von 200 Mikrogramm pro Kubikmeter festgelegt. Der Autor einer österreichischen Emissionsstudie, Rudolf Orthofer, hat dazu gewitzelt, daß demzufolge der Arbeitsplatz vom Arbeitsinspektorat der Berufe im Freien, also Landwirte, Förster, Bauarbeiter, Waldarbeiter, verboten werden müßte.

Hans Dieter Heck schreibt in einer Zeitung „Bild der Wissenschaft“: „Das Ozon, einst ein mythischer Inbegriff reiner, würziger Luft, reichert sich in unserem Lebensraum an und wirkt als Zellgift. Das Resultat sind Milliardenverluste durch Wald- und Ernteschäden, und immer wieder muß die Wissenschaft von ihr selbst geschaffene Mythen korrigieren. Hunderttausende von Kindern sind nach der Jahrhundertwende aus muffigen Schulstuben zu Klassenausflügen durch Wald und Feld geführt worden, um die würzige gesunde Luft mit Ozon zu genießen. Manche ältere Menschen von damals, auch bei uns, bekommen noch heute verklärte Augen, wenn sie durch einen Park mit ozonreicher Luft spazieren. Denn Mythen sind zäh und werden durch logische Widerlegung meist kaum beschädigt. Tatsächlich stinkt Ozon und macht Kopfweg, wenn wir mit nennenswerten Mengen in Berührung kommen. Es verbreitet auch einen typischen unangenehmen Geruch, der sich bemerkbar macht, wo elektrische Funken sprühen – man kennt es vom Schweißen –, und in der Nähe von Blitzeinschlägen riecht es entsprechend intensiv nach Ozon. Im Mittelalter galt dies als Geruch des leibhaftigen Teufels. Das war nicht falsch empfunden, denn das Ozon, wo wie wir es heute als dreiwertigen Sauerstoff erleben, mit einem Sauerstoffatom zuviel im Molekularverband, hat sich als Gas mit der höchsten oxidierenden Wirkung erwiesen, das faßt alle chemischen Verbindungen an, auch lebende Zellen. Mit ozonhaltiger Luft kann man trübes Wasser klären, zuverlässig desinfizieren, und Ozon tötet Bakterien auch in sehr geringen Konzentrationen.“ Soweit das Zitat.

In der Steiermark werden an sonnenreichen Tagen die internationalen und auch die empfohlenen Grenzwerte der Akademie der Wissenschaften überschritten. Nachdem die Ursache der hohen Ozonkonzentrationen in den anthropogenen, also von Menschen verursachten Vorläufersubstanzen, insbesondere in denen aus Stickoxiden und flüchtigen Kohlenwasserstoffen, zu suchen ist, muß alles unternommen werden, um hier eine Verringerung zu bewirken.

Ich habe mir die einzelnen Werte angeschaut: Wir haben im Monat April bereits diesen Vorsorgegrenzwert, den die Akademie der Wissenschaften vorgeschlagen hat, in Graz an fünf Tagen überschritten. Die forstrelevante Station am Rennfeld hat an acht Tagen Überschreitungen gemessen. Im Mai waren in Graz bereits an 18 Tagen Überschreitungen festzustellen und am Rennfeld an 26 Tagen, also fast im ganzen Monat Mai haben wir am Rennfeld schon die Überschreitungen dieses Vorsorgegrenzwertes gehabt. Nachdem immer wieder beteuert wird, wir müssen die NO_x -Emissionen verringern, also von 210.000 Tonnen im Jahr, an denen der Verkehr wieder zu 75 Prozent

beteiligt ist, ist eigentlich nicht richtig, daß in den letzten Jahren wirklich etwas verringert worden ist. Im Gegenteil, es kommt noch etwas dazu: Bei den Kohlenwasserstoffen haben wir Jahresemissionen zu 39 Prozent aus der Lösemittelverdampfung, zu 28 Prozent aus dem Verkehr, zu 17 Prozent aus stationären Verbrennungsanlagen und zu 12 Prozent aus diversen industriellen Prozessen. Daraus läßt sich dann ableiten, daß eine gemeinsame Reduktion der Schadstoffe unbedingt erforderlich ist. Und es heißt auch, daß die Steiermark im eigenen Wirkungsbereich, also auf Landesebene, wirksame Maßnahmen zu setzen hat. Zum Beispiel eine der Maßnahmen im öffentlichen Beschaffungswesen, also beim Land und bei den Gemeinden: das Verbot von Lösungsmittelhaltigen Lacken, Farben und Klebstoffen. Und wenn ich die Forderung der Arbeitsgemeinschaft Luft – Lärm auch noch zitieren darf: die massive Abwärmenutzung der steirischen kalorischen Kraftwerke. Da ist die STEWEAG zuständig, und es müßte eigentlich möglich sein, wenn sie im Landeseigentum ist, daß dort etwas geschieht, daß man nicht weitere Autobahnen baut, um weitere Transittalwinen auszulösen, daß auch das abgasfreie Tanken in der Steiermark vorgeschrieben wird und daß auch gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria ein Ozonminimierungsprogramm angeregt wird.

Auf Bundesebene wären selbstverständlich auch noch entsprechende Maßnahmen zu treffen – ich verzichte auf deren Aufzählung.

Zum Schluß möchte ich ganz konkret zu meinem Beschlußantrag sagen, daß der Herr Dr. Haider vom Institut für Hygiene in Wien, der auch in der Steiermark gerne als Sachverständiger gehört wird, gemeint hat, daß die Frage nach einem Ozonwarnplan eher zweifelhaft ist, aber er besteht darauf und weist auch ganz konkret darauf hin, daß die Aufklärung der Bevölkerung über photochemischen Smog unbedingt notwendig ist. Und ich meine jetzt dazu, daß wir ja bereits ein Informationsblatt zu Ozon haben, ein Merkblatt, verfaßt von der Informationszentrale für Umweltschutz des Landeshygienikers, und dieses Informationsblatt verlange ich jetzt, daß es in der Steiermark an alle Haushalte verschickt wird. Wenn es möglich war, zur Volksbefragung eine Flut von Papier an jeden Haushalt zu schicken, dann glaube ich auch, daß es möglich sein muß, ein Ozonmerkblatt an jeden Haushalt zu schicken. Diese Volksbefragung hat uns Kosten von 5,2 Millionen Schilling verursacht, deren Effizienz eher gering ist, wie wir – glaube ich – heute in der Vorlage nachlesen können, ohne jetzt die Verwaltungskosten extra berechnet zu haben. Also, wenn es möglich war, für eine von den Parteien initiierte Volksbefragung Geld auszugeben, wird es auch möglich sein, Informationen an die Bevölkerung zu geben, und nicht nur auf Wunsch, und nicht nur in den Arztpraxen, sondern an jeden Haushalt. Und mein Antrag lautet demgemäß: Nachdem den Luftgüterberichten der Monate März, April und Mai zu entnehmen ist, daß an den Meßstationen Graz-West, Graz-Süd, Piber, Deutschlandsberg, Leoben und Mürzzuschlag und an den forstrelevanten Immissionsmeßstellen Gaberl, Hochgößnitz, Rennfeld und Salberg die von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften empfohlenen Vorsorgewerte bereits zum Teil erheblich

überschritten wurden, stelle ich den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, das bereits vorliegende Merkblatt „Ozon“ jedem steirischen Haushalt zuzusenden. Ich bitte um Ihre Unterstützung. Danke! (19.51 Uhr.)

Präsident Meyer: Der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller hat sich zu Wort gemeldet.

Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (19.51 Uhr): Ja, Frau Abgeordnete, ich darf durchaus sagen, daß wir in der Sache keine unterschiedlichen Auffassungen haben. Der Antrag ist nicht notwendig, und zwar deswegen nicht, weil die Umweltreferentenkonferenz, also die Konferenz der Landesumweltreferenten, am 20. April 1990 eine Arbeitsgruppe eingesetzt hat, die am 15. Mai inzwischen getagt hat. Dort ist beschlossen worden, daß das Bundesministerium auf der Basis des steirischen Informationsblattes ein Ozoninformationsblatt ausarbeitet, das allen österreichischen Haushalten zugesandt wird. (19.52 Uhr.)

Präsident Meyer: Bevor ich abstimmen lasse, bitte ich die Damen und Herren, aus den Nebenräumen hereinzukommen. Ich kann erst abstimmen lassen, wenn 24 Abgeordnete auf ihren Plätzen sind.

Eingebracht wurde ein Beschlußantrag der Abgeordneten Kammlander, betreffend die landesweite Verteilung des von der Informationszentrale für Umweltschutz des Landeshygienikers für Steiermark (1989) herausgegebenen Informationsblattes „Ozon“.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden.

Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist geschehen.

Der Antrag der Abgeordneten ist jedoch nicht von vier Mitgliedern des Hohen Hauses unterfertigt, weshalb ich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 die Unterstützungsfrage stelle.

Wer den Beschlußantrag der Abgeordneten unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Beschlußantrag hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Ich werde nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen:

ersten über den Antrag des Herrn Berichterstatters, zweitens über den Beschlußantrag der Frau Abgeordneten Kammlander.

Ich komme jetzt zur Abstimmung: Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung erteilt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen nun zum Beschlußantrag der Frau Abgeordneten Kammlander. Wer diesem Beschlußantrag die Zustimmung erteilt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

22. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 941/3, zum Antrag der Abgeordneten Günther Ofner, Freitag, Herrmann, Hammer und Genossen, betreffend die Anhebung der Landesförderung für Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen im Bundesland Steiermark.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Siegfried Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (19.55 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es handelt sich hier um die Vorlage, Einl.-Zahl 941/3. Es handelt sich hier um die Vorlage, betreffend die Anhebung der Landesförderung für Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen im Bundesland Steiermark. Der Antrag der Abgeordneten Günther Ofner, Freitag, Herrmann, Hammer und Genossen wurde in der Sitzung des Steiermärkischen Landtages am 15. Dezember 1989 der Landesregierung zugewiesen. Nach dem Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung vom 22. November 1982 wird für siedlungswasserwirtschaftliche Bauvorhaben, die nach dem 1. Jänner 1981 vom Wasserwirtschaftsfonds genehmigt beziehungsweise begonnen wurden, nach Maßgabe der vorhandenen Mittel und es Baufortschrittes ein 10prozentiger Landesbeitrag gewährt. Mit Paragraph 18 der Novelle zum Wasserbautenförderungsgesetz vom 7. November 1985 wurde die nachträgliche Umwandlung von insgesamt höchstens 30 Prozent des Fondsdarlehens in einen nicht rückzahlbaren Fondsbeitrag an die Bedingung geknüpft, „wenn das Land eine Zuwendung gewährt oder gewährt hat, die einem nicht rückzahlbaren Beitrag in der Höhe von mindestens 15 vom Hundert der Kosten entspricht“. Im Zusammenhang mit dem Steirischen Grundwasserschutzprogramm wurde zwischenzeitlich durch Beschlüsse der Steiermärkischen Landesregierung vom 10. November 1986 und vom 12. Dezember 1988 zunächst im Bereich des Leibnitzer Feldes und des Wasserverbandes Ehrenhausen, in der Folge generell im Bereich von Grundwasserschongebieten, die Landesförderung für jene Abwasseranlagen von 10 Prozent auf 15 Prozent erhöht, die ab dem Jahre 1988 von der Wasserwirtschaftskommission genehmigt wurden. Im Jahre 1989 wurden für derartige Bauvorhaben Landesbeiträge in der Höhe von 13.557.000 Schilling zur Verfügung gestellt. Die Frage der Finanzierbarkeit steht gerade im ländlichen Raum immer mehr im Vordergrund. Andererseits sind die Gemeinden durch die Bestimmungen des Raumordnungsgesetzes vielfach gezwungen, im Bereich der Abwasserentsorgung Maßnahmen zu setzen. Um dieser erschwerten Situation im Bundesland Steiermark für die Zukunft sinnvoll zu begegnen, wird derzeit ein Entwurf eines Abwasserwirtschaftsgesetzes erstellt. Ein eigener Abschnitt dieses neu zu schaffenden Gesetzes wird auch Fragen der Finanzierung und der Landesförderung beinhalten und somit grundsätzlich neu zu regeln haben. Da die Hauptbelastung bei den Folgekosten durch die Annuitäten des Fondsdarlehens entsteht, wäre beim Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds ebenfalls eine Verbesserung der Förderungsbedingungen, insbesondere die Gewährung eines nicht rückzahlbaren Fondsbeitrages von allem Anfang an, anzustreben. Ein dem Stand der Technik entsprechender Ausbau von Wasserversor-

gungs- und Abwasseranlagen unter Berücksichtigung aller zu erwartenden zukünftigen Auflagen im Hinblick auf die Novelle zum Wasserrechtsgesetz einschließlich einer ordnungsgemäßen Entsorgung des Klärschlammes wird insbesondere im ländlichen Raum ohne Verbesserung der derzeitigen Förderungsmöglichkeiten bei Bund und Land kaum noch finanzierbar sein.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 2. April 1990 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Günther Ofner, Freitag, Herrmann, Hammer und Genossen, betreffend die Anhebung der Landesförderung für Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen im Bundesland Steiermark, wird zur Kenntnis genommen. (19.59 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kröll.

Abg. Kröll (19.59 Uhr): Frau Präsident! Hohes Haus!

Zur Einl.-Zahl 941/3, betreffend Anhebung der Landesförderung für Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen in der Steiermark, möchte ich erwähnen: Bekanntlich leistet das Land nach dem Beschluß der Landesregierung vom 22. November 1982 für siedlungswasserwirtschaftliche Bauvorhaben, die nach dem 1. Jänner 1981 vom Wasserwirtschaftsfonds genehmigt beziehungsweise begonnen wurden, einen zehnprozentigen Landesbeitrag. Dies geht auf die Novelle des Wasserbautenförderungsgesetzes vom 16. Juni 1982 zurück, mit der die Laufzeit verlängert und eine teilweise Umwandlung von Fondsdarlehen in Fondsbeiträge ermöglicht wird. Mit dem Paragraphen 18 des Wasserbautenförderungsgesetzes wurde die nachträgliche Umwandlung von insgesamt höchstens 30 Prozent des Fondsdarlehens in einen nicht rückzahlbaren Fondsbeitrag an die Bedingung geknüpft, daß das Land seinen Beitrag auf 15 Prozent erhöht beziehungsweise leistet. Unter Landesrat Dipl.-Ing. Schaller wurden im Sinne des steirischen Grundwasserschutzprogrammes für die Grundwasserschongebiete, zum Beispiel für das Leibnitzer Feld oder den Wasserverband Ehrenhausen, bereits 15prozentige Landesförderungen gewährt, sofern diese von der Wasserwirtschaftskommission ab 1988 genehmigt wurden. In der Steiermark wurden für derartige Fälle im letzten Jahr, nämlich 1989, bereits Landesbeiträge von 13,5 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. War noch vor wenigen Jahren die Abwasserreinigung ein Thema vor allem der Ballungsräume, also der Städte, so sind nunmehr die Landgemeinden von der fast nicht zu finanzierenden Gegebenheit betroffen. Dies vor allem wegen der dünnen Besiedelung und den langen Kanalnetzen beziehungsweise -strängen in Streusiedlungen. Es sind daher alle Anstrengungen zu unternehmen, daß nicht nur die Landesbeiträge von 10 auf 15 Prozent erhöht werden, sondern daß der Fonds in ländlich dünn besiedelten Gebieten von Anfang an bis zu 30 Prozent Beiträge statt Darlehen leistet. Bekanntlich war ja so etwas im nachhinein nach Abrechnung theoretisch möglich, nur praktisch nicht erhalten.

Einen diesbezüglichen Antrag habe ich auch gemeinsam mit Kollegen im Landtag im März dieses Jahres eingebracht. Sehr zu begrüßen sind aus der Sicht der Gemeinden insbesondere die Initiativen unseres Umweltlandesrates Hermann Schaller, als Mitglied der Kommission die Richtlinien des Fonds in diese Richtung abzuändern. Damit wird die Realisierung dezentraler Lösungen angestrebt, die vereinfachte Bauweise bei Errichtung der Kanalisationssysteme zu wesentlichen Kostenreduzierungen, denn es passiert heute unter Umständen folgendes, daß nämlich unter Ausnützung der Förderungsmittel bei Beibehaltung dieses Systems und der starren Bestimmungen unter Umständen teurer gebaut wird, als wenn einer auf alles verzichtet und einfachere Wege beschreitet und auf die Förderung verzichtet und dennoch billiger bauen kann, sowie die Neufinanzierung durch Angleichung der Förderungsmaßnahmen.

Die steirischen Gemeinden hoffen sehr, daß die von Landesrat Dipl.-Ing. Schaller initiierte Novelle des Wasserbautenförderungsgesetzes möglichst bald beschlossen wird, Herr Landesrat, denn die derzeit gültige Förderung und die starren Vorschriften sind kein geeignetes Instrument, entsprechende Abwasserreinigungsanlagen mit zumutbaren Kosten für die Bevölkerung und damit auch für die Gemeinden im ländlichen Raum zu errichten.

Ich sagte es schon: Es kann doch sicherlich nicht der Sinn sein, daß bei Umgehung der Förderungsrichtlinien und sparsamer Bauweise und weniger bürokratischen Vorgängen unter Umständen billiger gebaut werden kann als unter Ausnützung aller dieser Umstände.

Ich glaube daher, daß wir alle zusammen diese Maßnahmen unseres Landesrates, sowohl was das Land mit dem erhöhten Beitrag von 10 auf 15 Prozent betrifft, ganz besonders aber, was die neuen Richtlinien des Fonds betrifft, durch eine direkte Beitragsleistung von Anfang an in begründeten Fällen, unterstützen müssen.

Und ich bitte unseren Umweltanwalt sehr, seine Bemühungen in dieser Richtung nicht erlahmen zu lassen, sondern weiterhin um eine baldige positive Verwirklichung auch beim Fonds in Wien Sorge zu tragen. (Beifall bei der ÖVP. – 20.05 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Günther Ofner das Wort.

Abg. Günther Ofner (20.05 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine geschätzten Damen und Herren!

Kollege Kröll hat es schon erwähnt, daß die Landesregierung mit Beschluß vom 22. November 1982 die Landesförderung für die Abwasserbeseitigung von 30 Prozent auf 10 Prozent gekürzt hat. Die damalige Begründung war, daß zu hohe Zahlungsrückstände beziehungsweise Schulden an die Gemeinden und an die Wasserverbände vorhanden waren. Daß dies ein sehr harter Schlag für die Gemeinden und für die Verbände, vor allem aber für den Umweltschutz war, das brauche ich wohl nicht besonders zu erwähnen. Man stellte damals jedoch in Aussicht, daß nach Abbau dieser Zahlungsrückstände wieder eine höhere Landesförderung eingeführt werden wird.

Mehrere Anträge, meine geschätzten Damen und Herren, wurden in diesen Jahren von mir, aber auch von meinen Kollegen, also von der sozialistischen Fraktion, gemacht – leider bis jetzt ohne Erfolg. Immer wieder redete man sich auf das neue Abwasserwirtschaftsgesetz aus, das schon vor längerer Zeit hätte kommen sollen, leider bis heute nicht im Landtag ist. In der Vorlage wird wohl auf die Belastungen der Gemeinden in der Abwasserentsorgung hingewiesen, die vor allem durch das Raumordnungsgesetz entstehen. Doch man stellt sich die Frage: Was geschieht? Bis jetzt keine Erhöhung, keine größere Hilfe. Man ist sehr schnell, wenn es darum geht, den Gemeinden neue und harte Umweltauflagen zu diktieren und vorzuschreiben, vor allem über das Raumordnungsgesetz. Man macht sich scheinbar aber sehr wenig Gedanken, wie die Gemeinden diese Aufgabe finanzieren können. Vor allem ist der ländliche Bereich der besonders betroffene, da es durchwegs nur eine geringe Anschlußdichte gibt. Wie wichtig und wie notwendig eine höhere Förderung wäre, kann man schon daraus ersehen, wie viele Petitionen in letzter Zeit im Landtag eingebracht wurden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn in der Vorlage behauptet wird, daß die Hauptbelastung bei den Folgekosten durch die Anwendung des Fondsdarlehens entsteht, so ist das sicherlich richtig. Es wäre daher wirklich – und Kollege Kröll hat das ja auch schon gesagt – notwendig, daß eine Verbesserung der Förderungsbedingungen beim Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds erreicht wird. Vor allem müßte es aber auch dort einen nichtrückzahlbaren Beitrag geben. Diese Forderung, meine geschätzten Damen und Herren, wurde sehr deutlich am österreichischen Gemeindetag in Klagenfurt im Vorjahr gestellt. Frau Minister Flemming war bis jetzt lediglich bereit, einen Arbeitsausschuß zu installieren, nicht aber war sie bereit, den Gemeindebund, der ja letztlich die Vertretung der Gemeinden ist, in diesen Arbeitskreis aufzunehmen. Daß die Enttäuschung der Gemeinden über die Haltung der Frau Minister groß ist, kann daher wohl jeder verstehen. Aber das Verhalten, meine geschätzten Damen und Herren, von Frau Minister Flemming ist ja bekannt: Große Ankündigungen und Versprechungen, jedoch nichts halten! (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das ist deine Art!“) Das ist nicht meine Art. Da kann man sich überall davon überzeugen, daß sie große Ankündigungen im Fernsehen macht, diese aber letztlich nicht verwirklicht werden, meine lieben Kollegen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Wenn man an die Vorgänger denkt, muß man sagen großartig!“) Großartig, was sie alles verspricht.

Meine Damen und Herren, das Land Steiermark sollte daher wirklich mit aller Deutlichkeit diese Forderung beim Bund durchsetzen. Ungeachtet dessen aber erwarte ich natürlich auch von Ihnen, sehr geehrter Herr Landesrat, eine Erhöhung des Landesbeitrages von 10 auf 15 Prozent, und zwar für alle Gemeinden und vor allem für die im ländlichen Bereich. Diese Forderung ist einfach notwendig und berechtigt. Sollte das nicht bald geschehen, würde die Entsiedelung des ländlichen Raumes noch rascher erfolgen als es schon jetzt der Fall ist. Das trifft vor allem bei der Baulandausweisung im besonderen Maße zu.

Auch das Trinkwasser beziehungsweise das Grundwasser, das in vielen Gemeinden noch gut ist, wäre natürlich auch gefährdet. Das, Herr Landesrat, wollen sicherlich auch Sie nicht.

Meine geschätzten Damen und Herren, am Sonntag hat die steirische Bevölkerung über die Umweltfragen entschieden. In der Frage 2a wurde mit 81 Prozent entschieden, daß ein Prozent in der Landesverwaltung für den Umweltschutz eingespart werden sollte. Damit, Herr Landesrat, wäre schon ein beträchtlicher Teil der erforderlichen Mittel für eine Erhöhung von 10 auf 15 Prozent vorhanden. Sauberes Wasser ist unsere Lebensgrundlage. Nur ordnungsgemäße Kanalisationsanlagen und Reinigungsanlagen können dafür sorgen. Dazu brauchen die Gemeinden und Verbände aber die erforderlichen Mittel. Und um diese ersuche ich. (Beifall bei der SPÖ. – 20.11 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Heibl das Wort.

Abg. Heibl (20.11 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Das in Aussicht gestellte Abwasserwirtschaftsgesetz mit dem Ziel, die Abwasserbeseitigung und Abwasserreinigung effizienter und umweltfreundlicher zu gestalten, setzt meiner Meinung nach, um das ganze auch noch finanzierbar zu machen, auch meine beiden Vorredner sind der gleichen Meinung, eine zusätzliche und bessere Förderung von Bund und Land voraus. Je schwieriger die Grundwasserprobleme werden, und das ist der Fall, umso notwendiger und umso wichtiger wird es, flächendeckend und vor allem hochwertige Kanalisationsanlagen und natürlich auch Kläranlagen zu bauen. Was natürlich nicht bedeutet, daß die unbedingt sehr groß sein müssen. Dezentralisierung, wie der Herr Kröll das gesagt hat, ist sicher ein guter Maßstab. Dezentralisierung kann bedeuten kürzere Kanallängen, kann bedeuten bessere Künettenführung und letztendlich natürlich umweltfreundlicher sein und auch billiger, womit, meine Damen und Herren, aber auch die Gemeinden vor der großen Frage stehen, wohin mit dem vielen Klärschlamm. Sie wissen, ab 1. Jänner 1991 darf zum Beispiel in den Schongebieten der Klärschlamm überhaupt nicht mehr ausgebracht werden. Und außerdem bleibt uns ja dann nur mehr die Deponierung übrig. Und genau diese Deponierung wird immer teurer. Sie ist in den letzten drei Jahren etwa um 300 Prozent gestiegen, zumindest in der Deponie Halbenrain. Wir können auch nur dann den Klärschlamm dort anbringen, wenn er einen Mindestfestgehalt von 35 Prozent hat, was wiederum nur erreichbar ist durch mechanisches Pressen. Sonst wird dieser Klärschlamm überhaupt nicht angenommen. Ob wir beim Bau von Kläranlagen, Kanalisationsanlagen von der prozentmäßigen Förderung abgehen sollten oder nicht, hin zu Fixbeträgen, hat meiner Meinung nach Vorteile und auch Nachteile. Und wenn wir uns für Fixbeträge entschließen, dann warne ich auch davor, daß sehr viele Gemeinden oder in zunehmendem Maße vor allem kleine Gemeinden hergehen werden und versuchen werden, in Eigenregie und ganz selbständig ihre Kanalisationsanlagen zu bauen, um ja recht billig zu sein, ohne ein Fachpersonal zu besitzen, ohne die Sicherheitsvorkehrungen einzuhalten

ten oder nur gering, den privaten Anbietern, sprich Baufirmen, ist das alles vorgeschrieben, und die werden auch kontrolliert durch das Arbeitsinspektorat, ohne eine dafür notwendige Konzession zu besitzen. Wenn das jemand anders als eine Gemeinde machen würde, würde man von Pusch sprechen und wahrscheinlich sogar strafrechtlich verfolgt werden. Ob dann die Qualität den geforderten Normen in unserem Lande entspricht und das ungeklärte Wasser auch zu 100 Prozent wirklich an der Klärstelle einlangt, ist eine offene Frage. Ich glaube es nicht. Ich möchte aber auch hinzufügen, meine Damen und Herren, daß gerade beim Kanalbau die meisten Arbeitsunfälle mit tödlichem Ausgang passieren, weil selbst die Profis diese große Gefahr unterschätzen und es ein bißchen auf die leichte Schulter nehmen. Auch das möchte ich gesagt haben.

Und, Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, Sie haben bei der letzten Umwelt-Ausschußsitzung gesagt und ein Beispiel gebracht, wo eine weststeirische Gemeinde bei Angebotseröffnung – der Billigstbieter hat damals den Laufmeter Kanal mit 2500 Schilling angeboten – sich jemanden aussuchte, der dieselbe Arbeit um 400 Schilling angeboten hat und auch ausgeführt hat. Dieser Fall muß eine ähnliche Vorgeschichte haben, wie ich es vorgetragen habe, oder ich kenne mich nicht mehr aus, weil wir betreten hier ja kein Neuland. Die ortsüblichen und auch die landesüblichen Laufmeterpreise sind ja überall bekannt. Sie sind den Gemeinden bekannt, sie sind der Landesregierung bekannt, und sie sind auch den Zivilingenieuren bekannt. Wir haben hier einfach kein Neuland. Sollte es vorkommen, daß Baufirmen überhöht anbieten, so haben wir immer noch die Möglichkeit, neu auszuschreiben. Das hätte ich gerne dazugesagt. Wichtig wäre aber auch in dieser ganzen Sache, und wenn wir schon dabei sind, ein neues Abwasserwirtschaftsgesetz zu machen, ob wir nicht die Zeit zwischen Ausschreibung und Vergabe verkürzen könnten. Derzeit beträgt diese Zeit etwa vier Monate. Ich war selber fünf Jahre lang Kassier eines Abwasserverbandes und kann Ihnen sagen, wie das etwa vor sich geht. Nach erfolgter Ausschreibung werden diese Angebote in der Baubezirksleitung eröffnet, da werden sie das erste Mal geprüft. Von dort gehen sie zum jeweiligen Zivilingenieur, werden noch einmal überprüft. Vom Zivilingenieur gehen die Angebote dann in die Gemeinde oder zum jeweiligen Abwasserverband zur Entscheidung, und vom Abwasserverband gehen dann die Angebote wieder zurück in die Baubezirksleitung zur nochmaligen Überprüfung. Und die Baubezirksleitung schickt dann die Angebote zur Fachabteilung IIIc der Landesbaudirektion, wo endgültig überprüft wird und die Vergabe erfolgt. Ich glaube, daß es hier Erleichterungen geben müßte und daher rascheres Handeln auch in dieser Richtung möglich wäre. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich bin auch überzeugt, daß eine bessere Klärung der Abwässer für unser ganzes Land von großer Bedeutung ist. Und wenn wir nicht zusätzliche Förderungen erhalten, so wird es sicher nicht möglich sein, die technischen und umweltbedingten Auflagen, die laufend an die Abwasserverbände und Gemeinden herangetragen werden, finanziell zu tragen. Die Gemeinden sind

sicherlich finanziell überfordert. Ich ersuche daher um Zustimmung für diesen Antrag. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 20.19 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (20.19 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe heute gehört, daß die Politiker eben ersuchen, daß die Abwasserentsorgung seitens des Bundes und auch seitens des Landes natürlich besser gefördert wird. Ich möchte Ihnen aber heute hier einmal ein bißchen von den Hintergründen dieser doch fast schon berühmt-berüchtigten Abwasserpolitik, wie sie immer noch und seit Jahren die Gemeindegeldbeutel überlastet hat, ein bißchen erzählen. Grundsätzlich ist die Abwasserpolitik beziehungsweise die Abwasserentsorgung im städtischen und ländlichen Raum nicht gleich zu behandeln. Während im kommunalen Raum großtechnische Anlagen notwendig sind, weil auch die Fläche für dezentrale Lösungen fehlt, spielt sich das im ländlichen Raum meiner Meinung nach ganz anders ab. Und zwar ist dort die Möglichkeit und die Chance, die Abwässer, vor allem die häuslichen Abwässer, getrennt und dezentral zu entsorgen und auch gleich die richtigen Schritte in Richtung Klärschlamm Entsorgung zu setzen. Das Klärschlammproblem ist, wie ein Kollege von mir gesagt hat, ein bisher nicht gelöstes Problem. Die Deponierungskosten steigen gigantisch. Eine 300prozentige Steigerung, und es ist noch nicht abzusehen, wo diese Kosten landen werden. Allein wenn man einen Kubikmeter Klärschlamm in Halbenrain deponiert, kostet das derzeit etwa 1200 Schilling zusätzlich zu den Transportkosten. Ich bin grundsätzlich der Ansicht, daß die Planungsstrategie heute wichtiger ist denn je, vor allem im ländlichen Raum, und daß sich langsam aber sicher die dezentralen Lösungen gegenüber den zentralen Großlösungen durchsetzen, denn bei dezentralen hat man die Chance, den Klärschlamm in der Landwirtschaft zur Entsorgung zu bringen, sprich, es gibt vom Österreichischen Wasserwirtschaftsverband Untersuchungen und Auswertungen, die sogar direkt anregen – würde ich sagen –, den häuslichen Schlamm gemeinsam mit der Gülle der Landwirtschaft als Dünger zu verwerten, damit die Struktur des Bodens zu verbessern, den Bodenkörper, und damit auch den besten und effizientesten Grundwasserschutz zu garantieren. Denn alles, was im Boden in Biomasse abgearbeitet wird, das nicht in das Grundwasser gelangt, ist praktizierter Gewässerschutz und damit auch in Richtung unserer ökologischen Interessen.

Sicher hat man auch seitens des Bundesgesetzgebers zu sorgen, daß gewisse Chemikalien, die halt nicht entsorgbar sind, gar nicht in den Haushalt gelangen und gewisse Reinigungsmittel verboten werden. Denn jeder, der heute mit einem Auto ohne Bremsen fährt, ist straffällig. Jeder – meiner Meinung nach –, der eine Anlage konstruiert und plant und für die Entsorgung nichts vorsieht, nichts anzubieten hat, begeht auch eine Planung, die dem Auftraggeber über kurz oder lang nicht nur von ökologischer Seite, sondern auch von der wirtschaftlichen Seite, von den Kosten her, auf den Kopf fällt. Daher bin ich seit Jahren ein Anhänger

der dezentralen Lösungen. Der Herr Abgeordnete Buchberger – ich kann das nicht oft genug im Landtag erwähnen – hat sich damals auch mit Erfolg gegen einen Zentralanschluß an die Gleisdorfer Anlage gewehrt. Und, Herr Kollege Buchberger, ich kann heute sagen, die Kollegen in Kumberg wären froh, wenn sie niemals über 20 Kilometer nach Gleisdorf hätten anschließen müssen. Nur, wie gesagt, das war eben damals diese zentrale Strategie von irgendwelchen Hofräten, die hier geglaubt haben, mit ein paar Abwasserverbänden das Problem lösen zu können. Das Problem wurde nicht gelöst, sondern ein bisher ungelöstes Klärschlammproblem ist allen auf den Kopf gefallen. Außerdem bewirken auch die besten technischen Kläranlagen, auch wenn sie als vollbiologisch verkauft werden, nur etwa eine 30prozentige Reinigung, was die Stickstoffverbindungen betrifft – die Nitratverbindungen. Und das ist ja auch eines unserer Hauptprobleme. Es weiß jeder, daß zwischen Fluß, Vorfluter und Grundwasser eine Kommunikation ist. Wenn man diese Strategie der rein technischen Kläranlage – und ich sage immer wieder: klären heißt nicht reinigen; klären heißt zu 30 Prozent reinigen, wir müssen aber heute zu einer effizienten Reinigung kommen – weiterhin verfolgt und Flüsse und Bäche als flüssige Müllabfuhr verwendet, dann darf es uns alle nicht wundern – das ist bitte auch europäisch gedacht, das ist jetzt nicht nur auf die Steiermark bezogen –, daß dann die Meere – sei es die Adria, sei es das Schwarze Meer – eutrophieren, mit Stickstoff- und Phosphorverbindungen überdüngt werden – sicher auch anderer Chemie, die aus Industrie und Gewerbe stammt – und daß diese Meere, sozusagen die ökologischen Lebensfelder unserer Erde – denn von der Wasserverdunstung, vom Sauerstoffgehalt der Meere hängt auch die ganze Verdunstung ab –, über Nacht sterben. Durch Überdüngung kommt es zum Sauerstoffschwund, und über Nacht erstickt das Leben in den Meeren.

Wir haben Professoren aus Rußland da gehabt, die die gleichen Probleme haben wie an der Adria, und wir müssen also in der heutigen Phase von der Klärung zur Reinigung kommen. Und hier bieten sich eben Möglichkeiten im ländlichen Raum direkt an, und wenn man sagt: „Na ja, gut, das ist nur eine kleine Siedlung“ und „das ist eine kleine Siedlung“ und so weiter – auch das Integral über die Siedlungen macht dann etwa 50 Prozent der Bevölkerung bitte aus, denn 50 Prozent der steirischen, österreichischen und europäischen Bevölkerung leben eben im ländlichen Raum. Daher ist damit die Möglichkeit gegeben, hier einmal sinnvoll anzufangen.

Ich möchte auch erwähnen, daß sich in steirischen Gemeinden eine sehr breite Diskussion abspielt, bitte, bis zu Petitionen an den Landtag, daß sie durch diese ihnen durch Großplanungen, durch unwirtschaftliche Planungen entstandenen Kosten praktisch handlungsunfähig werden und daß sie gemeindepolitisch in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen, vor allem was die ständigen Rückzahlungskosten und die Benützungskosten betrifft.

Ich möchte auch hier erwähnen, daß es durch unsere Mitarbeit in den Gemeinden und die entstandene Diskussion gelungen ist, allein mit dezentralen Lösungen die Kosten wesentlich einzusparen, wesent-

lich zu senken, und ich möchte das erwähnen, was der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller im Wasserwirtschaftsfonds erzählt hat und das auch vollinhaltlich zutrifft: Daß nämlich allein in der Gemeinde Ungerdorf – bitte, eine Gemeinde, die direkt vor Gleisdorf ist – durch eine dezentrale Lösung ein 13-Millionen-Projekt auf 5,9 Millionen Schilling gesenkt werden konnte. Das ist eine Reduzierung von etwa 55 bis 60 Prozent, und genau in dieser Größenordnung liegt der Unterschied zwischen zentralen Kanalisierungen mit ungelösten Problemen bei Großkläranlagen und dezentralen überschaubaren Lösungen. Und daher würde ich die Politiker dieses Landes nicht motivieren, sich unbedingt an die Leute des Wasserwirtschaftsfonds in Bittstellung zu bewegen und diese Leute dort zu bitten: „Gebt mehr Geld her“, sondern schon mit eigener Gehirnenergie zu versuchen, daß mit dem Budget, das da ist, mit einer wesentlichen Reduzierung der Kosten a) bei gleichem Budget besser gefördert werden kann und b) die Langzeitkosten, sprich Benützungskosten, dieses ganzen Anlagensystems reduziert werden können, wobei für uns das Problem, die Frage der Klärschlammentsorgung, dann fast bedeutungslos wird.

In dem Sinne wehren wir uns natürlich auch, daß man heute bei Zentralkläranlagen noch eigene Stufen für den sogenannten Grubendienst dazubaut. Ich muß Ihnen eines sagen: Ein angefaultes Abwasser reagiert anders als ein frisches, und diese sogenannten Anlagen bringen bestenfalls eine 30prozentige Klärwirkung, was die Stickstoffverbindungen betrifft. In Richtung Phosphat bräuchte man eigene Phosphatfällungsstufen, die natürlich dann wieder Klärschlamm erzeugen. Wieder Schlamm, wieder: Wohin damit? Wieder Deponie, wieder Raum, der sozusagen verlorengeht, und daher ist es unserer Meinung nach einfach an der Zeit, kombinierte Anlagen im ländlichen Bereich zu finanzieren und direkt von der Planung her zu fordern und zu verlangen.

Wir sind auch so weit, daß wir sagen: Warum soll nicht in einer Gemeinde auch wie bei den Architekten ein freier Wettbewerb sein? Wer die beste Möglichkeit liefert, die beste Variante liefert, sollte den Zuschlag bekommen. Freier Wettbewerb auch unter den Ziviltechnikern, wie schon seit Jahren unter den Architekten.

In dem Sinne möchte ich auch auf den Umwelt-schutzbericht des Landes Steiermark verweisen. Wir kennen heute kombinierte Anlagen, wo der beste Techniker, sprich die beste Umweltschutztechnik, und das, was man Pflanzenanlage nennt, kombiniert überall verwendet werden kann, denn das Wasser, das hier entsteht, das hier aus dieser Anlage herauskommt, ist tatsächlich gereinigt. Ich könnte Ihnen einen Fall zeigen, wo der Ablauf aus so einer Pflanzenanlage wieder als Brauchwasser im Haushalt verwendet wird, speziell für die WC-Spülung. Und das nennen wir dann geschlossenen Kreislauf, wir nennen das dann Wasser sparen, und wir nennen das dann eine sogenannte eigene Brauchwasserversorgung. Diese Utopie ist heute Realität, diese Utopie hat den Mann 10.000,- Schilling an Material gekostet, und diese Utopie müßte vor allem für landwirtschaftliche Anwesen Verwendung finden, nicht unbedingt bis zur WC-Spülung bitte, weil Landwirte oft genug Wasser haben,

aber wenn's möglich ist, auch so weit. Ich bin daher strikt gegen eine Kanalanschlußverpflichtung von landwirtschaftlichen Anwesen, denn die landwirtschaftlichen Anwesen, den die landwirtschaftlichen Flächen und die Zusammenarbeit mit den Landwirten sind die einzige Chance, das Klärschlammproblem auf ökologische Art und Weise zu lösen. Und daher bin ich nicht gerade sehr erbaut, wenn durch die Anwendung des Kanalgesetzes durch eine rigorose Handhabung seitens irgendwelcher Landesbeamter, die ja Gott sei Dank auch jetzt schon umdenken, diese gesetzliche Grundlage über den Gemeinderat vollzogen wird und die Gemeinderäte sagen, das ist uns vom Land vorgeschrieben, daß die Landwirte entweder an den Kanal anschließen oder natürlich in logischer Schlußfolgerung auch an den sogenannten Grubendienst, der ja durch Beschluß der Landesregierung und Änderung oder Verordnung des Raumordnungsgesetzes, sprich im Raumordnungsgesetz verankert wurde. Ich glaube, der Grubendienst ist nicht notwendig, wenn man solche Projekte einmal sieht. Wir wissen, daß jene Leute, Landwirte vor allem, überhaupt Umweltbewußtsein, gar nicht kontrolliert werden müssen wie kommunale Anlagen. Es genügt, wenn man alle Monate einmal hinschaut auf diese Merkstreifen, ob die Anlage von den gelösten Nährstoffen her in Ordnung ist. Daß solche Anlagen geruchfrei sind und ganzjährig funktionieren, steht ohnedies fest. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß im Umweltschutzbericht 1989 festgestellt wurde, daß unsere Anlage in Weinitzen, die Pflanzenanlage, die der Kollege Buchberger – glaube ich – schon x-mal mit Gemeindevertretern angeschaut hat, daß die ganzjährig die Reinigungsleistung vollbringt, und das ist genau das, was wir uns vorstellen. Sicher steht auch drinnen, daß eine große Anzahl von Anlagen, sprich die meisten anderen, diese Reinigungsleistung nicht erreichen. Das bedeutet im Klartext, daß auch jene Anlagen konstruktiv geplant werden müssen. Es geht nicht, daß man einen relativ steil geneigten Lehmacker einfach mit Schilf bepflanzt und sagt, es wird schon werden – wie in St. Stefan. Das sind Probleme, die der Bürgermeister Ninaus ja selbst miterlebt hat. Es geht eben nicht, daß man eben Rollschotter reinhaut und sagt, es wird einmal ein Biotop werden – wie in Riegersburg. Diese Anlagen sind meiner Meinung nach konstruktiv nicht so geplant, daß die naturähnlichen Verhältnisse zum Greifen kommen. Ich bin gerne bereit, ich habe auch mit Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller gesprochen, daß wir uns demnächst einmal im Zuge dieses neuen Wasserwirtschaftsgesetzes zusammensetzen und daß wir diese Erfahrungswerte einmal in Form eines Seminars weitergeben und daß wir einmal auf diese Erfahrungswerte zurückgreifen, denn ich persönlich bin überzeugt, daß das von damals noch, vor zehn Jahren, mit sehr viel Gefühl und Intuition geplant, eben die einzige Anlage ist, die tatsächlich voll entspricht. Ich weiß aber heute, daß man auch bei dieser Anlage noch Dinge konstruktiv verbessern kann. Und daher freut es uns, daß es auch in unserer Gemeinde gelungen ist, eine kombinierte Anlage nicht nur wasserrechtlich zu bewilligen, sondern die regulär von Land und Bund gefördert wurde, und zwar eine Kombination einer technischen Kläranlage und einer Pflanzenreinigungsstufe mit einer Fläche von zwei Quadratmeter pro Einwohner. Wir schaffen damit Ersatzbio-

tope, wir schaffen damit Rückzugsgebiete für bedrohte Tierarten, der Laubfrosch, die Ringelnatter, der Zaunkönig, Libellen werden wieder bei uns heimisch, haben Rückzugsgebiete. Wir schaffen als Ausgleich zu ausgeräumten Talschaften, wo durch Meliorationen großteils eben die Biotope erledigt wurden, wieder Ersatzbiotope. Das ist auch für das Kleinklima, für die Verdunstung sehr positiv. Ich möchte auch eines, was wir klar gemessen haben, in der Kombination, im Einsatz von Pflanzenanlagen, eines klar herausstellen, die Röhrichtpflanzen haben eine sehr hohe Verdunstung, und das Geheimnis ist, daß sie Wasser verdunsten. Bitte, ein Binsenhalm im Sommer, an einem Sommertag verdunstet einen halben Liter Wasser pro Tag und im Winter immerhin einen Zehntelliter Wasser pro Tag. Während auf der anderen Seite umgekehrt Sauerstoff über das Röhricht in den Boden transportiert wird, und zwar mit einer Luftgeschwindigkeit bis zu einem halben Meter pro Minute. Das heißt, die Natur macht eigentlich fast das gleiche wie der Techniker. Sie bringt Sauerstoff in diesen wassergesättigten Boden, nur, die Natur kann noch etwas anderes. Während der Techniker Abwasser belüftet und die Fäulnisfähigkeit wegkommt, aber nie die Chemie herausbekommt, spricht Stickstoff- und Phosphorverbindungen, schafft die Natur wie jeder Landwirt den Umsatz dieser gelösten Nährstoffe, Phosphorverbindungen, Stickstoffverbindungen in Biomasse. Und diese Biomasse Schilf läßt sich ohne weiteres auch wieder als erneuerbare Energie verwenden und in den Kreislauf der erneuerbaren Energie wieder einsetzen.

Herr Kollege, mir war es nur einmal ein Bedürfnis zu erwähnen, warum im Umweltschutzbericht des Landes Steiermark drinnen steht, eine Anlage funktioniert ganzjährig mit bester Reinigungsleistung, die anderen Anlagen funktionieren nicht, daher ist das noch nicht Stand der Technik. Diese Schlußfolgerung kann ich nicht teilen. Die ist für mich falsch, weil sie uns wieder Jahre zurückwirft. Ich bin der Ansicht, daß wir diesen Weg von der Planung, von der Bewilligung her forcieren müssen und auch die Behördenvertreter, spricht die Sachverständigen, hier in Form von Seminaren einmal instruieren sollten und müßten. Daher bin ich sehr dankbar, wenn Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller mir einmal die Möglichkeit gibt, daß wir über dieses Thema umweltpolitisch, nicht parteipolitisch, reden. Ich glaube, meine Glaubwürdigkeit sollte hier einfach dadurch untermauert werden, daß ich eben vor zehn Jahren diese Anlage geplant habe, daß wir zehn Jahre Erfahrung haben und daß ich dieses Wissen, das auch mit öffentlichen Mitteln von Bund und Land gefördert wurde, als Forschungsanlage gerne – es ist mir ein Bedürfnis – weitergebe an alle, die in der behördlichen Bewilligung, in der Planung und auch in der politischen Arbeit der Gemeinden tätig sind. In diesem Sinne glaube ich, daß zu den derzeit vorhandenen Mitteln zur Abwasserreinigung, wenn sie aufgestockt werden, niemand nein sagen wird, weil wir das Problem in den nächsten fünf bis zehn Jahren lösen wollen. Aber auch mit einer sinnvollen Planungsstrategie, die einfach heißt „dezentrale Reinigung statt zentraler Kanalisierung“, werden wir mit den bisherigen Mitteln in der nächsten Zeit sehr viel, rasch und effizient arbeiten können. Wenn aufgestockt wird, wird niemand nein sagen. (20.38 Uhr.)

Präsident Meyer: Ich erteile dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller das Wort.

Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (20.39 Uhr): Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Ganz kurz zu einigen angeschnittenen Fragen eine Antwort. Vorausschicken möchte ich, daß man – glaube ich – das Abwasserproblem als Ganzes sehen muß. Es geht nicht darum, nur die Finanzierung auf eine neue Basis zu stellen, sondern es geht darum, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Das wird mit dem neuen Abwasserbeseitigungsgesetz versucht. Ich habe vor, es noch in dieser Legislaturperiode dem Landtag vorzulegen. Der zweite Ansatzpunkt sind Konzepte, wie man das Problem vor allem im ländlichen Raum lösen kann. Der ländliche Raum wird der Raum sein, der uns in Zukunft vor allem beschäftigen wird. Wir haben ja schon sehr oft darüber diskutiert, es ist vor allem auch eine Kostenfrage. Der dritte Punkt ist die Finanzierungsproblematik. Ich habe durchaus Verständnis, daß der eine oder andere schon ein bißchen ungeduldig wird. Aber ich glaube, man muß diesen Gesamtzusammenhang trotzdem sehen.

Ich möchte zur Finanzierungsproblematik folgendes noch einmal festhalten: Der Angelpunkt für das Finanzierungsproblem ist jene Belastung, die letztendlich herauskommt und die zumutbar sein muß. Danach wird sich das Finanzierungsinstrument zu orientieren haben. Ich bin allen Parteien dankbar, die dieses Thema in den Landtag gebracht haben. Ich bedanke mich auch beim Kollegen Kröll, der ebenfalls einen diesbezüglichen Antrag eingebracht hat. Ich möchte sagen, es gibt zwei Punkte, und darüber gibt es, glaube ich, durchaus Einvernehmen:

Erstens der Wunsch, von den 10 zu den 15 Prozent zu kommen; wir haben's teilweise bei den Schongebieten;

zweitens der Wunsch, daß die Beiträge des Bundes gemäß Paragraph 18 nicht im nachhinein, sondern im vorhinein berechnet werden.

Hier darf ich das wiederholen, was ich im Ausschuß schon gesagt habe, und, Kollege Ofner, hier bitte ich, mir das auch abzunehmen, weil ich selbst Fondskommissionsmitglied bin: Ich habe diesen Antrag eingebracht, und zwar namens der Bundesländer. Es gibt vollständiges Einvernehmen grundsätzlich auch zwischen den Parteien in dieser Frage. Nur, das ganze kann erst dann zur Anwendung kommen, wenn das Wasserbautenförderungsgesetz geändert wird. Die Novelle ist in dieser Periode nicht mehr gekommen, wir haben daher den Wunsch angemeldet.

Weil Sie früher die Frau Minister Flemming so attackiert haben: Die kann wirklich nichts dafür! Wir haben im Rahmen der Kommission eine eigene Arbeitsgruppe eingesetzt. Ich habe die Arbeitsgruppe in die Steiermark eingeladen, sie sollte gestern tagen. Wir konnten keinen Termin zustande bringen, weil wir ein fix und fertiges Konzept auf der Basis jener Punkte ausarbeiten wollen, das dann die Grundlage für ein Arbeitsübereinkommen der künftigen Regierung sein müßte, diese Frage gesetzlich zu regeln. Also, in dem Fall: Selbstverständlich gehören die Gemeinden dazu und sind auch in dieser Arbeitsgruppe dabei. Ich glaube, das ist ein Mißverständnis gewesen.

Natürlich verhehle ich nicht, daß ich im höchsten Maße an der Umweltabgabe interessiert bin, weil das in Zukunft auch ein Teil des Finanzierungssystems sein wird. Und wenn Sie diese 30 Millionen Schilling gemeint haben, so hoffe ich sehr, daß wir möglichst viel dafür bekommen. Denn eines ist klar: Mit dem bisherigen Förderungsinstrument werden wir die Fragen nicht lösen können.

Kollege Heibl, ich glaube, Sie sind ja im Prinzip auf derselben Linie zur Frage Fixbeträge – oder nicht? Ich darf Ihnen folgendes sagen: Sie haben ein Beispiel wiederholt, das ich letztes im Ausschuß zitiert habe. Es ist tatsächlich so, wie ich es Ihnen gesagt habe, es ist auch firmenmäßig durchgeführt, allerdings – und das ist, glaube ich, der springende Punkt – mache ich mir natürlich auch Gedanken, wie es das gibt, daß man dann mit einem wasserrechtlichen Bewilligungsbescheid nach den Normen, die vorgesehen sind, statt um 2000 in dem Fall um 400 Schilling bauen kann. Man wird das sicher nicht überall machen können, sondern hier liegen also gewisse Gründe im System selbst. Ich glaube, daß man das ganze überdenken muß, denn der Herr Abgeordnete Korber hat auch ein Beispiel zitiert, das aus meiner Heimatgemeinde stammt. Es ist tatsächlich so: Statt 13 Millionen hat der Bürgermeister dort um 5,9 Millionen Schilling gebaut. Und zwar war das genau jenes Beispiel, wo wir einfach gesagt haben: Eine Landgemeinde mit 500 Einwohnern 13 Millionen Schilling – das ist unfinanzierbar. Das war dann der Ausgangspunkt für diese vorläufigen Richtlinien Abwasserbeseitigung im ländlichen Raum, die ich durchgesetzt habe – auch in der Fondskommission. Und zwar haben wir an diesem Beispiel eben nachgewiesen, daß man mit einfacheren Baumethoden und mit Kostenreduktionen sehr wohl sehr viel einsparen kann. Und ich glaube, auch in diese Richtung hin müssen unsere Überlegungen gehen.

Ich bin mit Ihnen d'accord – ich komme schon darauf –, wir wollen keinen Pfusch, bitte, sondern firmenmäßig durchgeführt – völlig klar –, aber Kosteneinsparung. Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt.

Letzter Punkt, den Sie auch mit Recht, glaube ich, ein bißchen kritisch beurteilt haben, Kollege Heibl: Wir müssen versuchen, daß wir die Zeiten zwischen Ausschreibung und Vergabe verkürzen. Ich bitte um Verständnis, daß wir gerade jetzt in einer Umstellungsphase sind. Im Zusammenhang mit den Prüfungen und dem Rechnungshofbericht – Sie waren ja mit dabei – zum Grenzland Südost haben wir ja jetzt einen Teil der Agenden der Fachabteilung III c an die Baubezirksleitungen verlagert, weil wir den Weg verkürzen möchten. Wir sind gerade dabei, ein Computerprogramm aufzubauen, wo beispielsweise die Überprüfung der Ausschreibungen dann anhand von Normkosten, die EDV-mäßig erfaßt sind, sehr einfach möglich sein wird, denn ich glaube, je kürzer die Intervalle, umso schneller können wir bauen und umso billiger können wir bauen.

Letzter Punkt – und damit komme ich schon zum Ende –: Kollege Korber, ich gebe Ihnen durchaus recht, wir müssen uns auch – und das habe ich früher mit der Frage gesetzliche Rahmenbedingungen – Konzepte gemeint – selbstverständlich Gedanken machen, wie wir auch möglichst dezentral und mög-

lichst ökologisch Abwasserbeseitigung betreiben. Das, was heute immer wieder auch in anderen Diskussionen angeklungen ist, nämlich die Frage des Klärschlammes: Je dezentraler, je kleiner, umso weniger ist er ein Problem. Das sind auch Punkte, die es natürlich in Zukunft zu beachten gibt, und Sie werden sicherlich inzwischen auch gemerkt haben, daß wir gerade vom Land aus ja schon lange von den alten, großen, zentralen Systemen weg sind und in Richtung dezentrale Lösungen gehen. Ich kann nur sagen, wir haben ja gerade mit dem Koordinator der Wasserwirtschaft, Herrn Hofrat Saurer, heute einen Spitzenmann auf dem Gebiet in die Landesverwaltung bekommen, der auch Garant dafür ist, daß diese Ideen in die Wirklichkeit umgesetzt werden. (Beifall bei der ÖVP. – 20.48 Uhr.)

Präsident Meyer: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters seine Zustimmung gibt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

23. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 942/5, zum Antrag der Abgeordneten Hammer, Ussar, Schoiswohl, Schrittwieser und Genossen, betreffend die Verhängung eines Nachtfahrverbotes ab 1. Dezember 1989 auf der B 115 von Leoben bis Steyr.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kurt Hammer, dem ich das Wort erteile.

Abg. Hammer (20.49 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Zur gegenständlichen Vorlage berichtet die Steiermärkische Landesregierung:

„Wegen der geringen Verkehrsfrequenz und der Tatsache, daß seit Einführung des Lkw-Nachtfahrverbotes offensichtlich auch kein Ausweichverkehr erfolgt ist, erscheint die Verhängung eines Nachtfahrverbotes auf der B 115 nicht erforderlich.“

Die Steiermärkische Landesregierung stellt auf Grund ihres Beschlusses vom 30. April 1990 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Hammer, Ussar, Schoiswohl, Schrittwieser und Genossen, betreffend die Verhängung eines Nachtfahrverbotes ab 1. Dezember 1989 auf der B 115 von Leoben bis Steyr, wird zur Kenntnis genommen.

Ich bitte um Abstimmung. (20.50 Uhr.)

Präsident Meyer: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

24. Bericht des Sozial-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 764/3, zum Antrag der Abgeordneten Kammlander, betreffend die Erhebung des finanziellen Bedarfes von bestehenden und künftig zu errichtenden Sozialprojekten in der Steiermark sowie deren dauerhafte und angemessene Dotierung.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Alfred Spöner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Sponer (20.51 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

In dieser Vorlage wird die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert,

erstens den finanziellen Bedarf von bestehenden sowie künftig zu errichtenden Sozialprojekten in der Steiermark zu erheben und

zweitens auf Grund dieser Bedarfserhebung im ordentlichen Budget 1990 im Grundansatz 42 eine angemessene Summe für die ständige Förderung von psychosozialen und soziokulturellen Projekten vorzusehen.

Begründet wird es damit, daß seit Jahren in der Steiermark gesellschaftlich notwendige Aufgabenbereiche von Sozial-, Arbeitslosen- und Kulturprojekten übernommen werden.

Die Rechtsabteilung 9 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung erarbeitet derzeit in Ergänzung des Sozialplanes eine Bestands- beziehungsweise Bedarfsanalyse. Für den Teilbereich der Jugendwohlfahrt liegt bereits eine Bedarfsstudie, die sozialen Dienste betreffend, vor.

Im Landesbudget 1990 sind für private Wohlfahrtsorganisationen mehr Förderungsmittel als in den vergangenen Jahren veranschlagt. Es können daher für Sozialinitiativen und Sozialprojekte mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Die Vorlage wurde im Sozial-Ausschuß beraten, und namens des Sozial-Ausschusses ersuche ich um Zustimmung zu dieser Vorlage. (20.52 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander. Ich erteile es ihr.

Abg. Kammlander (20.52 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Daß mein Antrag vom Juni 1989 im Voranschlag 1990 bereits insofern berücksichtigt wurde, daß rund 4,2 Millionen Schilling mehr für soziale Aufgaben für heuer zur Verfügung stehen, ist für mich erfreulich. Immerhin konnten mit diesen Mitteln die privaten Wohlfahrtsträger und Initiativen mehr oder weniger unterstützt werden. Daß wir aber in Zukunft besonders im Bereich der Jugendwohlfahrt die Beträge erhöhen müssen, ist aus dem Bericht über die Bedarfssituation der sozialen Dienste ablesbar. Die Bezirke Leibnitz und Radkersburg weisen eine besonders hohe Arbeitslosenrate auf und liegen auch bei der Rate der Selbstmorde über dem österreichischen Durchschnitt. Der Bezirk Leibnitz ist 58 Prozent über dem Bundesdurchschnitt, wobei Österreich selbst schon an dritter Stelle in Europa liegt bei den Selbstmorden. Wirklich eine äußerst bedenkliche Situation. Bezüglich Alkoholismus nehmen die beiden Bezirke Leibnitz und Radkersburg die Negativpositionen 1 und 2 ein. Also, wenn die Südsteiermark noch immer als Zukunftsgebiet hochgelobt wird, dann müssen wir uns eigentlich fragen, warum es den Menschen, die dort wohnen, so schlecht geht oder warum sie sich das Leben nehmen oder warum sie zum Alkohol greifen. Also bitte keine Beschwichtigungen, was die Südsteiermark angeht. Woher das genau kommt, das wäre eine eigene Debatte wert, aber wir reden jetzt über Soziales. Das bedeutet, wie dem Bericht auch zu entnehmen ist, daß in vielen

Bezirken soziale Einrichtungen fehlen beziehungsweise die Sozialhilfverbände ihren Aufgaben nicht gerecht werden. Und dafür müßten die Obleute dieser Sozialhilfverbände die Verantwortung übernehmen und nicht noch extra dotiert werden. Die Diskussion um die Bezahlung der Bezirkshauptleute, Extrabehaltung, Pensionsregelungen und so weiter ist äußerst bedenklich, weil eben gerade in den Bezirken die Mittel fehlen und weil auch manche Initiativen dadurch nicht zustande gekommen sind, weil die Bezirksobleute kein Ohr dafür haben. Und die Bezirksverantwortlichen haben zusammen mit den Gemeinden zu wenig Gespür für die sozialen Bedürfnisse entwickelt und es mit der Führung von Heimen allein bewenden lassen. Die Versorgung bestimmter Gruppen, ich nenne die alleinerziehenden Mütter, die Problemfamilien mit Kindern und Jugendlichen, die Frauen in Krisen, ist in bestimmten Teilen der Steiermark als unzureichend zu qualifizieren. Und welche privaten Initiativen noch zu den bereits bestehenden rund 100, wie mir der Herr Dr. Wurzbach gesagt hat, in ihrer Arbeit zu fördern sind, wird noch zu entscheiden sein. Und fest steht jedoch, daß hier noch zu geringe Mittel zur Verfügung stehen. Die vom Jugendwohlfahrtsgesetz errechneten und vom Land aufzubringenden insgesamt 140 Millionen Schilling, also zusätzlich 57 Millionen Schilling, werden auch nicht ausreichen. Darüber hinaus wird es dann wichtig sein, daß wir in Zukunft darüber nachdenken, wo jetzt wirklich die gesellschaftlichen und sozialen und wirtschaftlichen Defizite liegen. Wir müssen auch über Wirkung und Ursache nachdenken, weil sie allein über bessere Dotierung der sozialen Töpfe zu lösen versuchen, das wird zu wenig sein.

Ich erinnere auch an den Sozialhirtenbrief der Bischöfe, die da ein moralisches Wort reden, aber ob sie wirklich auf den Grund gehen und wirklich die Ursachen anschauen, da bin ich eher skeptisch. Es wird ein Mythos weiterhin aufgebaut, daß einerseits die Arbeitswelt zwar nicht so ist, wie wir sie uns wünschen, aber andererseits die Familienwelt als Reparaturstation oder die Familie als Auffanglager für alle Probleme dann bereitstehen muß und in erster Linie dann auch wieder die Frauen diese Reparaturarbeit oder den Aufbau der Menschen, die in Krisen stecken, bewerkstelligen sollen. Ich hoffe, wir werden im nächsten Budget mehr Mittel zur Verfügung haben. Der Herr Landesrat wird sich sicher bemühen, mehr Durchsetzungskraft zu entwickeln beim Jugendwohlfahrtsgesetz. Danke (20.56 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters seine Zustimmung erteilt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

25. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 820/5, zum Antrag der Abgeordneten Göber, Dr. Rupp, Dr. Lopatka und Purr, betreffend den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) im theoretischen wie im praktischen Unterricht in den Berufsschulen der Steiermark.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Prof. DDr. Hans Steiner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prof. DDr. Steiner (20.57 Uhr): Frau Präsident! Hohes Haus!

Vom 17. Oktober 1987 liegt der Antrag der genannten Abgeordneten vor. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine Übersicht zu geben über den Stand der elektronischen Datenverarbeitung an den 26 Berufsschulen des Landes Steiermark. Es wurde nun ein umfangreicher Bericht von Seiten der Landesregierung vorgelegt, jetzt eben vom 2. April 1990. Bei diesem Bericht wird der Stand der Einrichtungen im EDV-Bereich an den Berufsschulen dargelegt. Es werden die einzelnen Berufsschulen genannt und ihre Ausstattung angeführt. Ein umfangreicher Bericht. Zum Schluß aber wird doch festgestellt, daß von 26 Landesberufsschulen drei ohne Bedarf sind, die Ausstattung im Bereich Textverarbeitung findet vor allem auf den Unterrichtsgebieten Buchhaltung, Kaufmännisches Rechnen und Kaufmännischer Schriftverkehr statt. Aber global ist feststellbar, daß die EDV zwar in fast allen Unterrichtsbereichen des steirischen Berufsschulwesens Eingang gefunden hat, aber derzeit ist noch immer ein immenser Nachholbedarf gegeben, welcher vor allem in Hinsicht auf den erforderlichen künftigen Einsatz von Mitteln des Landeshaushaltes im Rahmen der Erstellung des Landesbudgets der kommenden Jahre Berücksichtigung finden müßte. Das also der Bericht und die Aufforderung, daß das kommende Budget dem Nachholbedarf Rechnung tragen möge.

Ich stelle den Antrag auf Annahme dieser Vorlage und des Berichtes. (20.59 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Göber. Ich erteile es ihr.

Abg. Göber (20.59 Uhr): Frau Präsident! Verehrte Damen und Herren!

Einige Worte zu meinem Antrag. Was wünscht sich die Wirtschaft von den Berufsschulen? Die Wirtschaft wünscht sich, daß unsere Lehrlinge in theoretischen Kenntnissen geschult und ausgebildet werden. Sie wünscht sich, daß die Allgemeinbildung der Lehrlinge erweitert wird. Aber worum es mir heute geht, ist auch, daß die betriebliche Ausbildung durch die Berufsschule unterstützt wird. Und im besonderen geht es mir heute darum, daß die Berufsschulen auch auf den neuesten Stand der Technik geführt werden sollten, EDV-Ausstattungen notwendig sind. Aber nicht nur die Ausstattung, sondern auch die Anwendung in den Schulen. In der Vorlage wurde alles genau aufgeschlüsselt. In den 26 Berufsschulen, und zwar nach drei Gesichtspunkten, was ist derzeit vorhanden. Ich muß sagen, die Schulen sind relativ gut ausgestattet. Wichtig, sage ich noch einmal, ist nicht nur die Ausstattung, sondern daß das auch richtig von den Lehrern an die Schüler weitergegeben wird. Das heißt, daß die EDV-Anlagen auch wirklich im Einsatz sind. Und welcher Bedarf ist gegeben? Die technische Weiterentwicklung findet ja sehr rasch statt, und Lehrplanänderungen sind auch in Aussicht. So wurde auch dieser Punkt behandelt. Daraus ergibt sich, daß fast überall ein Bedarf noch gegeben ist. Ich möchte dazu sagen, fast von einem bescheidenen Bedarf wie üblich zu einem fast unbescheidenen. 1,15 Prozent der Schulen sind ohne Bedarf, das sind drei Schulen, und zwar Glein-

stätten, Aigen und Graz IV. Spitzenreiter an Wünschen ist die Schule Graz VII mit 27 EDV-Anlagen. An zweiter Stelle noch eine Grazer Schule, an dritter kommt schon Gleichenberg, nicht nur mit EDV-Geräten, sondern – soviel ich in Erfahrung bringen konnte – dort werden zusätzlich auch noch bauliche Maßnahmen gewünscht.

Ich möchte nicht alles auflisten, aber Bedarf ist vorhanden; naturgegeben mehr im gewerblichen Bereich als im kaufmännischen Bereich. Trotzdem muß ich sagen – wie ich schon eingangs erwähnt habe –, daß die Ausstattung schon relativ gut stattgefunden hat, und ich möchte mich heute im Namen der privaten Wirtschaft bei unserer Landesrätin, der zuständigen Wirtschaftslandesrätin, sehr herzlich bedanken, weil sie zur richtigen Zeit schon im Vorjahr Millionen für die Berufsschulen bereitgestellt hat, damit sie am neuesten Stand geführt werden können. Herzlichen Dank, Frau Landesrat!

Und ich ersuche gleich im Namen der Wirtschaft, daß wir gemeinsam, federführend unter der Frau Landesrat, auch im heurigen Budget Mittel dafür zur Verfügung stellen. Unsere Betriebe müssen zu Hause auf Neues sehr schnell reagieren und sich anpassen, daher kann es nur positiv sein, wenn auch die Berufsschulen Schritt halten können. Wir können nicht nur von guten Facharbeitern reden, sondern wir müssen sie auch gemeinsam, Unternehmer und Schule, ausbilden.

Dank möchte ich auch heute den Leitern unserer Berufsschulen sagen, aber auch den Lehrern dafür, daß sie sich bemühen.

Gefreut hat mich auch in den letzten Tagen, und zwar war das am 2. Juni, daß endlich auch einmal etwas Positives in der Zeitung zu lesen war. Und zwar hat da eine Umfrage bei Schulsprechern stattgefunden, und ich freue mich sehr, daß 90 Prozent der Lehrlinge mit Berufsausbildung und Schulausbildung zufrieden sind, was nicht für alle anderen Schulen gilt. Das sage ich jetzt nicht, um die anderen Schulen herabzusetzen, sondern ich freue mich, daß das in der Berufsschule möglich ist.

Schlechte Noten allerdings – und das auch von Berufsschülern – haben wir Politiker bekommen und die Parteien auch. Ich glaube, wir haben einen Nachholbedarf, und wir müssen uns sehr einsetzen, daß wir nicht nur von Lehrern und Planstellen reden, sondern daß wir mehr von Kindern und Jugendlichen reden.

Gefreut hat mich bei dieser Umfrage schon auch, alle durften den Parteien Benotungen geben, daß die Volkspartei die beste Benotung bekommen hat. Aber Sätze – daß muß ich auch sagen –, die mir ans Herz gehen, sind dort gefallen, wie zum Beispiel: „Die Politiker vertreten die Schülerinteressen viel zu wenig.“ Oder: „Den Politikern sind wir Kinder und Jugendlichen doch egal.“

Ich glaube, wir müssen gemeinsam alles dazu beitragen, daß wir da etwas ins rechte Lot bringen. Und ich sage es heute noch einmal: Wir Steirer und Österreicher sind weder sehr kinderfreundlich noch sind wir leider sehr jugendfreundlich. Ich bin der Meinung, daß die Leistungen und das Eintreten für wichtige Lebensbereiche seitens der Jugend weit positiver sind, als wir Erwachsenen das oft zugeben. Und das gilt

auch für unsere Lehrlinge. Ich meine, wir sollten der Jugendausbildung größtes Augenmerk schenken – das gilt wiederum für alle Schüler, und heute im besonderen für die Berufsschüler. Danke (Beifall bei der ÖVP. – 21.05 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

26. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 825/4, zum Antrag der Abgeordneten Harmtodt, Neuhold, Fuchs und Freitag, betreffend die Errichtung einer fünfjährigen höheren Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe in Feldbach.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Johann Neuhold. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Neuhold (21.06 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren!

Der gegenständliche Antrag wird nach wie vor damit begründet, daß es im Bundesschulzentrum Feldbach bereits eine einjährige und eine dreijährige Fachschule für wirtschaftliche Frauenberufe gibt. Auf vielseitigen Wunsch der Eltern soll an dieser Schule auch eine fünfjährige höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe geschaffen werden. In der Begründung wird angeführt, daß alle notwendigen Einrichtungen vorhanden seien, und es wäre auch nur ein geringer zusätzlicher Personalmehraufwand erforderlich.

Das Amt des Landesschulrates für Steiermark als zuständige Schulbehörde wurde um Stellungnahme ersucht. Darin wurde ausgeführt, daß die Errichtung einer höheren Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe in Feldbach im derzeitigen Schulentwicklungsprogramm nicht enthalten sei.

Der Landesschulrat führe jedoch landesweit regionsbezogene Grundlagenhebungen zur Fortschreibung des Schulentwicklungsprogrammes durch, die für Feldbach bereits eingeleitet wurden.

Das Ergebnis dieser Erhebungen wird laut Landesschulrat seinen Niederschlag in einem neuen Schulentwicklungskonzept finden, das dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport zur Genehmigung vorgelegt werden wird.

Namens des Volksbildungs-Ausschusses bitte ich um Kenntnisnahme dieses Berichtes. (21.07 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Freitag. Ich erteile es ihm.

Abg. Freitag (21.07 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich darf in gebotener Kürze zu dieser Vorlage Stellung nehmen, und im Sinne der Arbeitsteilung des Bezirkes Feldbach, nachdem der Kollege Neuhold der Berichterstatter war, darf ich kurz als Redner hier ein paar Dinge zu dieser Problematik ausführen. Zur Vorlage selbst gibt es ja an und für sich nichts zu sagen. Die Überschrift ist richtig: „betreffend die Errichtung einer fünfjährigen höheren Lehranstalt für wirtschaft-

liche Berufe in Feldbach“. Ich sage das deswegen, weil es dann im Text immer wieder heißt „für wirtschaftliche Frauenberufe“, und dieser Terminus ist ja Gott sei Dank gefallen. Es heißt also richtig: „für wirtschaftliche Berufe in Feldbach“.

Bereits am 2. Juni 1987 haben die Abgeordneten Harmtodt, Neuhold, Fuchs und ich einen gemeinsamen Antrag, betreffend die Errichtung dieser fünfjährigen höheren Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe in Feldbach, eingebracht, der auch am 15. März 1988 im Volksbildungs-Ausschuß vorerst nur als Zwischenbericht zur Kenntnis genommen wurde. Damals wurde seitens des Landesschulrates für Steiermark ausgeführt, daß derzeit keine Ausweitung möglich sei, und es muß auch auf den Schülerrückgang infolge sinkender Geburtenzahlen und auch auf die benachbarten Schulstandorte Rücksicht genommen werden. Ein neuerlicher Antrag der vorhin genannten Abgeordneten wurde daher am 17. Oktober 1989 eingebracht, der heute hier als Vorlage zur Behandlung kommt. Unser zweimaliger Vorstoß kommt aus einem dringenden und vielseitigen Bedürfnis der Bevölkerung heraus, und es würde die Einführung dieses Fachschultyps mit Maturaabschluß nur geringe Veränderungen notwendig machen, da alle dafür notwendigen Einrichtungen bereits vorhanden sind. Auch die Lehrkräfte sind bis auf wenige Ausnahmen vorhanden. Eine Unterschriftenaktion hat bereits über 4000 Unterschriften erbracht. Am 5. Februar 1990 fand beim Landesschulrat für Steiermark eine Besprechung mit allen Direktoren des Bundesschulzentrums Feldbach statt, und es wurde dabei die Aufforderung gerichtet, über die Schülereinzugsgebiete, die verkehrstechnischen Gegebenheiten und die Entwicklung der Geburtenzahlen beziehungsweise der für den Besuch einer höheren Schule in den nächsten zehn Jahren in Frage kommenden 14jährigen Schüler zu erheben.

Seitens des Landesschulrates für Steiermark wird auch – und das ist auch aus der Vorlage ersichtlich – eine landesweite regionsbezogene Grundlagenhebung für ein neues steirisches Schulentwicklungskonzept, welches dann dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport zur Genehmigung vorgelegt werden soll, durchgeführt.

Mir ist vollkommen klar, daß diese Erhebungen noch geraume Zeit in Anspruch nehmen werden, doch möchte ich heute eben aus gegebenem Anlaß auf die Dringlichkeit und auf die Bedürfnisse unserer Grenzlandbevölkerung hinweisen.

Ich ersuche daher abschließend im Namen der Abgeordneten Harmtodt, Neuhold, Fuchs und Freitag die Steiermärkische Landesregierung und auch den Landesschulrat für Steiermark, diesem wichtigen Anliegen, nämlich der Errichtung einer Schwerpunktschule mit allen Fachtypen, positiv gegenüberzutreten. (Beifall bei der SPÖ. – 21.10 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander. Sie ist nicht im Haus?

Abg. Kammlander: Ich verzichte!

Präsident Dr. Kalnoky: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag

des Herrn Berichtstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

27. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 843/1, der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend die Durchführung einer Volksbefragung gemäß Paragraph 82 ff. Steiermärkisches Volksrechtsgesetz über die Zwangsmitgliedschaft in der steirischen Landwirtschafts- und Landarbeiterkammer.

Berichtstatter ist der Herr Abgeordnete Neuhold. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Neuhold (21.11 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Damen und Herren!

Zu diesem Antrag zitiere ich den mündlichen Bericht Nummer 51, der lautet:

Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß hat in den Sitzungen vom 27. März 1990 und 29. Mai 1990 über den Antrag, Einl.-Zahl 843/1, der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend die Durchführung einer Volksbefragung gemäß Paragraph 82 ff. Steiermärkisches Volksrechtsgesetz über die Zwangsmitgliedschaft in der steirischen Landwirtschafts- und Landarbeiterkammer beraten. Hinzufügen darf ich, daß inzwischen, datiert mit 14. Mai 1990, auch eine Stellungnahme des Verfassungsdienstes an den genannten Ausschuß erfolgte.

Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß stellt sohin den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Antrag der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend die Durchführung einer Volksbefragung gemäß Paragraph 82 ff. Steiermärkisches Volksrechtsgesetz über die Zwangsmitgliedschaft in der steirischen Landwirtschafts- und Landarbeiterkammer, wird abgelehnt. (21.12 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Rader (21.12 Uhr): Frau Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Ich wollte eigentlich angesichts des Zeitpunktes zu dieser Angelegenheit heute nichts mehr sagen. Nachdem allerdings das Interesse des Hohen Hauses wirklich gesteigert war und die wesentlichen Abgeordneten plötzlich doch wieder ihre Bänke bevölkern, glaube ich, daß Sie ein Anrecht haben, zumindest einige Anmerkungen zu diesem Beschluß, den Sie jetzt fassen werden, zu hören. (Abg. Dr. Maitz: „Ich werde bereichert hinausgehen!“) Ich weiß nicht, ob du bereichert hinausgehen wirst, lieber Karl. Tatsache ist, daß Sie erstens mit diesem Beschluß das Thema nicht vom Tisch haben werden. Sie haben es geschafft, mit einem Verfassungsdienstgutachten, die ja in den letzten Zeiten wirklich recht schnell zur Hand sind, womit ich nichts über ihre Qualität sagen möchte, diese Anmerkungen werde ich mir für später vorbehalten, wo es höhere öffentliche Aufmerksamkeit geben wird, jedenfalls mit einem Verfassungsdienstgutachten nachweisen wollen, daß diese Volksbefragung nicht

möglich ist. Sie wissen, daß das falsch ist. Sie wissen, daß Ihre Form der Volksbefragungen in der Zwischenzeit die gebührende Antwort bekommen hat. Am vergangenen Sonntag haben über 82 Prozent der steirischen Landesbürger Ihnen das Götz-Zitat gesagt. Sie werden damit im Endeffekt nichts anfangen können. (Abg. Ing. Stoisser: „Hast du das gehört?“) Du kannst! Nein, nicht das vom Alexander, sondern das wirkliche aus der Literatur. Über 82 Prozent der steirischen Bevölkerung haben Ihnen für Ihre Form der Volksbefragungen das Götz-Zitat überreicht. Sie werden damit nichts anfangen können.

Und die Tatsache, daß der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, ein an sich recht eifriger Politiker, der sich einliest, bevor er redet, nicht einmal den Unterschied zwischen einer Volksbefragung und einem Volksbegehren kennt, zeigt, wie Sie mit diesen direktdemokratischen politischen Mitteln auf Kriegsfuß stehen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Ich brauche Ihre Belehrung nicht!“) Herr Landesrat, das war Ihr Einwand, nicht meiner. Das war Ihr Einwand und nicht meiner. Ich kenne nämlich den Unterschied zwischen einem Volksbegehren und einer Volksbefragung. (Abg. Ing. Stoisser: „Kommen wir zur Sache!“) Ich will ja materiell gar nichts reden darüber, aber ihr wollt unbedingt eine Debatte haben. Führen wir sie doch fort. Tatsache ist – kommen wir zur Sache, wirklich, Herr Präsident –, Tatsache ist, daß in Wahrheit, wenn Sie über diese Frage die beantragte Volksbefragung abgeführt hätten, Sie viel, viel mehr Beteiligung gehabt hätten. Tatsache ist, daß es um ein Problem geht, lieber Präsident Ing. Stoisser, das tiefer greift, als ihr jemals zur Kenntnis nehmen wollt. Und es gibt schon einige bei euch, die es sehr genau wissen. Und es gibt – und das anerkenne ich mit aller Offenheit – einige, die bereits schon darüber reden, wie etwa Kollege Schützenhöfer, der in der letzten Sitzung des Landtages in einer wirklich sehr beeindruckenden Wortmeldung angeregt hat, doch darüber nachzudenken ob man nicht in einem Irrtum beharrt, der sich langfristig positiv für niemanden, weder in diesem Hause noch überhaupt in der Politik, auswirken wird. Ich weiß das aus persönlichen Gesprächen, daß es viel mehr Mitarbeiter und Mandatäre von euch gibt und auch von euch gibt, die dieses Thema schon viel anders behandeln, als es in der offiziellen Abstimmungsmaschinerie in diesen Tagen behandelt werden muß. Ich verstehe! Ihr habt den Klubzwang, ihr habt eine überzeugte Meinung in dieser Frage, daher werdet ihr diesen Antrag niederstimmen. Ihr werdet nicht zum letzten Mal euch damit beschäftigen müssen. Das ist die nüchterne Realität. Ich habe nicht die Absicht, mich um 21.15 Uhr noch lang materiell mit diesen Dingen zu beschäftigen. Wir werden in den nächsten Monaten noch einige Möglichkeiten haben, nur, mir ist aufgefallen in den ganzen Monaten, in denen wir verhandelt haben – (Abg. Grillitsch: „Wir brauchen keine Belehrungen!“) Lieber Kollege Grillitsch, dein Klubobmann tut gut, dich zu stoppen, wirklich! Er tut gut daran, dich zu stoppen!

Mir ist in den Monaten, in denen wir verhandelt haben, immer ein Zitat von Oscar Wilde eingefallen. Sie kennen den Schriftsteller Oscar Wilde, der immer sehr pointiert und sehr gut und schon vor einiger Zeit festgestellt hat, daß Politiker an sich nach ihrer Stand-

festigkeit beurteilt werden. Seine Beurteilung dieser Feststellung war leider: „Sie beharren daher auf ihren Irrtümern“. Ich werde Ihnen überlassen, auf Ihren Irrtümern zu beharren. (21.20 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Buchberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Buchberger (21.20 Uhr): Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Frau Präsident, gestatten Sie mir, daß ich zum Tagesordnungspunkt 22 nur einen Satz hinzufüge. Ich bin dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller sehr dankbar, und ich zähle in dem Zusammenhang – wir brauchen uns gegenseitig hier im Hause keine Komplimente machen – den Dipl.-Ing. Dr. Korber auch zu den Wissenden, daß man alles daransetzt, um funktionierende Kläranlagen zu bauen bei uns im Lande, und solche Kläranlagen, die von der Bevölkerung in der Folge dann auch finanziell zu verkraften sind. Das scheint mir ein wesentlicher Faktor zu sein. Daher bin ich für diese weiteren Gespräche unter Fachleuten sehr dankbar.

Ich habe mir für die Abhandlung dieses Tagesordnungspunktes in den letzten Tagen sehr gewissenhaft ein Konzept erarbeitet, um zu versuchen, eine fundierte Antwort zu dem Tagesordnungspunkt zu geben. Aber auf Grund der vorgerückten Stunde möchte ich es gleich wie du, Mag. Rader, machen, daß wir in der weiteren Folge bei anderen Möglichkeiten über diese Dinge wiederum reden. Ich kann es ganz kurz machen. Ich darf eines vorausschicken, daß ich zum Verfassungsdienst des Landes, der hier die Aussage gemacht hat, vollstes Vertrauen habe. (Abg. Mag. Rader: „Weil er das sagt, was dir gefällt!“) Der Verfassungsdienst hat die Stellungnahme zur Frage, ob es im Rahmen der Landeskompetenz zulässig ist, gesetzliche Berufsvertretungen ohne Pflichtmitgliedschaft zu regeln, abgegeben. Das ist also die Aussage des Landesverfassungsdienstes. Ich beuge mich dieser Meinung, und ich darf eines hinzufügen, lieber Freund Rader:

Ich habe volles Verständnis für deine oder für eure Situation. Wenn ich an die Endresultate der letzten Kammerwahlen denke, so ist es für mich völlig klar, daß man aus eurer Sicht her alles versucht, um hier eine gewisse Auflockerung zu erreichen, weil die Ergebnisse der letzten Wahlen, was die Landwirtschaftskammer betrifft, sicher für euch nicht erfreulich waren. (Abg. Mag. Rader: „An deiner Stelle wäre ich da schön leise!“) Trotz Spitzenkandidaten hochrangigster Ordnung war es nicht möglich gewesen, in die Landeskammer einzuziehen.

Aber ich darf eines sagen: Kaum eine Kammerorganisation, wie die Landwirtschaftskammer oder auch die Landarbeiterkammer, ist vom Fundament her derart demokratisch organisiert wie die Landwirtschaftskammer.

Jede politische Partei hat die Möglichkeit zu kandidieren, wir haben eine Wahlordnung, die mit allen anderen vergleichbar ist, und, wie gesagt, jeder hat die Möglichkeit, hier seine Kandidatur anzumelden.

Aber ich darf von der Praxis her sagen, meine sehr verehrten Freunde – und das dürfte dir, Ludwig Rader, und dir, Engelbert, auch nicht unbekannt sein –, ich kann mir eine Kammerorganisation ohne Pflichtmit-

gliedschaft gar nicht vorstellen, wenn man weiß, wie bei uns die Kammerorganisation läuft, wie die Beratung läuft, daß wir 320 Gemeinschaften haben, auf freiwilliger Basis organisiert, die sich um die einzelnen Produktionsgebiete bemühen, die sich mit Preisfragen beschäftigen, die den Absatz organisieren und verschiedenes mehr. (Abg. Mag. Rader: „Du lebst in einer anderen Welt!“) Nein, in der gleichen wie du.

Ich glaube nicht, daß ich durch irgend etwas beeinflusst bin. Wir sind Realisten genug, und ich kenne die Situation am Lande zumindest so gut wie du. (Abg. Mag. Rader: „Reden wir im nächsten März weiter!“) Ich kenne also die Situation im bäuerlichen Bereich zumindest so gut wie du! (Beifall bei der ÖVP.) Und ich weiß ganz genau, daß all diejenigen, die in diesen Gemeinschaften in unserer Kammerorganisation organisiert sind, dankbar sind dafür, daß sie auch von echten Bauern vertreten werden. Ob das seinerzeit so war oder jetzt in der Gegenwart, wenn der Präsident Pörtl in unserer Mitte sitzt: hautnah, direkt, das Ohr an der Brust des Betroffenen; wir wissen ganz genau, wie der Hase läuft!

Ich sage dir nur eines, auch wiederum, was die Praxis betrifft: Wenn es also die Pflichtmitgliedschaft in der Kammer nicht gäbe, bei jeder Vorsprache bei uns in der Kammer, ob das auf der Bezirkskammer oder auf der Landeskammer ist, müßte der betroffene Beamte oder Funktionär einmal die Frage stellen: „Bist du Mitglied der Kammer oder nicht?“ Auch was jede Gemeinschaft betrifft. Wenn es um die Aufnahme in diese Gemeinschaften ginge, müßte man zuerst fragen: „Bist du Mitglied oder nicht?“ Meine Herrschaften, in der Praxis undurchführbar! Und eine zweite Stärke bei uns – (Abg. Mag. Rader: „Warum mußt du zuerst fragen? Du kannst auch für Leute etwas tun, die nicht angehören!“) Das ist ja die Solidarität, die du wünschst (Abg. Mag. Rader: „Die nicht Mitglied sind!“), daß ein Teil zahlt, und die anderen sind die Nutznießer! So wollen wir es nicht, wie es seinerzeit vor 29 Jahren war. (Abg. Mag. Rader: „Schau das Landesbudget an, wieviel man bekommt! Es zahlt alles der Steuerzahler!“) Bist du es den Bauern neidig, was da an Personalkosten Zuschüsse geleistet werden? Sag mir das! Bist du das den Bauern neidig? (Abg. Mag. Rader: „Aber nein!“) Reden wir einmal so darüber! (Abg. Mag. Rader: „Sei nicht kindisch!“) Du, der Faktor der Solidarität ist bei uns in der Landwirtschaft immer hochgehalten worden, daß der Große für den Kleinen eintritt und der andere für seinen Nachbarn. So haben wir es immer gehalten, und so werden wir es in der Zukunft aufrechterhalten. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Lieber Freund, da wird's keine andere Meinung geben.

Und das Interessante in dem Zusammenhang, daß die Freiheitlichen – es sind ja eh nur mehr zwei da, ihr könnt ja von Glück reden, daß ihr überhaupt noch da seid! Wenn ihr die Unterstützung von auswärts nicht gehabt hättet, würdet ihr nicht mehr da sein, Freunde! Ich bin ja ein Realist, und ich kenne die Seelen der Freiheitlichen zumindest so gut wie ihr zwei. Das darf ich in dem Zusammenhang auch sagen. (Abg. Trampusch: „Das glauben wir dir aufs Wort!“) Das trau ich mich mit Überzeugung bei jeder Gelegenheit offen anzumerken. Und ich kenne die Meinung ganz genau, aber – wie gesagt – ihr habt ja wiederum die Möglich-

keit, frei anzutreten, und dann werden die Bauern selber entscheiden, ob sie das wollen oder nicht. (Abg. Mag. Rader: „Selbstverständlich!“)

Ich darf als letztes Beispiel die Landeskammerwahlen in Niederösterreich erwähnen: 80 Prozent Wahlbeteiligung – 82 Prozent. Die freiheitlichen Freunde sind natürlich auch angetreten – das Recht steht ihnen zu –, aber das Resultat war halt wieder – ich verstehe daher also das Kribbeln im Bauch (Abg. Mag. Rader: „Im März reden wir weiter!“), völlig klar!

Daher werden wir – und das darf ich für meine Fraktion sagen – diesem Antrag unserer Freunde Ludwig Rader und Engelbert Weilharter nicht zustimmen. (Beifall bei der ÖVP. – 21.27 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Dorfer (21.27 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Mir ist klar, daß man zu so später Stunde nicht mehr sympathisch wirkt, wenn man sich zu Wort meldet, aber ich glaube, daß dieses Thema von grundsätzlicher Bedeutung ist und nach allem, was man hört, die Diskussion über die gesetzliche Mitgliedschaft bei den Kammern ja noch nicht zu Ende ist.

Ich rede von der gesetzlichen Mitgliedschaft, weil ich der Überzeugung bin, daß das Wort „Zwangsmitgliedschaft“, wie es die Freiheitlichen gebrauchen, ein verbales Täuschungsmanöver ist und eine politische Polemik – sonst gar nichts! Es gibt bei uns eine ganze Menge gesetzlicher Regelungen, aus denen man sich nicht entziehen kann, und genauso ist es österreichisches System bei allen Kammern, daß es eben eine gesetzliche Mitgliedschaft gibt.

Nun, meine Damen und Herren, es muß einmal die Frage aufgeworfen werden: Warum sind dann überhaupt Standesvertretungen und Kammern ins Leben gerufen worden? Die Handelskammer vor 140 Jahren, die Bauernkammer von 80 oder wieviel Jahren, die Landarbeiterkammer. Warum? Doch offensichtlich deswegen, vom Staat aus initiiert, damit – (Abg. Mag. Rader: „Weil die damals noch nicht gewußt haben, daß es so einen Menschen wie dich geben wird!“) ich habe schon gescheiterte Zwischenrufe von dir gehört – die Meinung der gesamten Landwirtschaft koordiniert an die staatlichen Stellen herangetragen wird, verbunden mit der Betreuung der Mitglieder; oder die Meinung der gesamten gewerblichen Wirtschaft. Überall und in jeder Berufsgruppe gibt es Interessenskollisionen und Gegensätze, und da ist eben eine einheitliche Standesvertretung die, die den Interessensausgleich herbeizuführen hat, den Fachverstand einzubringen hat und die Meinung gegenüber den staatlichen Behörden abzugeben hat. Das ist sicher die ursprüngliche Hauptidee und der Grund gewesen, Kammern zu gründen. Und die internationale Entwicklung, meine Herren Freiheitlichen, geht nicht in die Richtung der Abschaffung der gesetzlichen Mitgliedschaft, sondern genau in die andere Richtung. Auch in der EG: Alle wesentlichen großen Länder der EG haben, etwa bei den Handelskammern – bei den anderen Kammern weiß ich es nicht genau –, gesetzliche Mitgliedschaften, wie die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Spanien. Eine

Ausnahme ist Großbritannien, und dort läuft zur Zeit (Abg. Mag. Rader: „Da gibt es einen konservativen Regierungschef!“) eine heftige Diskussion über die Einführung der gesetzlichen Mitgliedschaft über Verlangen der gewerblichen und industriellen Wirtschaft, weil eben die Interessensausgleichskoordinationsfunktion der dort freiwilligen Kammern fehlt. Das ist ein internationaler Trend. Die Ausgleichsfunktion der verschiedenen Interessen der verschiedenen Berufsgruppen innerhalb der Kammermitglieder. Ich meine hier die Handelskammermitglieder, aber das gleiche gilt für die Landwirtschaftskammermitglieder, denn die Interessen der Obstbauern sind andere als jene der Milchbauern oder Getreidebauern oder was immer. Und wenn es hier nur einzelne Vereine einzelner Gruppen gibt, ist das natürlich eine Schwächung der gesetzlichen Interessensvertretung. Und vor allem ist eines klar: Der internationale Trend geht in Richtung der gesetzlichen Mitgliedschaft. Übrigens haben wir in der Handelskammer auch mit dem Ring freiheitlicher Wirtschaftstreibender überhaupt kein Problem. Die haben noch nie auch nur die Idee vertreten, daß man die gesetzliche Mitgliedschaft in eine freiwillige umwandeln sollte. Das ist eine Idee, die eben von rein parteipolitischer Seite, weil es populistisch auf einen Teil aller Kammermitglieder, aller Kammern, wirkt, von der FPÖ aufgebracht wurde. Nun, der Interessensausgleich ist wesentlich und nur möglich bei gesetzlicher Mitgliedschaft aller, die dazugehören. Denn ansonsten gingen ja die Kleinen unter. Es wäre auch eine Erpressbarkeit bei jeder Stellungnahme, bei jedem Gutachten gegeben, wenn eine Gruppe sagen könnte, ich trete aus, wenn das Gutachten, die Stellungnahme oder die Aktion der Kammer nicht so läuft, wie es unsere Untergruppe sich vorstellt. Gilt für alle Kammern, auch für die Landwirtschaftskammern. Und vor allem die Objektivität jeder Tätigkeit, jeder Stellungnahme, jedes Gutachtens einer Kammer würde ungeheuer darunter leiden, wenn man die Wünsche der unmittelbaren, freiwilligen Mitglieder berücksichtigen müßte, weil die, die Nichtmitglieder sind, die sind ja uninteressant. Die brauchen wir ja nicht vertreten. Es wäre sachlich nur ein Schaden für die Wirtschaft und Gesellschaft. Das gilt im Prinzip für alle Kammern, daß die Objektivität hier ungeheuer leiden würde. Und ohne gesetzliche Mitgliedschaft, meine Damen und Herren, wären in allen Kammern – insbesondere kann ich das in unserer Kammer auch beurteilen, in der Handelskammer – die Kleinen die Benachteiligten, die, die unter die Räder kommen. Denn natürlich, in jedem freiwilligen Verein haben jene mehr zu reden, die mehr Mitgliedsbeiträge bezahlen, die mehr Kammerumlage bezahlen, und jene weniger oder nichts zu reden, die eben weniger bezahlen können, weil sie die Kleinen sind. Bei der gesetzlichen Mitgliedschaft ist es so, daß der Kleinste genau gleich viel Rechte hat wie der Größte, in der Bauernkammer genauso wie in der Handelskammer oder Landarbeiterkammer. Und das ist doch etwas Entscheidendes. Die Kleinen tragen zwar keine oder fast keine Kosten an der Interessensvertretung, haben aber gleich viele Rechte. Und wenn nur einzelne Gruppen sich hier bilden würden in allen Bereichen der Wirtschaft, so wäre das natürlich ein Spielball für die Politik ohne Durchsetzungskraft und ohne politisches Gewicht. Ich schließe daher schon und stelle fest, daß ein Antrag wie dieser und überhaupt die

Idee, die gesetzliche Mitgliedschaft zu beseitigen, letzten Endes eine destruktive Aktion gegen die Interessen der Kleinen in der Wirtschaft generell ist. Daher ist so etwas abzulehnen. (Beifall bei der ÖVP. – 21.33 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Berichterstatter hat den Antrag gestellt, daß der Antrag der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter abgelehnt wird. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

28. Antrag, Einl.-Zahl 1082/1, der Abgeordneten Kammlander, betreffend die Einsetzung eines Untersuchungs-Ausschusses gemäß Paragraph 22 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages zur Aufklärung der politischen Verantwortung der gegen die „Steirische Gesellschaft für Gesundheitsschutz“ erhobenen Vorwürfe und offenen Fragen.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Pfohl das Wort.

Abg. Dr. Pfohl (21.34 Uhr): Frau Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Liebe Frau Kollegin Kammlander, wenn Sie auch oft Vorstellungen haben, die für mich nicht verständlich sind, so halte ich Sie doch für so realistisch, daß Sie nicht annehmen, daß Sie mit Ihrem Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungs-Ausschusses in Sachen „Steirische Gesellschaft für Gesundheitsschutz“, der nichts enthält, was nicht schon in der letzten Landtags-sitzung ausgiebig behandelt worden wäre, Erfolg haben. (Abg. Kammlander: „Es kommt auf einen Versuch an!“) Stimmt, da sind wir uns einig! Darüber hinaus ist der Landesrechnungshofbericht ja auch schon formal abgehandelt worden. Ich allein habe mich in einer über eine Stunde lang dauernden Rede bemüht, auf alle relevanten Fakten des Berichtes ausführlich einzugehen, auch auf die vom Rechnungshof aufgezeigten Fehler und Mängel, ohne sie bagatelisiert oder beschönigt zu haben, so beispielsweise die verschiedenen Mängel in der Buchhaltung, der nicht ordnungsgemäß geführten Fahrtenbücher und andere mehr, aber ich habe auch versucht, diese aufgezeigten Fehler zu relativieren. Wenn dieser Bericht in den Medien nicht so hochgespielt worden wäre, wäre er vom Kontroll-Ausschuß ohne lange Debatte zur Kenntnis genommen worden, zumal alle vom Landesrechnungshof gemachten Verbesserungsvorschläge bereits in die Praxis übernommen wurden.

Frau Kollegin Kammlander, ich habe Ihnen schon wiederholt in privaten Gesprächen gesagt, daß mir Ihr persönlicher Einsatz für Ihre Überzeugung gefällt – der Einsatz, weniger die Themen Ihrer Überzeugung. Ich habe auch ein gewisses Verständnis, daß Sie als Eine-Frau-Fraktion so einen Antrag stellen, von dem Sie zwar wissen, daß Sie ihn nicht durchbringen werden, aber doch in der Hoffnung, damit in die Medien zu kommen. Das ist Ihr gutes Recht. Kein Verständnis aber habe ich – und nicht nur ich – dafür, daß Sie als Vorsitzende des Kontroll-Ausschusses, kaum daß Sie die Sitzung für beendet erklärt haben, im

Wettlauf mit Ihrem Kollegen Mag. Rader zu den Presseredaktionen starten, um ihnen aus erster Hand die verfassungsmäßig vertraulichen Beratungsergebnisse Ihres Kontroll-Ausschusses zu berichten. (Abg. Kammlander: „Das ist eine Unterstellung!“) Das ist keine Unterstellung, das können Sie sogar in der „Kleinen Zeitung“ lesen: Ich glaube, am 17. war das. Um Ihrer persönlichen Medienpublizität wegen nehmen Sie offenbar eine grobe Pflichtverletzung als Ausschußvorsitzende in Kauf. Frau Kollegin, wir können nicht verhindern, daß Sie mit Ihrem Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungs-Ausschusses in die Presse kommen, daß wir Ihnen aber die Freude machen, Ihre Publizität dadurch zu steigern, daß wir Ihrem in der Sache völlig überflüssigen und sehr dürrtigen Antrag zustimmen, das haben Sie ja auch sicher nicht erwartet. Meine Fraktion wird daher Ihrem Antrag keine Zustimmung geben. (Beifall bei der ÖVP. – 21.38 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander. Ich erteile es ihr.

Abg. Kammlander (21.38 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich würde das zusammenfassen mit Zuckerbrot und Peitsche, was der Herr Kollege Dr. Pfohl vorhin gemeint hat, wenn er mir Pflichtverletzung und verfassungsmäßigen – ich weiß nicht – Vertrauensbruch vorwirft. Das stimmt nicht. Unsere Beratungen im Kontroll-Ausschuß unterliegen nicht der Vertraulichkeit, sehr wohl aber der Inhalt der Berichte, soweit es sich um persönliche und geschäftliche Daten handelt. Es heißt, über die Verhandlung im Kontroll-Ausschuß müßte die Vertraulichkeit beschlossen werden, wenn Sie das wünschen. Aber über die Sitzung als solche, über das Szenario, über bestimmte Gespräche, die dort stattfinden, bin ich nicht verpflichtet, die Vertraulichkeit einzuhalten. Ich bitte, das auch in der Geschäftsordnung nachzulesen. Ich habe mich ausführlich darüber erkundigt. Wenn ich anschließend an kritische Sitzungen auch am nächsten Tag eine Pressekonferenz gebe, dann nur deswegen, weil ich meine, daß es für die Bevölkerung auch wichtig ist, darüber Bescheid zu wissen. Ich bin nicht in diesen Landtag gewählt worden, um Geheimnisse mit mir herumzutragen. (Abg. Dr. Dorfer: „Das glauben wir!“) Ich bin ganz sicher, dort, wo es sich um wirklich vertrauliche Dinge handelt, daß ich noch nie einen dieser geschützten Bereiche verletzt habe. Ich gehöre nicht zu denen, die unter der Hand Rechnungshofberichte ohne Angabe des Absenders an die Zeitungen weitergeben. Nur damit Sie wissen, welche Büros welche Berichte weitergeben, die ich dann bei der „Kronen Zeitung“ oder sonst wo vorgelesen bekomme. Die sind nicht von mir, und das ist eine ewige Unterstellung, seit ich diesem Kontroll-Ausschuß vorsitze, daß die Informationen von mir wären. (Abg. Dr. Dorfer: „Davon bin ich überzeugt, daß Sie nicht den Bericht hergegeben haben!“) Es geht immer wieder um das eigentliche Thema herum, ist jetzt der Inhalt dieses Berichtes ein Skandal oder nicht, oder bin ich diejenige, die den Skandal produziert? Und das stimmt nicht. Das habe ich letztes Mal gesagt, ich bin nicht diejenige, die die Berichte verfaßt hat, ich bin nicht diejenige gewesen, die in den Berichten

irgendetwas nicht ordentlich gemacht hat. Meine Pressekonferenzen beziehen sich immer nur auf den Bereich, wo ich ganz sicher sein kann, daß er nicht der Vertraulichkeit unterliegt. Ich habe weder die Managergehälter der Spitalsmanager weitergesagt noch sonst etwas. Sie können mir auch bei der Frau Dr. Kalnoky keinerlei Vorwürfe machen. Ich habe keine Details aus dem Rechnungshofbericht, bevor er öffentlich war, an die Medien weitergegeben. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Frauensolidarität!“) Frauensolidarität ist schön und gut, ich weiß, aber in diesem Fall geht es um die Sache, und da kann ich leider nicht darauf Rücksicht nehmen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Solidarität unter Frauen!“) Halten Sie mir bitte nicht irgendwelche Solidaritäten im Zusammenhang mit kritischen Bereichen vor. Das ist keine Frage der Solidarität. Die Solidarität ist nicht dazu da, um irgendwelche Geheimnisse zu überdecken. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist alles aufgeklärt!“) Nein! Was nicht in Ordnung ist, ist nicht in Ordnung! Ob das jetzt eine Frau macht oder ein Mann macht, da mache ich keinen Unterschied, und da können Sie mich nicht auf eine Solidarität festnageln. (Abg. Dr. Maitz: „Es ist alles völlig offengelegt!“) Und wenn die Frau Steibl für die ÖVP kandidiert und gleichzeitig unabhängige Frauenbeauftragte ist, dann werde ich sie auch kritisieren! (Abg. Dr. Maitz: „Wo bleibt die Frauensolidarität?“) Ja, da hat das nichts mit Frauensolidarität zu tun, wenn jemand etwas tut, was nicht in Ordnung ist, was den Aufgaben des Amtes nicht entspricht. Aber ich komme jetzt zur Sache.

Ich möchte mich in der Sache kurz fassen. Der Prüfbericht des Landesrechnungshofes vom 18. Dezember 1989 hat wesentliche Fragen unberührt gelassen – und das wissen Sie auch –, die dringend einer umfassenden und weiteren Aufklärung bedürfen. In erster Linie müßte ein Untersuchungsausschuß klären, inwieweit das für die Gesundheitsvorsorge zuständige Regierungsmitglied – und um das geht es mir in erster Linie, und überhaupt nicht um die Frau Kalnoky; das möchte ich hier einmal endgültig festgestellt haben (Abg. Dr. Maitz: „Wird zur Kenntnis genommen!“) –, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth, seine politische Aufgabe wahrnimmt oder nicht! Und das ist auch Inhalt meines Antrages, und wenn Sie das mickrig finden, dann finden Sie's halt so.

Die zweite Frage: Besonders schwerwiegend stehen noch immer die Vorwürfe um die 3,8 Millionen Schilling im Raum, die unter dem Titel „Medienförderung“ im Karree zwischen Land und Kammer der gewerblichen Wirtschaft – der Herr Dr. Dorfer weiß ja davon, er hat's ja unterschrieben –, der Gesellschaft für Gesundheitsschutz und am Schluß bei der Ärztekammer gelandet sind. Wie war dieser Wechsel von diesen vier Stationen? Wie ist das wirklich gelaufen? Warum mußte das unter dem Titel „Medienförderung“ gehen? Warum hat es nicht den wirklichen Namen bekommen? (Abg. Dr. Maitz: „Das wurde alles bereits aufgeklärt!“) Das ist überhaupt nicht aufgeklärt, das wissen Sie ganz genau, Herr Kollege Dr. Maitz! Sie sind uns in diesem Bereich alle Antworten schuldig geblieben. Diese Transaktion wurde bis heute nicht glaubwürdig geklärt.

Der dritte Punkt: Darüber hinaus – (unverständlicher Zwischenruf) Sie, werfen Sie mir nicht immer Ihre eigenen Fehler vor, Herr Kollege! Ich lasse mich nicht auf dieses Maß reduzieren! (Abg. Dr. Maitz: „Ich wiederhole, das wurde bereits alles völlig offengelegt!“) Nichts ist offengelegt! Es müßte ein Untersuchungsausschuß klären, ob es zweckmäßig ist, daß ein hauptsächlich vom Land Steiermark subventionierter Verein – und wir wissen, wie viele Millionen er bekommen hat: 46,6 Millionen Schilling – außergewöhnlich hohe Vorsorgemittel ansammelt, und ob diese äußerst große Liquidität noch im Einklang mit dem Postulat der Gemeinnützigkeit steht. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist sehr sinnvoll, das wissen Sie auch!“) Bitte, und das sind Fragen, die nichts mit der Frau Dr. Kalnoky als Person zu tun haben!

Der nächste Punkt: Ich weiß, Sie müssen Reserven für einen neuen Autobus und so weiter schaffen. Aber gut, über das lasse ich mit mir diskutieren.

Des weiteren sollte im Rahmen des Untersuchungsausschusses – also, mir ist es schön langsam zu laut, ich kann nicht so laut reden – erörtert werden, ob die Steirische Gesellschaft für Gesundheitsschutz, ob die praktizierte Vermischung von Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen mit privaten Auftragsverhältnissen auf Basis einer mündlichen Vereinbarung oder eines mündlichen Werkvertrages steuerrechtlich und sozialrechtlich vertretbar ist oder nicht. Das war der vierte Punkt.

Zusätzlich wäre noch die Feststellung des Landesrechnungshofes in dem Bericht, die von einer Verbesserung des Zahngesundheitszustandes der steirischen Kinder spricht; auf seine sachliche und nicht nur subjektive Richtigkeit zu hinterfragen. Der Landesrechnungshofdirektor hat zugegeben, daß das die subjektive Meinung des Landesrechnungshofes ist, daß er sich sehr wohl zwar mit Zahnärzten abgesprochen hat – aber bitte.

Wenn die Zahnärzte sagen, das ist richtig, dann glaubt es auch der Rechnungshof, und ich glaube das aber nicht! Das glaube ich, hier einmal sagen zu dürfen.

Handelt es sich doch bei der sogenannten Kariesprophylaxe – der Antrag ist ja heute auch eingebracht worden – um eine von Fachleuten längst erkannte und von der Zucker-, Süßwaren- und Fluorindustrie geförderte, äußerst zweifelhafte Vorsorgemaßnahme. Und es ist zu befürchten, daß eben mit der von der Gesellschaft für Gesundheitsschutz praktizierten Fluoridaktion in den Schulen den steirischen Kindern nie wieder gutzumachende Gesundheitsschäden zugefügt werden.

Und wenn das keine Vorwürfe sind, die ein Untersuchungsausschuß klären soll, bitte, dann ist das Ihre Meinung. Meine Meinung ist das nicht!

Und wenn Sie von der subjektiven Person, also von der Frau Dr. Kalnoky, nicht heruntersteigen können und in der Frage immer unsachlich diskutieren, dann tut es mir auch leid. (Abg. Kollmann: „Sie sind umso sachlicher!“ – Abg. Dr. Maitz: „Sie mit Ihrer Besserwisserei!“) Was heißt „Besserwisserei“? Ich stelle hier fest: Wenn Sie glauben, daß ich es nur auf die Frau Dr. Kalnoky abgesehen habe, dann haben Sie sich geirrt. So wichtig ist sie mir nicht, daß ich mich immer

an ihr festbeißen muß! Nein, ich will mich nicht an ihr festbeißen. Es geht mir um die politische Linie hier in diesem Land und um die Gesundheitsvorsorge. (Abg. Dr. Maitz: „Genau darum geht es auch!“) Den Frauen wird immer wieder vorgeworfen, sie argumentieren subjektiv und äußerst empfindlich. Was Sie hier machen, ist eine unsachliche ständige Attacke (Abg. Ing. Stoisser: „Sie machen es genauso!“), daß ich mit der Frau Dr. Kalnoky meinen Privatkrieg hätte. Ich mache keinen Krieg mit der Frau Dr. Kalnoky (Abg. Dr. Maitz: „Das hat auch niemand behauptet!“), und ich bin auch in keinerlei Kooperation mit irgend jemandem. Das ist meine persönliche Aufgabe hier als Abgeordnete, dem nachzugehen.

Letzter Punkt: Der Untersuchungs-Ausschuß, den ich hier beantrage, sollte demnach auch die politische Verantwortung über die Geschäfte mit fluorhaltigen Pharmaprodukten in Kindergärten und Schulen klären. Wir wissen ja, daß es in der Steiermark seit 1973 einen diesbezüglichen Erlaß gibt, der die Fluoridbehandlung von Schulkindern verbietet.

Am Schluß: Besonders schwerwiegend erscheinen mir die kompetenzrechtlichen Überschneidungen und Vermengungen, insbesondere das Naheverhältnis zur Ärztekammer, über den Betrag habe ich auch schon gesprochen, und zur gewerblichen Wirtschaft, und die verfassungsrechtlich bedenkliche Aufgabenübertragung eines obersten Landesverwaltungsorganes, sprich Landeshauptmannstellvertreter, an die Präsidentin eines privaten Vereins. Und mit dieser Meinung stehe ich nicht alleine.

Im Sinne der Kontrollaufgabe, die einem Untersuchungs-Ausschuß zukommt, müssen alle im Steiermärkischen Landtag vertretenen politischen Parteien das Recht haben, mindestens ein Ausschuß-Mitglied namhaft zu machen.

Ich stelle daher am Schluß den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Zur Aufklärung der politischen Verantwortung der gegen die Steirische Gesellschaft für Gesundheitsschutz erhobenen Vorwürfe und offenen politischen Fragen wird gemäß Paragraph 22 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ein Untersuchungs-Ausschuß eingesetzt.

Der Untersuchungs-Ausschuß setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern aller im Landtag vertretenen Parteien wie folgt zusammen: ÖVP vier, SPÖ vier, FPÖ ein, AL und VGÖ jeweils ein Mitglied.

Der Untersuchungs-Ausschuß möge seine Beratungen binnen kürzester Zeit aufnehmen und nach Möglichkeit vor Ende der Frühjahrstagung zu einem Ergebnis kommen. Ist er bis dahin nicht in der Lage, einen umfassenden und aufklärenden Bericht zu erstellen, so hat er spätestens bei der letzten Sitzung dieser Frühjahrsperiode einen Zwischenbericht vorzulegen.

Ich weiß, wie die politische Realität aussieht. Lassen Sie mich meine Abgeordnetentätigkeit so erfüllen, wie ich glaube, daß sie richtig ist. Sie haben ja alle Möglichkeiten! Sie haben die Macht, Sie haben die Mehrheit, also, bitte schön, Sie brauchen nur darüber abzustimmen. Aber daß Sie mich daran hindern, das einzubringen, das hier zur Sprache zu bringen, das zu fordern, das können Sie nicht! Danke! (21.50 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader (21.50 Uhr): Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Die letzten Zwischenrufe des Herrn Kollegen Schützenhöfer, den ich an sich – wie ihr alle wißt – sehr schätze (Abg. Kollmann: „Das ist an sich neu!“) – er weiß das auch, und da brauchen wir uns darüber gar nicht lustig zu machen, Gott sei Dank gibt es das noch über die Parteigrenzen hinweg, haben aber an sich gezeigt, mit welcher, formulieren wir es anfangs einmal höflich, mangelnden Ernsthaftigkeit diese Dinge von Ihnen mit Ihrer Mehrheit behandelt werden.

Du hast deinen Klubomann nicht neben dir, der dir auf die Schulter klopft und sagt, gib eine Ruhe. Tatsache ist allerdings – und das hat heute einer der Redner der ÖVP schon gesagt, tu nicht mit dem Finger zeigen, er hat gesagt, das dürfen wir nicht. – Tatsache ist, daß die Frau Kollegin Kammlander sich mit dieser Geschichte sehr ernsthaft beschäftigt hat: (Abg. Schützenhöfer: „Darf ich dich fragen, ob das ernsthaft ist, wenn die Frau Kammlander sagt, ein Mitglied FPÖ und je ein Mitglied AL und VGÖ?“) Tatsache ist, und das hat heute ein Redner der ÖVP-Fraktion – ich weiß nicht, wer es war – schon angemerkt, daß die Frau Kollegin Kammlander, mit welchen Schwierigkeiten sie da auch immer zu kämpfen haben mag, sich in einer Ernsthaftigkeit mit den Dingen beschäftigt, für die wir eigentlich, lieber, Kollege Kollmann (Abg. Kollmann: „Es war von fleißig die Rede, aber nicht von Ernsthaftigkeit!“), von der wir eigentlich alle gelegentlich uns eine Scheibe abschneiden sollten. Wir alle, weil ja ein jeder versucht, ich mich eingeschlossen, darüber brauchen wir gar nicht darüber hinwegzudiskutieren, sich nur mit einem Teilaspekt der Tätigkeit hier zu beschäftigen, und die Frau Kollegin Kammlander sich mit allen Aspekten beschäftigt, unabhängig, um welche Zeit es sich handelt, unabhängig, um welchen Tag es sich handelt, und unabhängig, wieviel Widerstand sie hat. (Abg. Harms: „Da ist ein gewisser Geltungsdrang dabei!“) Nein, das hat nichts mit Geltungsdrang zu tun. Ich bin bei Gott niemand, der sie unterstützen möchte bei der nächsten Wahl, weil da wollen wir ihre Mandate haben. Aber mit Geltungsdrang hat das nichts zu tun. (Abg. Harms: „Das sehe ich anders!“) Lieber Kollege Harms, da habe ich schon andere Wortmeldungen erlebt, auch heute, die ganz anders von Geltungsdrang getränkt waren als das. Faktum ist – und jetzt kommen wir zum Antrag zurück –, daß zwei wesentliche Fragen in Wahrheit offen sind. Und da kann der Karl Maitz in seiner exzellenten Zwischenruferart sagen, was er will, zwei große Fragen sind offen.

Erstens, wie diese Geschichte jetzt tatsächlich gelaufen ist mit den damaligen Abdeckungen, aus welchen Budgetposten diese Dinge wirklich bezahlt worden sind. Das hat heute noch niemand gesagt. Noch niemand! Zumindest das eine Jahr. Kein Mensch hat noch gesagt, woraus das überhaupt bezahlt worden ist.

Zweitens, daß natürlich die Frage der Gesundheitspolitik, die der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth betreibt oder nicht betreibt, einer Untersuchung bedarf. Ich habe das in meinen Ausführungen anläßlich der letzten Landtagssitzung schon

sagen dürfen. Darüber werden wir uns noch einmal unterhalten müssen, ob es denn tatsächlich so geht, daß man sagt, da soll sich irgendwer damit beschäftigen nur nicht wir. Die Deregulierung der Gesundheitspolitik kann nicht – bitte – eine völlige Abkoppelung sein. Das ist undenkbar, weil eben eine Gesellschaft und ein Aktionsbereich wie dieser in der Gesellschaft wichtige Dinge erfüllen kann, aber nicht alle Dinge erfüllen kann und weil er sich zwangsmäßig mehr auf Aktionismus als auf politische Zielsetzungen beziehen muß, weil er ja so konstruiert ist. Die Dinge sind daher offen und sollen daher untersucht werden.

Und die zweite Geschichte – ich sage es Ihnen ganz offen –, das ist ein emotionales Argument, warum ich natürlich diesem Antrag zustimmen werde und warum ich, das sage ich auch dazu, und da hat mich die jetzige Debatte noch verstärkt, natürlich auch dem Mißtrauensantrag gegen den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth zustimmen werde in der nächsten Landtagssitzung, ist ganz einfach die ungeheure Überheblichkeit, die sich in der Zwischenzeit durch die wahrscheinlich zu lange bedingte Mehrheitssituation entwickelt hat:

Erstens: Der Herr Präsident hat heute nicht gerade den feinfühligsten Tag. Das sei ihm zugestanden. Alle haben bessere Tage und schlechtere Tage. Ich bin ja an sich froh, daß er der Intervention des Herrn Prof. Schilcher nachgegeben hat und wenigstens während dieses Tagesordnungspunktes die Frau Präsidentin Dr. Kalnoky vom Vorsitz abgelöst hat. Das ist ja bitte das Ungeheuerste, daß jemand, der betroffen ist, noch kühl den Vorsitz hat und die Debatte leitet. Aber der Herr Präsident hat diese Feinfühligkeit des Herrn Prof. Dr. Schilcher aufgegriffen. Das ist eine Angelegenheit, die in der Zwischenzeit erledigt ist.

Zweitens: Es ist undenkbar, daß jenes Landesregierungsmitglied, über das jetzt verhandelt wird, und auch wenn Sie schon wissen, daß Sie mit Ihrer Mehrheit diesen Antrag niederstimmen werden, daß jenes Landesregierungsmitglied, von dem die Rede ist, hier nicht sitzt, nicht einmal mehr im Hause ist, verschwunden ist, weil ihm der Landtag egal ist. Obwohl er genau weiß, daß – (Landesrat Klasnic: „Ich bin in Vertretung hier!“) Gegen Sie wollen wir kein Mißtrauen, und gegen Sie untersuchen wir nicht, verehrte Frau Landesrat, aber der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth wird – so wichtig kann das nicht sein, was er vorhat – natürlich die Möglichkeit haben, jene paar Minuten Debatten sich in diesem Hause anzuhören, in denen es um sein Ressort geht. Das ist eine Mißachtung dieses Hauses, die in letzter Zeit immer mehr einreißt. Eine Mißachtung, die in letzter Zeit immer mehr einreißt! (Abg. Kollmann: „Die Angelegenheit kann durchaus wichtiger sein als dieses Gequatsche!“) Mit der der Herr Landeshauptmann begonnen hat, der bei den Ausschusssitzungen, nicht einmal beim Kontroll-Ausschuß mehr erscheint, schon seit Jahren und das jetzt einzureißen scheint auf dieser Regierungsbank. Übrigens ein Grund mehr, warum man ernstlich daran denken sollte, diese Regierungsbank nach Neuwahlen wirklich auszuwechseln.

Drittens: Und diese ungeheure Präpotenz, mit der hier vorgeworfen wird, daß aus dem Kontroll-Ausschuß heraus Medienpolitik gemacht wird. Wenn ich den Herrn Abgeordneten Dr. Pfohl nicht so gut kennen

würde, nicht so lange kennen würde und nicht so eine große Hochachtung vor ihm hätte, würde ich (Abg. Grillitsch: „Präpotenz ist ein starkes Wort!“), lieber Kollege Grillitsch, mit ihm so umgehen, wie du es verdienst an sich, aber über dich reden wir jetzt nicht. Wenn ich nicht eine so große Hochachtung vor dem Kollegen Dr. Pfohl hätte, dann würde ich wirklich das darauf antworten, was er darauf verdient hat. Die einzigen, die in diesem Zusammenhang mit diesem Bericht des Kontroll-Ausschusses das Ungeheuerlichste an Medienpolitik bestätigt haben, das es jemals gegeben hat, waren die Vertreter der Steirischen Gesellschaft für Gesundheitsschutz, die nicht einmal abgewartet haben, bis der Bericht vorgelegen hat, sondern die aus einer ganz billigen Schlußbesprechung, wo es überhaupt noch keinen Text gegeben hat, sofort eine Pressekonferenz gemacht haben. Mit einer ungeheuerlichen Präpotenz zu bestätigen, daß ein Bericht, den es noch gar nicht gegeben hat zu diesem Zeitpunkt, sie in allen Phasen entlastet. Das bitte unter der Schirmherrschaft, lieber Karl Maitz – (Abg. Dr. Maitz: „Man darf sich nicht wehren!“) Sich wehren darf jeder, bei Gott jeder, mit den Mitteln, die ihm zustehen, erstens.

Zweitens, unter der Schirmherrschaft eines Mitgliedes dieses Hauses so zu tun, als ob ein Bericht ja gar nicht vorliegt, die Entlastungsoffensive par excellence wäre, ist eine Präpotenz, die nur entstehen kann, wenn man zu lange die Mehrheit in diesem Hause hat. Und deshalb hoffe ich ja endlich, Herr Prof. Dr. Schilcher, ich möchte Sie so gerne in dem Hause behalten (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Bei Präpotenz kennen Sie sich aus!“), ich möchte Sie wirklich ernsthaft gerne in dem Haus behalten, aber daher hoffe ich ja, daß Sie endlich den Mut haben werden zu sagen, jetzt schauen wir im Herbst einmal hinein, wählen, und dann haben Sie diese Situation der zu langen Mehrheit, die zu Präpotenz führen kann, endlich überwunden. Das wird für Sie alle heilsam sein. (Beifall bei der FPÖ. – 21.59 Uhr.)

Präsident: Der nächste zum Wort Gemeldete ist der Herr Abgeordnete Trampusch.

Abg. Trampusch (21.59 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus!

Der Untersuchungs-Ausschuß ist an und für sich ein sehr wichtiges Instrument dieses Hohen Hauses, das wir sehr ernst zu nehmen haben und das wir sehr sparsam einzusetzen haben. Ich sage hier allen Ernstes, daß Untersuchungs-Ausschüsse wirklich nur dann eingesetzt werden sollen, wenn so gravierende Dinge vorliegen, daß der Verdacht besteht, daß jemand unter dem Deckmantel seiner Funktion hier etwas Strafbares getan hätte. Das Hohe Haus weiß auch, daß wir gerade in der gegenständlichen Sache eine sehr kritische Haltung eingenommen haben, sowohl zum Bericht des Rechnungshofes selbst als auch zu den Vorgängen innerhalb der Gesellschaft für Gesundheitspolitik. Trotz dieser strengen Haltung sehen wir unter dem Strich aber keinen Anlaß, dieses Instrument der Einsetzung eines Untersuchungs-Ausschusses zu fordern. Ich kann auch nicht dem Kollegen Mag. Rader recht geben. Er hat schon recht, daß es einen Pressebericht zum Jubelbericht des Rohberichtes gegeben hat. Auch

das allein scheint aber kein Anlaß zu sein, hier Untersuchung zu fordern. Daher darf ich namens meines Klubs feststellen, daß wir bei unserer Auffassung bleiben und immer dann einem solchen Antrag beitreten, wenn wir glauben, daß wirklich ernsthaft die Einsetzung eines Untersuchungs-Ausschusses notwendig wäre. In diesem Fall ist das sicher nicht gegeben. Danke schön! (22.01 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Wer dem Antrag, Einl.-Zahl 1082/1, betreffend die Einsetzung eines Untersuchungs-Ausschusses zur Aufklärung der politischen Verantwortung der gegen die „Steirische Gesellschaft für Gesundheitsschutz“ erhobenen Vorwürfe und offenen Fragen, zustimmt, den erseuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zu den Tagesordnungspunkten 29 bis 37, betreffend erste Lesung.

Gemäß Paragraph 29 Absatz 2 der Geschäftsordnung hat der Präsident, wenn in einem selbständigen Antrag von Mitgliedern die Vornahme einer ersten Lesung verlangt wird, diese auf die Tagesordnung einer der folgenden Sitzungen zu setzen. Bei dieser ersten Lesung erhält der Antragsteller das Wort zur Begründung.

Gemäß Paragraph 29 Absatz 3 findet bei der Begründung selbständiger Anträge eine Wechselrede nicht statt. Jedoch dürfen gemäß Paragraph 29 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages Anträge darüber gestellt werden, ob der Antrag einem schon bestehenden oder einem erst zu wählenden Ausschuß oder der Landesregierung zugewiesen werden soll.

In den nun folgenden Anträgen haben die Antragsteller beantragt, nach Vornahme der ersten Lesung die Anträge der Landesregierung zuzuweisen.

Ich komme nun zu den Tagesordnungspunkten 29 bis 33, betreffend die Anträge auf erste Lesung des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber.

29. Antrag, Einl.-Zahl 1086/1, des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, bezüglich der Beteiligung des Landes am Musterprojekt für die Sumpfbiber in Graz-Mariatrost; erste Lesung.

30. Antrag, Einl.-Zahl 1087/1, des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Förderung von Solaranlagen in der Steiermark zur Einsparung fossiler umweltfeindlicher Energie; erste Lesung.

31. Antrag, Einl.-Zahl 1089/1, des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die raschere und ernsthaftere Behandlung von Landtagsanträgen im Sinne der allgemeinen Verwaltungsvorschriften; erste Lesung.

32. Antrag, Einl.-Zahl 1091/1, des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Untersagung des VOEST-Sondermüll-Projektes am Erzberg; erste Lesung.

33. Antrag, Einl.-Zahl 1092/1, des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend das Verbot von Werbung und Verteilung für fluorhaltige Präparate und Kosmetika (Zahnpasten und anderes) in steirischen Schulen und Kindergärten; erste Lesung.

Der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber hat das Wort zur Begründung.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (22.03 Uhr): Ich habe versprochen, daß ich das sehr kurz machen werde, ich werde mich an mein Versprechen halten.

Und zwar geht es im Antrag, Einl.-Zahl 1086/1, bezüglich der Beteiligung des Landes am Musterprojekt für die Sumpfbiber in Graz-Mariatrost um folgendes:

Dieses Projekt ist ein Pionierprojekt und ein Musterprojekt für eine Tierbefreiung, um eben Käfigtiere einer artgerechten Tierhaltung zuzuführen. Dieses Projekt wurde über den Wiener Tierschutzverein von der Frau Minister Femming gefördert. Diese Förderung hat bisher sehr guten Erfolg gebracht. Nur eines: Die laufende Betreuung der Tiere und auch noch Maßnahmen, um den ehemaligen Mißstand zu beseitigen, sprich auch die Entsorgung dieses Gebietes, bedürfen noch einer finanziellen Injektion, und ich glaube, wenn sich die Tierschutzorganisationen an den Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller wenden, daß dieser ein offenes Ohr für die Wünsche und Bitten der Tierschutzorganisationen haben wird.

Zweiter Antrag, betreffend die Förderung von Solaranlagen in der Steiermark zur Einsparung fossiler umweltfeindlicher Energie: Es gibt sogenannte Selbsthilfegruppen, die sich „Arbeitsgemeinschaft erneuerbare Energie“ nennen, die in Eigenleistung und in Kollektivarbeit versuchen, diese Solaranlagen zu verbreiten. Die Einsparung ist in Richtung Warmwasseraufbereitung und auch in Richtung Heizung – Teilheizung – im Winter gegeben. Wir stellen uns vor, daß pro Quadratmeter so einer Anlage eine entsprechende Förderung überlegt wird, und können uns vorstellen, daß pro Quadratmeter eine Förderung von 1500 Schilling für diese umweltfreundliche erneuerbare Energie ein Wert wäre, über den wir diskutieren sollten, um eben von der fossilen Energie wegzukommen beziehungsweise elektrische Energie, die ja eine hochveredelte Energie ist, zu sparen.

Nächster Antrag, betreffend die raschere und ernsthaftere Behandlung von Landtagsanträgen im Sinne der allgemeinen Verwaltungsvorschriften.

Ich kann mir vorstellen, daß auch Abgeordnete wie Staatsbürger behandelt werden und daß Anträge in etwa, wenn man sie abgibt, sechs Monate spätestens wieder hier im Hohen Haus auftauchen. Es hat Anträge gegeben, vor allem einmal von der SPÖ, ein sogenannter „Abfallantrag“, der immerhin zwei oder zweieinhalb Jahre gedauert hat. Ich glaube, diese Zeit ist einfach zu lang, und ich erwarte mir, daß der Abgeordnete, vor allem einer oppositionellen Gruppe, gleich behandelt wird wie ein ganz einfacher, normaler Staatsbürger, denn im Endeffekt sind wir auch Vertreter der Staatsbürger und sollten gleich behandelt werden.

Der nächste Antrag, betreffend Untersagung des VOEST-Sondermüll-Projektes am Erzberg: Ich glaube

einfach, daß das Wahrzeichen der Steiermark, der Erzberg, nicht für Sondermüll verwendet werden soll, und ich glaube, daß man heute mit einer Abfalltrennung, auch mit einem Verbot von gewissen Chemikalien, die nicht entsorgbar sind, wesentlich weiter kommt und mit einer sogenannten Resteentsorgung nicht unbedingt den Erzberg zum Sondermüllberg umfunktionieren muß, braucht und soll.

Der nächste Antrag, betreffend das Verbot von Werbung und Verteilung für fluorhaltige Präparate und Kosmetika in steirischen Schulen und Kindergärten: Ich verweise darauf, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth, der heute schon ein paarmal ins Schußfeld der Kritik gekommen ist und auch nächstes Mal mit der Ennstalgeschichte im Mittelpunkt eines Mißtrauensantrages steht, in einer Verordnung sehr gut reagiert hat und den Werbefeldzug dieser Fluoridpräparate eingedämmt hat beziehungsweise verboten hat. Man sieht also, daß ein Politiker auf der einen Seite – in unserem Sinne – sehr positiv wirkt, auf der anderen Seite kann ich im Ennstal seine Meinung sicher nicht teilen und werde sie auch nicht teilen. Danke! (22.06 Uhr.)

Präsident: Da keine anderslautenden Anträge eingebracht wurden, weise ich diese Anträge der Landesregierung zu.

Nun komme ich zu den Tagesordnungspunkten 34 bis 37, betreffend die Anträge auf erste Lesung der Frau Abgeordneten Gundi Kammlander.

34. Antrag, Einl.-Zahl 1056/1, der Abgeordneten Kammlander, betreffend die Novellierung des Kraftfahrzeuggesetzes (KFG), BGBl. Nr. 267/1967, in der Fassung BGBl. Nr. 375/1988, im Hinblick auf die Hebung

der Sicherheitsvorkehrungen für Kleinkinder, die in Kindergarten- oder Schulbussen befördert werden; erste Lesung.

35. Antrag, Einl.-Zahl 1057/1, der Abgeordneten Kammlander, betreffend die Änderung der Richtlinien der Familienermäßigung bei den Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB); erste Lesung.

36. Antrag, Einl.-Zahl 1083/1, der Abgeordneten Kammlander, betreffend die sofortige Realisierung des Interimskonzeptes für die Heilpädagogische Abteilung des Landesnervenkrankenhauses Graz, insbesondere die Schaffung von zusätzlichen 18 Dienstposten, die den im Konzept geforderten Qualifikationen Rechnung tragen, durch das Land Steiermark; erste Lesung.

37. Antrag, Einl.-Zahl 1084/1, der Abgeordneten Kammlander, betreffend eine grundlegende Reformierung der Verwaltung auf Bezirksebene (Demokratisierung der Bezirksverwaltung); erste Lesung.

Ich erteile zur Begründung der Anträge der Frau Abgeordneten Gundi Kammlander das Wort.

Abg. Kammlander: Ich verzichte.

Präsident: Da auch hier keine anderslautenden Anträge eingebracht wurden, weise ich diese Anträge der Landesregierung zu.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Weg einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen. (22.08 Uhr.)